

13777

Stenographisches Protokoll

161. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 3. November 1986

Tagesordnung

1. Erklärung des Bundeskanzlers zum Budget 1987
2. Erklärung des Bundesministers für Finanzen zum Budget 1987

Inhalt

Nationalrat

- Einberufung des Nationalrates zu einer außerordentlichen Tagung (S. 13779)
- Mandatsverzicht der Abgeordneten Maria Stangl (S. 13779)
- Beschluß auf Beendigung der außerordentlichen Tagung (S. 13850)

Personalien

- Krankmeldung (S. 13779)
- Entschuldigung (S. 13779)

Tatsächliche Berichtigungen

- Dr. Mock (S. 13797)
- Dr. Ettmayer (S. 13818)
- Dr. Feurstein (S. 13819 und S. 13844)
- Dr. Steidl (S. 13825)

Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 13779)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Erklärung des Bundeskanzlers zum Budget 1987
Bundeskanzler Dr. Vranitzky (S. 13780)

- (2) Erklärung des Bundesministers für Finanzen zum Budget 1987

Bundesminister Dkfm. Lacina (S. 13783)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 13779)

Redner:

Dr. Mock (S. 13789),
Wille (S. 13794),
Dr. Mock (S. 13797) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Taus (S. 13798),
Dr. Frischenschlager (S. 13806),
Dr. Lichal (S. 13809),
Bundesminister Dr. Löschnak (S. 13815),
Dr. Ettmayer (S. 13818) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Feurstein (S. 13819 und S. 13844) (tatsächliche Berichtigungen),
Dr. Nowotny (S. 13819),
Dr. Steidl (S. 13825) (tatsächliche Berichtigung),
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 13825),
Bundesminister Dr. Übleis (S. 13831),
Ingrid Tichy-Schreder (S. 13834),
Bundesminister Dkfm. Lacina (S. 13837),
Cap (S. 13840) und
Dr. Schüssel (S. 13845)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Korrektur des unehrlichen Wahlbudgets durch die SPÖ/FPÖ-Regierung (S. 13849) — Ablehnung (S. 13850)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen (S. 13779)

- 1075: Abkommen zur Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik vom 29. März 1974 über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen und des Änderungsabkommens vom 27. August 1980
- 1079: Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz geändert wird
- 1090 und Zu 1090: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1987 samt Anlagen

960

13778

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Berichte (S. 13779)

- III-159: Bericht auf Grund der EntschlieÙung des Nationalrates vom 2. März 1983 über die Vollziehung des Kunsthochschul-Studiengesetzes; Bundesregierung
- III-160: Grüner Plan 1987; Bundesregierung
- III-161: Kunstbericht 1985; BM f. Unterricht, Kunst und Sport

Einspruch des Bundesrates (S. 13779)

- 1110: Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 1. Oktober 1986 betreffend ein Bundesgesetz über den Karenzurlaub für Väter (KUVG)

Anfragen der Abgeordneten

- Dr. E t t m a y e r und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend den Fall Dr. Hannes Androsch (2348/J)
- Dr. E t t m a y e r und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend den Fall Dr. Hannes Androsch (2349/J)
- Dr. S c h r a n z, Mag. Brigitte Ederer, Ing. Nedwed und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend bisherige Erfahrungen bei der Vollziehung des verwaltungsstrafrechtlichen Wiederbetätigungsverbotes (2350/J)
- Dr. E t t m a y e r und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Personal des Büros des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (2351/J)

K a r a s und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Beheizung der ÖBB-Zentralwerkstätte in der Wiener Straße in Linz (2352/J)

H a i g e r m o s e r, Probst, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Umstellung von Spraydosen auf treibgasfreie Zerstäuber (2353/J)

Dr. G u g e r b a u e r, E i g r u b e r und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Förderungsansuchen oberösterreichischer Papierfabriken an den Umweltfonds (2354/J)

Dr. F e u r s t e i n und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend steuerliche Behandlung der „Seniorenhilfe“ und „Kinderhilfe“ (2355/J)

B e r g m a n n und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der Donauländebahn in Wien-Favoriten (2356/J)

Dr. K h o l und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Versuch einer Vermittlertätigkeit zwischen den USA und der USSR (2357/J)

Dr. K h o l und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Versuch einer Vermittlertätigkeit zwischen den USA und der USSR (2358/J)

Rosemarie B a u e r und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend den Fall Udo Proksch (2359/J)

K r a f t und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Besetzung der Planstelle des Generals der Wiener Sicherheitswache (2360/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Bericht der Bundesregierung auf Grund der EntschlieÙung des Nationalrates vom 2. März 1983 über die Vollziehung des Kunsthochschul-Studiengesetzes (III-159 der Beilagen);

Außerordentliche Tagung

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Präsident: Der Herr Bundespräsident hat mit EntschlieÙung vom 27. Oktober 1986 gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Nationalrat für den 30. Oktober 1986 zu einer außerordentlichen Tagung der XVI. Gesetzgebungsperiode einberufen. Aufgrund dieser EntschlieÙung wurde die heutige Sitzung anberaumt.

Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1987) (III-160 der Beilagen);

dem Unterrichtsausschuß:

Die Amtlichen Protokolle der 159. Sitzung vom 1. Oktober und der 160. Sitzung vom 2. Oktober 1986 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Kunstbericht 1985 des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport (III-161 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Krank gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Maria Hosp.

Abkommen zur Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik vom 29. März 1974 über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen und des Änderungsabkommens vom 27. August 1980 (1075 der Beilagen);

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Grabher-Meyer.

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Mandatsverzicht

Präsident: Ich teile mit, daß Frau Abgeordnete Maria Stangl mit Wirkung vom 6. Oktober 1986 auf die weitere Ausübung ihres Mandates verzichtet hat.

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 1. Oktober 1986 betreffend ein Bundesgesetz über den Karenzurlaub für Väter (KUVG) (1110 der Beilagen).

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 2348/J bis 2359/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Der Herr Bundeskanzler wie auch der Herr Bundesminister für Finanzen haben mitgeteilt, daß sie beabsichtigen, Erklärungen zum Budget 1987 abzugeben.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Es liegt mir ferner ein Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über diese beiden Erklärungen dann sogleich eine Debatte durchzuführen. Werden gegen den Zeitpunkt Einwendungen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Bundesgesetz, mit dem das Präferenzollgesetz geändert wird (1079 der Beilagen),

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1987 samt Anlagen (1090 und Zu 1090 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich zu wie folgt:

Präsident: Ferner ist vorgeschlagen, die Debatte über die beiden Erklärungen zusammenzufassen.

13780

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Präsident

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers zum Budget 1987

2. Punkt: Erklärung des Bundesministers für Finanzen zum Budget 1987

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2. Es sind dies die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für Finanzen zum Budget 1987.

Ich erteile zunächst dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

10.04

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige außerordentliche und wohl auch außergewöhnliche Sitzung des Nationalrats bietet immerhin der Bundesregierung im allgemeinen und dem Bundesminister für Finanzen im besonderen die Gelegenheit, das Budget 1987 öffentlich darzustellen.

Damit wird einmal mehr der Beweis gelingen, die Arbeit und die Leistungen dieser Bundesregierung zu dokumentieren. Aber es geht hier nicht nur um die Darstellung des Bundeshaushalts, der gekennzeichnet ist von Augenmaß und politischer Entschlossenheit. Sparen und ein weiterer Konsolidierungsschritt waren die bestimmenden Faktoren, aber zugleich auch Sorgfalt, Sorgfalt, die unbedingt notwendig ist, wenn man die Einrichtungen unseres Staates gestaltet, Sorgfalt, die notwendig ist, um das Funktionieren des Staates unabhängig vom Zeitpunkt einer Regierungsbildung sicherzustellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat bewiesen, daß sie auch in einer politisch sensiblen Zeit — wie bei der Vorbereitung einer Nationalratswahl — entschlossen ist, die Arbeit für das Land fortzusetzen. Die Menschen messen nämlich Politik nicht an der Anzahl öffentlicher Veranstaltungen, sondern an den Ergebnissen der geleisteten Arbeit. So habe ich erst vor wenigen Tagen das Investitionsprogramm der öffentlichen Hand für die Jahre bis 1990, das gemeinsam mit dem Finanz-, dem Bauten- und dem Verkehrsminister erarbeitet wurde, vorgestellt.

Statt beständig nebulöse Forderungen zu wiederholen, ohne irgendwelche konkrete Maßnahmen zu nennen, werden in diesem Programm sehr konkret für 100 000 Österreicherinnen und Österreicher mit jährlichen Investitionen von über 70 Milliarden Schilling Arbeitsplätze sichergestellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch die beständigen Bemühungen um ein soziales und regionalpolitisches Konzept für die vom neuen VOEST-Programm betroffenen Regionen sind in den letzten Tagen einen ganz entscheidenden Schritt vorwärts gekommen. Ich werde zu diesem Punkt noch zurückkehren, halte aber an dieser Stelle nochmals fest, daß wir auch im Wahlkampf für unser Land arbeiten und das auch weiterhin so halten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die heutige Sondersitzung gibt auch Gelegenheit zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Vorstellungen gerade der Partei im Hohen Haus, die heute den Vorwurf mangelnder Korrektheit der Budgetvorlage für 1987 erhebt.

Ohne dem Herrn Bundesminister für Finanzen vorzugreifen, der Ihnen selbstverständlich die Antworten auf Ihre Fragen geben wird, erscheint es mir doch wichtig, einige Überlegungen zu dem „Budget-Papier“ der Volkspartei anzustellen, da sie ja die Opposition als einen zentralen Teil ihrer Politik sieht.

Von 20 präsentierten Vorschlägen wäre zumindest bei 4 Punkten anzuregen, innerhalb der Volkspartei Einigung über den Inhalt zu erzielen. So zum Beispiel in der Frage der Beamtenkürzungen, wo die Personalvertreter der Volkspartei bereits bei ihrem Obmann Schutz vor dem Wirtschaftssprecher und seinen Sparpunkten gesucht haben. Im Augenblick ist wohl nichts anderes zu tun, als das Ergebnis dieser Hilfsaktion abzuwarten.

Für die Zusammenstellung weiterer 14 Punkte danke ich, da sie zum Teil bereits erfüllt sind oder gerade in der Budgetvorlage 1987 ihren Niederschlag finden. Ich möchte aber doch anhand einiger weniger Beispiele zeigen, wie realitätsfern oder gar von der Realität bereits überholt die Vorschläge sind:

Die Österreichische Volkspartei verlangt beispielsweise eine „Überprüfung der Zweckbindung“. Das Budget 1987 sieht nicht nur eine Überprüfung vor, sondern eine wesentliche Reduktion der Zweckbindung bei der Mineralölsteuer.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Ein anderer Punkt — ich zitiere —: „Verluste der Verstaatlichten sind durch Verkauf gewinnbringender Beteiligungen abzudecken.“ — Ende des Zitats.

Am Donnerstag der vergangenen Woche habe ich die konkreten Pläne der Bundesregierung hiezu der Öffentlichkeit vorgestellt. Die willkürliche Aufzählung aller möglichen Unternehmungen und widersprüchliche Aussagen zu den zu veräußernden Anteilen sind deutlicher Beweis für die rein taktisch motivierte Spekulation der Opposition. Wenn man die Sache ernst nimmt, so sind die Zukunft der Firmen und das persönliche Schicksal der dort beschäftigten Arbeitnehmer so bedeutungsvolle Anliegen, daß das wahlkampfmotivierte Hinwerfen von unabgestimmten Andeutungen nur von einer Seite kommen kann, der die Konsequenzen in den Betrieben nicht einsichtig oder auch nicht wichtig sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein anderes Thema — ich zitiere wieder —:

„Die Budgetkonsolidierung ist ohne Einschnitte im sozialen Netz möglich, wenn man demographische Entwicklungen nützt und keine zusätzlichen Leistungen gewährt.“

Der erste Teil des Satzes liegt durchaus im Rahmen auch meiner Vorstellungen. Aber: Eine von mir geführte Bundesregierung wird sich verstärkt auch um Leistungsverbesserungen für die Bedürftigen unserer Gesellschaft sorgen *(Beifall bei der SPÖ)*, weil ich sicher bin, daß das Netz unserer sozialen Einrichtungen noch dichter geknüpft werden muß, die Gesellschaft zu den Benachteiligten stehen muß und der Begriff der Solidarität erneut und verstärkt unser Prinzip sein wird. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Allerdings — und dazu bekenne ich mich auch —: Unser System sozialer Absicherung muß ständig und vielleicht auch verstärkt nach Fehlentwicklungen durchleuchtet werden. Was wir uns nämlich nicht leisten können, ist, den Mißbrauch zu finanzieren und die Programme unverändert zu lassen, die möglicherweise rechtens, aber jedenfalls gegen den Grundgedanken unabhängig von Einkommen und Vermögen in Anspruch genommen werden können.

Ganz wesentlich unterscheiden sich meine Ansichten aber von denen der Volkspartei, wenn es um die Kinder geht. Unsere Gesellschaft muß es sich leisten können, jeden Versuch zu unternehmen, die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Ausgangsposi-

tionen unserer Jüngsten in einigen Schlüsselbereichen ausgleichen zu helfen. Dies sei gesagt zu den vielerorts gehörten Aussprüchen, die Finanzierung von Schülerfreifahrten oder Schulbüchern sei einzuschränken. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Heinzinger: ... mehr Ehrlichkeit!)*

Wenn weiters die Einstellung der Arbeitsmarktförderungsmittel gefordert wird, so überlasse ich die Antwort all den Arbeitnehmern, die in Betrieben beschäftigt sind, die mit diesen Mitteln restrukturiert werden. Tausende werden bestätigen, daß so manchem arbeitsintensiven Unternehmen vom Sozialminister geholfen worden ist und so heute wieder erfolgreiche Betriebe in der Lage sind, sichere Arbeitsplätze anzubieten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man kann nicht darüber hinwegsehen, daß sich bei den verschiedenen Vorstellungen die Volkspartei ihre Arbeit etwas leicht gemacht hat.

Apropos „leichtgemacht“: Ich habe mit großem Interesse ihren Papieren entnommen, daß sie beabsichtigen, dem Bundesbudget durch den Verkauf von Gemeindewohnungen neue Einnahmen zu verschaffen. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wie bereits der Name sagt, handelt es sich hierbei nicht um Wohnungen des Bundes, sodaß ich Ihnen nur wünschen kann, nie in die Position zu kommen, die Verhandlungen über diesen Punkt mit den Gemeinden aufnehmen zu müssen. *(Beifall und ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Das heißt, Sie haben es nicht verstanden!)* Aber vielleicht kann ein Ihnen politisch nahestehender Bürgermeister den Anfang machen und die Wohnungen seiner Gemeinde verkaufen und das Geld dem Bund zur Verfügung stellen. *(Neuerliche ironische Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: Das ist ein Zeichen, daß Sie die Wohnbauförderung nicht verstehen! — Abg. Vetter: Das ist beschämend! — Abg. Kraft: Ahnungslos und Polemik! — Abg. Dr. Khol: Ahnungsloser Kanzler! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Die Ahnungslosigkeit wird natürlich maßgebend genährt, wenn man sich nur auf dieses Papier bezieht. *(Ironische Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Sparpunkt Ihres Papiers ist die Einsparung von Investitionen. Auf nur zwei Seiten wird gefordert, die öffentlichen Investitionen sollten nicht ausgeweitet werden, eine Zurückhaltung sei zu üben, aber ebenso auch, die

13782

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Investitionen seien nicht zu kürzen und es seien zugleich Budgetausgaben für wachstumsfördernde Umstrukturierungsmaßnahmen einzusetzen.

Hier scheint der Ehrgeiz, möglichst viele Punkte füllen zu wollen, eher Pate gestanden zu sein als die Sorge um die Industrie unseres Landes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Sie sind hier und heute angetreten, mit der angeblichen Unkorrektheit des Budgetentwurfes 1987 mit uns ins Gericht zu gehen. Lassen Sie mich Ihnen aber sagen:

Dieses Land, seine Menschen und die Leistungen, die erbracht worden sind, sind zu wertvoll, sie einer Politik zu überlassen, die getragen ist von

einem Vorschlag zur Neugestaltung unseres Staatshaushalts, der, ohne irgendwelche Berechnungen anzugeben, mittels vager Versätze 100 Milliarden Schilling einsparen will *(Abg. Dr. Schwimmer: Höchste Zeit für einen besseren Kanzler!)*, oder von

einem Steuervorschlag, der, abgesehen von der inneren Fehlerhaftigkeit, alle Ausnahmen diskutieren will, zugleich aber jede in der Diskussion erwähnte sofort wieder garantiert und unter der Überschrift einer generellen Senkung der Steuersätze die budgetäre Ausgeglichenheit prophezeit. Daß man soziale Balance predigt, aber eine Benachteiligung der kleineren und mittleren Einkommen zu Papier bringt, sollte auch hier und nochmals festgehalten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden nicht aufhören, darüber zu reden, daß noch im Jahr 1970 unser Land weit hinter dem europäischen Durchschnitt lag und wir heute die Aufgabe haben, bereits einen beachtlichen Vorsprung zu verteidigen. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Da muß ich Ihnen schon sagen, die Sie nun den Führungsanspruch erheben, daß es Ihnen nahezu täglich gelingt, den Beweis für die Fähigkeit oppositioneller Polemik zu erbringen *(Abg. Dr. Kohlmaier: Was machen Sie jetzt?)*, aber nicht mehr *(Beifall bei der SPÖ)*, und dieses Land verdient es nicht, daß man so mit ihm umgeht. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eines Kanzlers unwürdige Polemik!)*

Die Österreicher haben bereits bewiesen, daß sie bei jeder Herausforderung bestehen können. *(Abg. Kraft: Sie üben die neue*

Rolle!) Sie haben auch bewiesen, schwierige Situationen bewältigen zu können. Gerade in den letzten Wochen galt es, meine sehr geehrten Herren von der Volkspartei, äußerst schwere Maßnahmen zu setzen. Ich sage das im vollen Bewußtsein dessen, daß diese Maßnahmen schwierig waren und daß diese Maßnahmen letztendlich auch breiten Konsens finden müssen. Aber Sie konfrontieren uns wenige Tage vor der Nationalratswahl mit dem Vorwurf der Inkorrektheit eines Budgetentwurfes, der nichts anderes zum Ziel hat, als das Funktionieren des Staates unabhängig von der Regierungsbildung sicherzustellen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mock: So wie bisher!)*

Worum es mir geht, ist, zu versuchen, Sie dazu zu gewinnen, mit mir übereinzustimmen, daß wir weiterarbeiten, denn noch vor zwei Monaten waren wir mit dem Problem konfrontiert, von Industriefriedhöfen zu sprechen. Heute, nur acht Wochen danach, sind die Verhandlungen in den Betrieben geführt, die regionalen Bedürfnisse mit den politischen Vertretern der Länder ausverhandelt *(Abg. Dr. Kohlmaier: Alles ist in Ordnung!)*, Förderungsprogrammen wurde Rechnung getragen, und wir können bereits die ersten Betriebsansiedlungen verzeichnen.

Nicht alle — nicht alle! — Probleme sind erledigt, dazu wird es Monate, vielleicht Jahre brauchen, aber die ersten Ansätze sind da. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Warum haben Sie bisher nichts gemacht?)*

Und so sage ich mit Rückblick auf den steirischen Wahlkampf, daß ernsthafte Arbeit, politisches Augenmaß und die Überzeugungskraft einer frei von Polemik geführten Diskussion doch allen spekulativen Formen der politischen Argumentation überlegen zu sein scheinen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte mich zum Abschluß noch kurz mit einem politischen Begriff befassen, der in den letzten Wochen etwas häufig Verwendung fand. *(Abg. Kraft: Wo bleiben die Unterlagen für das Budget? Außer Polemik war das nichts! — Abg. Dr. Keimel: Das hätte der Sinowatz auch noch zusammengebracht!)* Ja, ja! Wir sind alle gleich gut! Ich möchte mich mit dem Begriff befassen, der in den letzten Wochen in die Diskussion Eingang fand, nämlich mit dem Begriff einer „anderen Politik“. *(Abg. Dr. Keimel: Das sind 8 Milliarden mehr im Budget!)* Lange Zeit war es mir nicht erklärlich, was darunter zu verstehen ist —

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

ein Schicksal, das ich mit vielen von Ihnen teile (*Heiterkeit bei der SPÖ*), aber auch mit der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. (*Beifall bei der SPÖ*.) In den vergangenen Tagen jedoch konnte die Unklarheit allerdings beseitigt werden. Heute weiß ich, was unter der von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, propagierten „anderen Politik“ zu verstehen ist.

Eine „andere Politik“ heißt, die Budgetvorlage der Bundesregierung ob des hohen Defizits zu kritisieren, zugleich aber ein Steuerpapier vorzulegen, das dieses Defizit um viele Milliarden erhöhen würde. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ich habe geglaubt, das bringt nichts!*)

Eine „andere Politik“ heißt, eine Steuerreform unter dem Titel sozialer Ausgewogenheit zu versprechen und zugleich Vorschläge zu unterbreiten, die dazu führen, daß eine große Menge Österreicherinnen und Österreicher in Hinkunft mehr Steuern zu bezahlen hätte.

Im übrigen wundere ich mich jetzt schon über die Qualifikation der Autoren Ihres endgültigen Steuerpapiers, wenn das erste „nur“ von irgendwelchen Experten verfaßt wurde.

Eine „andere Politik“ heißt offensichtlich auch, die Stärkung der direkten Demokratie zu fordern, aber zugleich für die erste anstehende Materie — nämlich die Reformierung unseres Steuersystems — die direkte Einbeziehung und Mitbestimmung der Bevölkerung abzulehnen.

Hohes Haus! Rücksicht auf die Menschen unseres Landes und ihre Bedürfnisse, Rücksicht aber auch auf unsere Umwelt erlaubt nicht einen derart leichtfertigen Umgang.

Nicht die Überschrift, sondern der Inhalt unserer Arbeit wird die Probleme lösen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich meine, wir können stolz auf das verweisen, was in den letzten eineinhalb Jahrzehnten unter sozialistisch geführten Bundesregierungen für Österreich geschaffen worden ist. Wir sind uns aber auch bewußt, daß ein neuer Modernisierungsschub in wesentlichen Bereichen der Gesellschaft zu leisten ist. Diese Aufgabe wird die Bereitschaft zur Mitarbeit all jener, denen es tatsächlich um dieses Land geht, brauchen. Wir brauchen eine seriöse Politik, wir brauchen eine Politik, die gewährleistet, daß in der Regierung und der Verwaltung für die Menschen des Landes gearbeitet

wird. Auch eine bevorstehende Wahl sollte daran nichts ändern. (*Abg. Dr. Blenk: Das wäre ein schönes Versprechen!*) Auch eine parlamentarische Auseinandersetzung nicht. Und der Schulterschuß zur Kooperation soll und, nach meiner Auffassung, muß auch bei und nach harten Auseinandersetzungen immer möglich sein. Ich jedenfalls stehe dazu.

Meine Damen und Herren! Auch wenn am heutigen Parlamentstag die Meinungen hart aufeinanderprallen sollten oder werden, auch wenn das historisch Ungewöhnliche der Vorgehensweise bei so manchen Unverständnis, vielleicht auch bittere Reaktionen hervorruft (*Abg. Dr. Lichal: Parlamentarismus? — Abg. Dr. Keimel: Haben Sie die Wahlen vorgezogen?*), so möchte ich dennoch der Hoffnung und der Zuversicht Ausdruck verleihen, daß am Vortag eines neuen Bemühens, das die Welt in unserer Stadt unternimmt, um mehr Sicherheit und Frieden zu erlangen, die österreichische Innenpolitik mehr anzubieten hat als die trüben Töne des Gegensatzes. (*Langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPÖ*.) 10.25

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen und erteile nunmehr dem Bundesminister für Finanzen das Wort.

10.25

Bundesminister für Finanzen Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Nationalrat ist heute zu einer Sondersitzung zusammengetreten, weil von der Opposition der Vorwurf erhoben wurde, es handle sich beim Entwurf des Bundesvoranschlages 1987 um eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Diesen Vorwurf werde ich im folgenden entkräften. (*Abg. Dr. Blenk: Das wird nicht gelingen!*)

Ich möchte diesen Anlaß jedoch auch nutzen, um den Budgetentwurf für 1987 dem Nationalrat und damit der österreichischen Öffentlichkeit in seinen Grundzügen zu erläutern.

Das Budget 1987 wurde realistisch und korrekt erstellt. (*Abg. Dr. Keimel: So wie das 86er!*) Die Budgetverhandlungen wurden zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als noch mit einem Wahltermin im Frühjahr 1987 gerechnet wurde. Der Bundesvoranschlag 1987 ist daher kein Provisorium, und — das habe ich bereits in der Öffentlichkeit gesagt — ich werde ihn auch gern vollziehen.

13784

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich im einzelnen zu diesem Budgetentwurf 1987 Stellung nehme, kurz auf die konkreten Vorwürfe der ÖVP einzugehen.

Erstens wird von der ÖVP kritisiert, der Entwurf des Bundesvoranschlages enthalte keine Vorsorge für eine Bezugserhöhung der Beamten.

Dazu muß eines mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Wie in jedem Jahr waren auch heuer die Verhandlungen mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum Zeitpunkt der Einbringung des Bundesvoranschlages noch nicht abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung lag noch nicht einmal ein erstes Angebot der Arbeitgeberseite vor. Eine ausreichende Vorsorge für die Ergebnisse der Sozialpartnergespräche konnte heuer wie auch in der Vergangenheit nicht getroffen werden, bevor diese Gespräche abgeschlossen sind.

Ich darf daran erinnern, daß in früheren Jahren eine bereits getroffene Vorsorge von einzelnen Vertretern der Gewerkschaften geradezu als provozierend empfunden wurde. Und ich darf daran erinnern, daß es zur Verhandlungstaktik des Herrn Bundesrates Sommer gehörte, die budgetäre Vorsorge als Besitzstand zu akzeptieren, „den Rest werde man sich noch holen“, so sagte er damals, im Herbst des vergangenen Jahres.

Angesichts der derzeit historisch niedrigen Inflationsrate ist ein Verhandlungsabschluß mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes möglich, der den Grundsätzen äußerster Sparsamkeit entspricht. Ich wollte und konnte aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verhandlungsposition des Bundes nicht von vornherein verschlechtern.

Es war daher verantwortungsvoll und korrekt, auf eine Vorsorge im Entwurf zu verzichten. (*Abg. Dr. Graff: Bis jetzt war es immer falsch!*) Ich habe jedoch nicht verfehlt, bereits nach Beschlußfassung durch die Bundesregierung ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Ergebnis der Beamtenverhandlungen im Zuge der Behandlung des Bundesvoranschlages 1987 durch den Nationalrat entsprechend zu berücksichtigen sein wird. Das entspricht auch der bisherigen Gepflogenheit. (*Abg. Dr. Graff: Das entspricht nicht der bisherigen Gepflogenheit!*)

Auch der zweite Kritikpunkt der ÖVP, näm-

lich der Vorwurf, die Überschreitung der Ausgabenansätze bei den Österreichischen Bundesbahnen würde seit Jahren regelmäßig das Budgetdefizit um 2 bis 3 Milliarden Schilling erhöhen, geht ins Leere.

So wie jedes andere Wirtschaftsunternehmen unterliegen auch die Österreichischen Bundesbahnen den Schwankungen des Marktes. Dies gilt für die Einnahmen wie für die Ausgaben des Unternehmens. Der schwierigeren Wettbewerbsposition der Österreichischen Bundesbahnen aufgrund des Sinkens der Treibstoffpreise wurde dadurch Rechnung getragen, daß für 1987 um 80 Millionen Schilling niedrigere Einnahmen aus Beförderungsleistungen als im Budget 1986 veranschlagt wurden. Dies bedeutet gleichzeitig, daß das Ergebnis der Budgetverhandlungen auf Beamtenebene in den Ministerverhandlungen noch deutlich nach unten korrigiert wurde.

Was die Ausgaben betrifft, wurde für den Personalaufwand wie auch für den Sachaufwand ausreichend Vorsorge getroffen. Für Bezugserhöhungen gilt das vorhin Gesagte; wie bisher wird dafür die Pauschalvorsorge herangezogen.

Für 1985, meine sehr verehrten Damen und Herren, das letzte Jahr, für das ein Rechnungsabschluß vorliegt, ergaben sich beim Kapitel 79, Bundesbahnen, Gesamtausgaben von 35,5 Milliarden Schilling. Das Budgetdefizit lag aufgrund von Ergebnisabweichungen bei den Österreichischen Bundesbahnen um 200 Millionen Schilling höher als erwartet. Das ist ein Bruchteil der von der ÖVP behaupteten 2 bis 3 Milliarden Schilling.

Hohes Haus! Völlig unverständlich ist schließlich der letzte konkrete Vorwurf der ÖVP, die Haftungsübernahmen des Bundes — etwa für den Straßenbau und den Export — seien um 2 bis 3 Milliarden Schilling zu niedrig bewertet. Haftungsübernahmen können schon haushaltsrechtlich nicht als Ausgaben budgetiert werden. Sie sind nur zu veranschlagen, wenn diese Haftungen in Anspruch genommen werden.

Im Falle der Straßensondergesellschaften würde dies die Insolvenz dieser Gesellschaften voraussetzen. Dieser Fall wird sicher nicht eintreten, da die Zahlungspläne dieser Gesellschaften für Investitionen und Rückzahlungen durch die erwarteten Einnahmen — von denen der hiezu erforderliche Teil im Bundesvoranschlag 1987 enthalten ist — voll gedeckt sind.

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

Hinsichtlich der Haftungsübernahmen des Bundes für den Export beruht der Bundesvoranschlag 1987 wie in den Vorjahren größtenteils auf Schätzungen aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit, konkrete Schadenshöhen sind derzeit nur zu einem geringen Teil bekannt. Im Budgetentwurf 1987 sind demgemäß Mittel für Schadenszahlungen in Höhe von rund 4,4 Milliarden Schilling enthalten. Dieser Betrag wird aber im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens durch Einnahmen, das heißt durch Garantieentgelte beziehungsweise durch Rückflüsse aus Haftungsansprüchen, abgedeckt. Derzeit ist eine Inanspruchnahme von Bundesmitteln nicht erkennbar.

Hohes Haus! Ich komme nicht umhin, an dieser Stelle auf die doch recht widersprüchliche Argumentation der ÖVP zum Budget 1987 insgesamt hinzuweisen. Einerseits wird das Budgetdefizit als unerwartet hoch beklagt und der Vorwurf einer Verschwendungspolitik erhoben. Im selben Augenblick werden andererseits viele Ansätze als zu gering dotiert kritisiert, und zwar einmal mit dem Vorwurf, es sei lediglich optisch eingespart worden, ein anderes Mal wieder unter dem Gesichtspunkt einer materiellen Unterdotierung bestimmter Positionen. Gleichzeitig wird dieser Entwurf des Bundesvoranschlages auch noch generell abqualifiziert.

Würde man all das in den Budgetentwurf aufnehmen, was derzeit als Einsparungsmöglichkeiten beziehungsweise als dringend notwendige weitere Ausgaben von der Opposition vorgeschlagen wird, würde tatsächlich ein Hausnummernbudget daraus. Es werden ja jeden Tag neue hinzugeliefert. Ich denke da etwa an die Forderungen des Bauernbundes, die Agrarförderung schlicht zu verdoppeln. Aber ich bin mir bewußt, daß es sich dabei lediglich um vom Wahlkampf inspirierte Äußerungen handelt, die nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Budgetierung unterworfen sind und ihnen auch nicht unterworfen werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir aber noch eine grundsätzliche Bemerkung zur Staatsschuld im allgemeinen.

Es ist richtig: In den letzten Jahren ist die Verschuldung des österreichischen Staates angestiegen. Aber im selben Zeitraum wurden auch hohe Werte durch Investitionen der öffentlichen Hand geschaffen. 80 Prozent der Neuverschuldung des Bundes können materiellen Investitionen gegenübergestellt wer-

den. Der Anteil der Auslandsverschuldung ist rückläufig.

Weiters ist zu berücksichtigen, daß auch große Teile des öffentlichen Konsums investiven Charakter haben, immaterielle Investitionen von größter Bedeutung für unsere Zukunft sind. Ich denke hier vor allem an Ausgaben für Unterricht, Forschung und Wissenschaft. Das ist nämlich die andere Seite der Vermögensrechnung. Bei voller Anerkennung des Zieles der Budgetkonsolidierung darf dieser Aspekt staatlicher Wirtschaftspolitik nicht einfach unterschlagen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Erlauben Sie mir nun, auf die tatsächlich entscheidenden Fragen der Budgetgestaltung für 1987 zu sprechen zu kommen.

Die Ausgangslage für das Budget 1987 ist von den aktuellen und den für das nächste Jahr prognostizierten Wirtschaftsdaten geprägt, die bei anhaltendem Wirtschaftswachstum insgesamt ein positives Bild bieten. Für 1987 wird ein reales Wirtschaftswachstum von 2 Prozent prognostiziert. Mit einer voraussichtlichen Inflationsrate von 2 Prozent werden wir in Österreich weiterhin zu den preisstabilsten Ländern der Welt zählen.

Weiterhin gut entwickeln werden sich nach derzeitiger Einschätzung im Jahre 1987 die Brutto-Anlageinvestitionen des privaten Sektors.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich liegt nach wie vor weit unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten. Wir können für nächstes Jahr auch ein Ansteigen der Zahl der unselbständig Beschäftigten auf 2 790 000 im Jahresdurchschnitt erwarten. Trotzdem wird aus heutiger Sicht mit einem Steigen der Arbeitslosenrate um 0,4 Prozentpunkte gerechnet. Die größte Herausforderung wird daher nach wie vor sein, dem drohenden Anstieg der Arbeitslosenrate mit der Neuschaffung von Arbeitsplätzen zu begegnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Erstellung des Budgets war auch der Einnahmenausfall zu berücksichtigen, der sich aus der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ab 1. Jänner 1987 ergibt. Bekanntlich wird — hier liegt ein einstimmiger Beschluß des Nationalrates vor — in einem breiten Einkommensband bis über 30 000 S monatlich die Steuerbelastung jährlich um 3 360 S reduziert; für Alleinverdiener

13786

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

beziehungsweise Alleinerhalter wird pro Kind ein steuerlicher Absetzbetrag in Höhe von 600 S jährlich neu eingeführt. Für den Bund bedeutet dies Mindereinnahmen von rund 6 Milliarden Schilling jährlich.

Ein derartiger Einnahmenentfall erforderte äußerste Sparsamkeit bei den Ausgaben. Unter dem Gesichtspunkt einer sparsamen Ausgabenpolitik mußten im Bundesvoranschlag 1987 die freien Ermessensausgaben um 3,3 Milliarden Schilling oder um 4,1 Prozent gesenkt werden. Dies betraf vor allem den laufenden Aufwand, denn die Ausgaben für Investitionen, die ebenfalls unter freie Ermessensausgaben zu subsumieren sind, wurden nur um 2,9 Prozent vermindert.

Die äußerst sparsame Budgeterstellung war nur dank der guten Kooperation aller Mitglieder der Bundesregierung zu verwirklichen, mußten doch die Anträge der Ressorts gegenüber den Beamtenverhandlungen noch um 22,1 Milliarden Schilling gekürzt werden. Nur so konnte erreicht werden, daß die Ausgaben — ohne Vorsorge für eine Bezugserhöhung — um 15,3 Milliarden Schilling unter den in der heuer veröffentlichten Beiratsvorschau erwarteten liegen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir an dieser Stelle, auch meinen Dank abzustatten an all jene, die bei der Vorbereitung des Budgetentwurfes große Arbeit und große Mühe aufgewendet haben, an die Beamten aller Ressorts der Bundesregierung und nicht zuletzt auch an die Beamten meines eigenen Hauses. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Das Bundesfinanzgesetz 1986 hatte den Bruttoabgang mit etwa 106,5 Milliarden Schilling begrenzt und den Nettoabgang mit 68,4 Milliarden Schilling festgelegt. Durch die internationale Wachstumsverlangsamung, durch das Ansteigen der Sparquote in Österreich im Zusammenhang mit den kaum gestiegenen Verbraucherpreisen — eine durchaus erfreuliche Entwicklung — und die Verzögerung bei den Einkommen- und Gewerbesteuerbescheiden sind die Einnahmen hinter diesen Erwartungen zurückgeblieben. Unvorhersehbare Ausgaben — ich erinnere hier nur an die Folgen von Tschernobyl oder an die gestiegenen Stützungserfordernisse für die Landwirtschaft, vor allem für die Exporte — haben bei sparsamstem Budgetvollzug zu Ausgabenerhöhungen geführt. Der voraussichtliche Budgetabgang wird daher brutto bei rund 109,9 Milliarden Schilling,

netto bei etwa 76,1 Milliarden Schilling für 1986 liegen.

Der Bundesvoranschlag 1987 weist Gesamtausgaben von 508,9 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 395,1 Milliarden Schilling auf, sodaß das Bruttodefizit 113,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug von Finanzschuldentilgungen in Höhe von 37,3 Milliarden Schilling verbleibt ein Nettodefizit von 76,6 Milliarden Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß in diesem Betrag noch keine Vorsorge für Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst enthalten ist, und die Gründe dafür dargelegt. Legt man realistische Erwartungen für das Verhandlungsergebnis an, kann damit gerechnet werden, daß das voraussichtliche Nettodefizit deutlich unter dem vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen prognostizierten Betrag von 85,9 Milliarden Schilling liegen wird.

Hohes Haus! Der Bundeshaushalt ist das maßgeblichste Instrument des Staates, um von den Bürgern erwartete und verlangte Leistungen zu erbringen und einer wirtschaftlichen Rezession gegenzusteuern.

In den letzten 16 Jahren ist es gelungen, ein hohes Niveau an öffentlichen Leistungen zu erreichen sowie einen Beschäftigtenstand zu sichern, der, wie Sie den Ihnen zur Verfügung gestellten statistischen Daten entnehmen können, über dem der meisten Industriestaaten liegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget wird oft als das in Zahlen gegossene Programm einer Regierung bezeichnet. Andererseits können reale Vergleiche aus dem nichtmonetären Bereich die Bedeutung der Budgetpolitik für den einzelnen oft besser illustrieren als die Budgetzahlen selbst.

Selbst bei Anlegen eines Maßstabes strengster Sparsamkeit war es für 1987 notwendig, die Ausgaben für das Kapitel Unterricht um 8,2 Prozent und die Ausgaben für das Kapitel Wissenschaft und Forschung um 6,6 Prozent zu erhöhen. Damit wird eine erfolgreiche Bildungs- und Wissenschaftspolitik fortgesetzt, die seit 1970 dazu geführt hat, daß mehr als 300 weiterführende Schulen mit über 143 000 Ausbildungsplätzen neu errichtet wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Zeitraum wurde die Zahl der Lehrer in den allgemeinbildenden Pflicht-

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

schulen um 58 Prozent, in den berufsbildenden Pflichtschulen um 39 Prozent, in den allgemeinbildenden höheren Schulen um 88 Prozent und in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen um 139 Prozent erhöht. Die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse konnte dagegen in den Volksschulen von 32 auf 19, in den Hauptschulen von 31 auf 22, in den Sonderschulen von 15 auf 8, in den allgemeinbildenden höheren Schulen von 30 auf 26 gesenkt werden.

Die Gesamtzahl der Studenten ist von 53 152 im Wintersemester 1970/71 auf 160 904 im Wintersemester 1985/86 gestiegen. Der Anteil der weiblichen Studenten hat von 25 Prozent auf 43 Prozent zugenommen. Anfang der siebziger Jahre war nur jeder dritte, im Wintersemester 1985/86 jeder zweite Erstinskribent eine Frau. Voraussetzung für einen neuerlichen Modernisierungsschub unserer Wirtschaft und Gesellschaft werden gerade jene gut ausgebildeten Facharbeiter, Ingenieure, Wirtschaftler und Wissenschaftler sein, die morgen unsere Schulen und Universitäten absolviert haben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ein ebenfalls starkes Wachstum der Ausgaben ist im Ressort soziale Verwaltung zu verzeichnen. Es spiegelt einerseits die beachtlichen Anstrengungen wider, die für die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unternommen werden, es ist aber auch ein Hinweis auf die Tragfähigkeit des sozialen Netzes in unserem Land. Insbesondere ging es und wird es sicherlich auch in Zukunft darum gehen, das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen, die berufliche und räumliche Mobilität von Arbeitskräften zu fördern und Härten des wirtschaftlichen Strukturwandels zu mildern.

Für jene, die durch ihre Arbeitsleistung unseren Wohlstand begründet haben und nun im wohlverdienten Ruhestand sind, konnten die durchschnittlichen Alterspensionen seit 1970 um fast 40 Prozent real erhöht werden, die Mindestpensionen für Alleinstehende um real 50 Prozent, für Verheiratete um real 55 Prozent. Im nächsten Jahr ist für eine allgemeine Erhöhung der Pensionen aus der Sozialversicherung um 3,8 Prozent vorgesorgt, für Ausgleichszulagenbezieher eine Erhöhung um 4,2 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das hohe Niveau der Ausgaben für Gesund-

heit und Umweltschutz wird im Bundesvoranschlag 1987 aufrechterhalten. Nur mit Einsatz beachtlicher öffentlicher Mittel konnten wesentliche Verbesserungen in den letzten Jahren erreicht werden: durch Aufwendungen für die Hebung der Wasserqualität unserer Seen und Fließgewässer, durch Investitionen für Umweltschutz in Industrie und Gewerbe sowie durch die Umstellung auf umweltfreundliche Energien. Es soll jedoch kein Zweifel daran gelassen werden, daß Anstrengungen im Umweltschutzbereich nicht allein der öffentlichen Hand überlassen werden können, sondern jeder einzelne aufgerufen ist, seinen Beitrag im eigenen Wirkungsreich zu leisten.

In den Wirtschaftsressorts ging es vor allem darum, entsprechende Anreize zur Beschleunigung von Strukturveränderungen zu setzen. Auf der einen Seite wird dies durch die Ausgabenentwicklung widerspiegelt, wie etwa durch die Erhöhung der Aufwendungen für alternative Produktionen in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite kommt dies durch den Entfall von Einnahmen in den Budgetzahlen nur indirekt zum Ausdruck, wie etwa bei der verstärkten Förderung von Eigenkapitalbildung in Form von Genußscheinen und jungen Aktien, der Abschaffung der Gewerbesteuer und der Abschaffung der steuerlichen Diskriminierung der Aktie.

In Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es darum gehen, den permanenten Prozeß der Strukturanpassung heimischer Unternehmen weiterzutreiben. Wir werden uns gleichzeitig um weitere Ansiedlungen von Betrieben auf hohem technischem Niveau mit günstigen Exportchancen bemühen. Im Bundesvoranschlag 1987 verbirgt sich etwa hinter dem schlichten Titel „Finanzverwaltung“ ein bedeutender Teil jener öffentlichen Unterstützungen, die im internationalen Wettbewerb um die Schaffung neuer Arbeitsplätze für solche Zwecke eingesetzt werden müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Der hohe Ausbaustand unseres Straßennetzes — seit 1970 wurden 800 km Autobahn neu errichtet — erlaubt es, die Schwerpunkte der Ausgaben im Verkehrs- und Kommunikationswesen zu verlagern. Zweifellos bestehen nach wie vor berechtigte weitere Forderungen nach Schließung von Lücken im hochrangigen Straßennetz, nach Umfahrungen von Ortschaften und nach Investitionen zur Hebung der Verkehrssicherheit. Es war jedoch gerechtfertigt, unter möglicher Bedachtnahme auf die Beschäftigungslage in Baugewerbe und auf all diese berech-

13788

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

tigten Wünsche bei Neuprojekten höchst sparsam vorzugehen.

Große Anstrengungen sind für den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Komplettierung von Nahverkehrsvorhaben, die Erweiterung und Modernisierung unseres Telefonnetzes in Richtung einer umfassenden Datenübertragung erfordert hohe Aufwendungen. Der Bundesvoranschlag 1987 sieht die Weiterführung aller in diesem Bereich bereits eingeleiteten Projekte vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war nicht meine Absicht, in meine Wortmeldung eine umfassende Darstellung des Budgets und seiner Wirkungen in den einzelnen Kapiteln, wie sie normalerweise Inhalt einer Budgetrede ist, aufzunehmen. Ich ersuche Sie daher, es bei diesen wenigen Beispielen belassen zu dürfen.

Hohes Haus! Gerade die letzten Tage haben deutlich gezeigt, daß ein Wahlkampf nicht der geeignete Zeitraum ist, um Details einer Steuerreform zu diskutieren. Fragen der sozialen Ausgewogenheit und der Einfachheit unseres Steuersystems sowie der Finanzierbarkeit einer großen Steuerreform sind technisch so anspruchsvoll und von derartigen Auswirkungen für jeden einzelnen, daß sie wohl keine gute Wahlkampfmunition abgeben. Es sei denn, man begnüge sich damit, immer nur Versprechungen über eine Steuer senkung von 20 Prozent oder sogar 40 Prozent zu wiederholen, und die konkurrierende Gruppe würde ihren Ehrgeiz nur darein setzen, diesen Prozentsatz zu vervielfachen. Sich an einem solchen Wettbewerb zu beteiligen, ist aus Sicht des Finanzministers angesichts der mittel- und langfristigen Aufgaben der Budgetpolitik weder ratsam noch glaubwürdig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Steuerreform muß das Ziel haben, eine beträchtliche Senkung der Tarifsätze bei entsprechender Durchforstung von Begünstigungen zu erreichen. Die Wirkung besteht nicht nur in psychologischen Erleichterungen, sondern der einzelne soll auch tatsächlich entlastet und die Wirtschaft belebt werden. Doch auch hier sollte man selbst am Höhepunkt der Wahlbewegung nicht das Augenmaß verlieren und vor allem nicht unhaltbares versprechen.

Eines ist jedenfalls mit aller Klarheit festzustellen: Egal ob eine — in der nächsten Legislaturperiode sicher zu verwirklichende — Steuerreform größer oder kleiner ausfallen

wird, nach unseren Vorstellungen darf sie Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen jedenfalls nicht benachteiligen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steuerquote ist in den letzten Jahren bemerkenswert stabil geblieben. Im Jahr 1970 betrug der Anteil von Steuern und Abgaben am Bruttoinlandsprodukt 26,7 Prozent, im nächsten Jahr ist mit einer Quote von 28,4 Prozent zu rechnen.

Obwohl aus dieser Sicht nicht von einem übermäßigen Anstieg der Belastung des Steuerbürgers gesprochen werden kann, liegt es doch auf der Hand, daß Budgetkonsolidierung über eine Erhöhung der Steuerquote nicht angestrebt werden sollte. Dies vor allem deshalb, weil im Bewußtsein der Öffentlichkeit der Anteil der Gesamtabgaben verankert ist. Das heißt, nicht nur jener der Steuern, sondern auch jener der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und zu anderen Institutionen. Dieser Gesamtanteil betrug 1970 35,9 Prozent und wird 1987 voraussichtlich 41,5 Prozent erreichen.

Daher ist in den nächsten Jahren die Linie des vorgelegten Budgetentwurfes fortzuführen, wobei eines klar sein muß: Budgetkonsolidierung ist nicht die Aufgabe ausschließlich eines Jahres. Das Ziel der Bundesregierung, das Nettodefizit unter 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu senken, muß jedoch mittelfristig erreicht werden. Es geht darum, den Automatismus eines steigenden Budgetabganges zu brechen. Dazu werden wir eine äußerst sparsame Ausgabenpolitik verfolgen müssen. Angesichts der Bedeutung öffentlicher Ausgaben für jeden einzelnen kann aber die Devise nur lauten: Sparen mit Augenmaß!

Wir werden also in Hinkunft bei der Budgeterstellung jene Wege fortsetzen müssen, die bereits für 1987 eingeschlagen wurden. Zum Beispiel ist bei gesetzlichen Bindungen zu überdenken, ob sie ihren ursprünglichen Sinn und Zweck noch erfüllen. Staatliches Handeln muß ständig auf seine Effizienz und Sinnhaftigkeit sowie die jeweiligen sozialen, verteilungs- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen hin überprüft werden. Jede Entscheidung, die wir fällen, und jede Maßnahme, die wir setzen, wird aber weiterhin unter der Zielvorgabe stehen, keinen Qualitätsverlust zuzulassen. Dies ergibt sich aus der Verantwortung für die Menschen unseres Landes.

Wir sollten die Bedeutung des modernen

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

Staates und seines Interventionsinstrumentariums realistisch einschätzen. Unsere Erfolge stehen und fallen mit der Arbeit, der Leistungsbereitschaft und dem Vertrauen der Bürger. Wir sollten staatliche Wirtschaftsaktivität aber auch nicht aus einer engstirnigen ideologischen Position heraus miesmachen. Unsere Aufgabe ist: Verantwortlich handeln für unser Land und seine Menschen! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* 10.55

Präsident: Ich danke dem Herrn Finanzminister für seine Ausführungen.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mock.

10.56

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen des Bundeskanzlers. Es heißt in der Tagesordnung „Erklärung des Bundeskanzlers zum Budget 1987“. Wie schwach, Herr Bundeskanzler, muß Ihre Position sein, wenn Sie in Ihren ganzen Ausführungen nichts zum Budget 1987 zu sagen haben, sondern nur polemisieren gegen unser Steuerreformkonzept, das offensichtlich als einziges wirtschaftspolitisches Konzept in dieser Wahlbegegnung zur Diskussion steht. *(Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Auch wenn Sie lachen, meine Damen und Herren: Die Österreichische Volkspartei hat ein Steuerreformkonzept vorzulegen, aber Sie haben nichts vorzulegen. Bei Ihnen kann der Regierungschef nur von der Regierungsbank aus polemisieren — das war das Ergebnis seiner Ausführungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie sagen: Der Staat funktioniert!, dann muß ich Ihnen in aller Trockenheit antworten: Er funktioniert trotz Ihrer Politik und trotz des sozialistischen Weges und nicht wegen Ihrer Politik. Je konsequenter Ihre Politik zum Tragen kommt — erinnern wir uns nur zum Beispiel an die Region Obersteiermark —, umso schlechter steht es ohnehin um die Funktionsfähigkeit. — Das zu Ihrer Bemerkung, der Staat funktioniert wegen Ihrer Politik.

Ich habe mir eine sachliche Auseinandersetzung erwartet. Herr Bundeskanzler! Es ist völlig unglaublich, wenn man diesen Stil der Polemik von der Regierungsbank her praktiziert und dann von der Zusammenar-

beit mit der Opposition redet. Es wird sich Ihre Politik nicht nur im Inhalt ändern müssen, sondern sie wird sich auch im Stil ändern müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie sagen, Sparen und Konsolidieren seien die Leitmotive der Politik der letzten Jahre gewesen. Genau das Gegenteil ist geschehen. Allein die Existenz dieser Bundesregierung, die Größe dieser Regierungsbank sind ein Gegenbeweis, daß Sie jemals ernsthaft ans Sparen gedacht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die SPÖ-FPÖ-Regierung hat uns mit einem einstimmigen Beschluß im Ministerrat einen Budgetentwurf für das Jahr 1987 übermittelt. Wir haben unseren Augen nicht getraut: Es war kein politisches Papier, über das man unter unterschiedlichen politischen Auffassungen diskutieren kann, sondern es war der Versuch, den Österreichern bezüglich der weiteren gefährlichen Auswirkungen des sozialistischen Weges Sand in die Augen zu streuen. Das war Ihre Absicht, meine Damen und Herren, und deswegen wollten Sie auch nicht haben, daß im Parlament darüber diskutiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben mit bewußt falsch eingesetzten Zahlen — ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen — den Versuch gemacht, das Defizit des Staatshaushaltes optisch niedrig — bei 113 Milliarden — zu halten, während jeder Experte weiß, daß es mindestens bei 125 Milliarden und möglicherweise zwischen 130 und 140 Milliarden liegen wird. Daher war es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß dieses Budget, dieses Dokument des Scheiterns der sozialistischen Wirtschaftspolitik, wie Präsident Graf es genannt hat, zum Anlaß einer Sondersitzung des Nationalrates genommen wird, und das aus folgenden Gründen:

Dieser Budgetentwurf — ich sage das sehr deutlich — strotzt vor falschen Zahlen. Würde dieser Budgetentwurf mit Auslaufen der Legislaturperiode zur Makulatur, würde er nicht Realität werden, würde man sich darum nicht kümmern müssen.

Aber dieses von der Regierung vorgeschlagene Budget ist ein frisiertes Budget, das auf alle Fälle ab 1. Jänner 1987 zum Tragen kommt. Herr Bundeskanzler! Deswegen sind wir der Auffassung, die falschen Zahlen dieses Budgets müssen — wenn Ihnen überhaupt jemand glauben soll, daß Sie eine ehrliche Politik machen wollen; ich frage mich ja,

13790

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Mock

was bisher gemacht wurde — korrigiert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Budgetentwurf 1987 widerspiegelt auch eine Reihe von dramatischen Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie sie sich seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung vor 16 Jahren immer mehr abgezeichnet haben: wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung, vor allem wachsende Jugendarbeitslosigkeit und wachsende öffentliche Verschwendung. Jedes Parlament, das etwas auf sich hält, muß diese Charakteristika des Budgets für 1987 sichtbar machen.

Meine Damen und Herren, das dritte Argument: Das Budget ist das in Zahlen gegossene Arbeitsprogramm einer Regierung. Der Budgetentwurf 1987 wurde einstimmig von den sozialistischen und freiheitlichen Regierungsmitgliedern beschlossen. Für mich ist das die gemeinsame Absichtserklärung, die SPÖ-FPÖ-Regierung, diese kleine Koalition, fortzuführen, wenn der Wähler am 23. November keine Änderung herbeiführt.

Alle drei Gründe verlangen von einem verantwortungsbewußten und selbstbewußten Parlament, daß es sich mit einem solchen Dokument auseinandersetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir werden zu einem solchen Täuschungsversuch nicht schweigen und dadurch mitverantwortlich werden, daß eine solche Täuschung der Öffentlichkeit auch gelingt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich war natürlich sehr betroffen, ich gebe das zu, meine Damen und Herren, als der sozialistische Parteivorsitzende und andere verkündet haben, das Verlangen nach Ansetzung dieser Sondersitzung des Nationalrates sei ein Mißbrauch des Parlaments.

Meine Damen und Herren, Herr Klubobmann Wille! Ich habe geglaubt, ich traue meinen Augen nicht. Ich würde mich für diesen Ausdruck, das sei ein Mißbrauch des Parlaments, schämen, das sage ich Ihnen. Demokratische Parlamentarier machen der Opposition, weil sie von verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch macht, den Vorwurf eines Mißbrauchs. Soweit ist Ihr Demokratieverständnis gekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Parlament ist keine Briefkastenfirma zur stillschweigenden Entgegennahme eines Scheindokuments,

deshalb wird hier über dieses Budget sehr wohl diskutiert und gesprochen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unserer Auffassung nach — daran hat sich nichts geändert; der Herr Bundeskanzler hat ohnehin nur über unser Steuersenkungskonzept polemisiert, die Ausführungen des Herrn Finanzministers haben daran auch nichts geändert — ist dieses Budget ein Budget der falschen Zahlen, ein Budget der falschen Strukturen und ein Budget des falschen wirtschaftspolitischen Weges. Wir übergeben heute der Öffentlichkeit eine Studie über die budgetpolitische Entwicklung der letzten 16 Jahre, meine Kollegen werden sich damit beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Womit Schluß gemacht werden muß, sind die falschen Zahlen in den sozialistischen Budgets und die roten Ziffern, die aufgrund der sozialistischen Wirtschaftspolitik vor allem in der verstaatlichten Industrie geschrieben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich rede von einem Budget der falschen Zahlen. Sie und auch der Herr Finanzminister konnten mit keinem einzigen Wort widerlegen, daß es falsch war, für die Gehaltsverhandlungen mit den Beamten des öffentlichen Dienstes nichts in dieses Budget einzusetzen. Sie selbst haben eine Gehaltserhöhung um 1,8 Prozent angeboten. Das allein würde mindestens 3 Milliarden Schilling ausmachen. Es ist Ihnen gelungen, erstmals ein Budget vorzulegen, in das für das Ergebnis laufender Verhandlungen nichts eingesetzt worden ist.

Meine Damen und Herren! Das ist ein plumpes Täuschungsmanöver, wie es mir noch nicht vorgekommen ist, ich möchte das hier sehr, sehr deutlich unterstreichen. Wenn bei den Verhandlungen mehr herauskommt, ist es umso schlechter, meine Damen und Herren. Das haben Sie zu korrigieren.

Herr Bundesminister! Sie haben bewußt von den Bundesbahnen gesprochen, wir haben von den Bundeszuschüssen gesprochen. Es zeigt sich immer wieder, daß die Zuschüsse zum Defizit der Bundesbahnen plus Pensionsversorgung plus Subventionen um 2 bis 5 Milliarden über dem Voranschlag lagen. Sie haben diese Zuschüsse bewußt zur optischen Täuschung um 2 bis 5 Milliarden niedriger gehalten.

Das gleiche gilt für die Haftungen des Bundes.

Dr. Mock

Sie sind auch beim Straßenbau gesetzwidrig vorgegangen. Offensichtlich hat der Herr Bundeskanzler eine falsche Rede gehabt. Er hat gesagt, die Zweckbindung für die Mineralölsteuer wurde aufgehoben. Das haben Sie zwar einmal verkündet, sie ist aber bis heute nicht aufgehoben worden. Ebenso ist es beim Familienlastenausgleich.

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Machen Sie uns ja nicht den Vorwurf, unsere Familienpolitik würde die Kinder schädigen. Ich möchte sehr deutlich sagen: Es war immer unsere Auffassung, es wäre zum Beispiel besser, nicht die Kosten eines aufgeblähten Familienministeriums zu übernehmen, sondern mehr für die kinderreichen Familien zu tun, die ohnehin vernachlässigt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Allein diese sechs Positionen, die ich aufgezählt habe, würden bei ehrlicher Budgetierung das Defizit um 10 bis 15 Milliarden erhöhen. Das bedeutet, das Defizit würde nicht um 7 Prozent, sondern um 20 Prozent steigen. Und dazu, Herr Bundeskanzler, sollen wir schweigen? Ein Parlament, das etwas auf sich hält, kann nicht schweigen, und wir schweigen dazu nicht, das ist unsere Aufgabe als Parlamentarier. Wenn Sie das als Wahlkampfveranstaltung bezeichnen, so ist es besser, wir beschäftigen uns hier mit den Auswirkungen des Budgets auf die wachsende Arbeitslosigkeit als mit jener Art von Wahlkampfveranstaltung, die Sie in der Stadthalle organisiert haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Rote Zahlen werden in der verstaatlichten Industrie geschrieben, und rote Zahlen, meine Damen und Herren, werden immer mehr im Budget geschrieben.

Herr Bundeskanzler, Sie haben im Jahre 1985 versprochen — ich zitiere wörtlich —: Das Defizit muß verringert werden. Dr. Vranitzky wörtlich: Das Defizit muß verringert werden.

Wie sieht die Wahrheit aus? Während der zwei Jahre Ihrer Amtstätigkeit ist es Ihnen gelungen, das Budgetdefizit um 20 Prozent — ich wiederhole, meine Damen und Herren: um 20 Prozent! — anzuheben. Selbst dem vielgeschmähten Finanzminister Salcher ist es im letzten Jahr seiner Amtszeit gelungen, das Defizit um 0,9 Prozent zu senken. Im ersten Jahr der Verantwortlichkeit von Dr. Vranitzky ist das Budgetdefizit um 1,4 Prozent und im zweiten Jahr, im Jahr 1986 — für diese Budgeterstellung tragen Sie die Verantwortung —, um 16 Prozent gestiegen. So sieht

„ehrliche Politik“ aus! Diese Plakate hätten Sie sich ersparen können, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie sieht es denn überhaupt aus mit den großen Thesen, die Sie verkündet haben? „Schulden sichern Arbeitsplätze“ — das, meine Damen und Herren, war eine der leichtfertigsten Feststellungen, die in diesem Haus und in der Öffentlichkeit von sozialistischen Spitzenpolitikern getroffen wurden. Heute haben wir den höchsten Schuldenstand und die höchste Arbeitslosigkeit seit den vierziger Jahren. Als wir Ihnen die Verantwortung übergaben — nach 25 Jahren Haupt- und Alleinverantwortung! —, betrug der Schuldenstand 47 Milliarden, jetzt beläuft er sich auf über 600 Milliarden.

Herr Bundeskanzler! Als wir Ihnen die Verantwortung übergaben, betrug die Arbeitslosigkeit 1,9 Prozent, jetzt über 5 Prozent.

Als wir Ihnen dieses Land in Ihre Verantwortung übergaben, betrug der Anteil öffentlicher Investitionen, die nach den privaten Investitionen das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind, knapp 10 Prozent, jetzt liegen sie bei 5 Prozent. Meine Damen und Herren! Die Jahresausgaben für Zinsen haben die Jahresausgaben für öffentliche Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, überholt. Heute können wir sagen — leider und mit Betroffenheit nach 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung —: Schulden zerschlagen die Arbeitsplätze. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt stellen Sie in Ihrem Bericht wieder ein Investitionsprogramm bis zum Jahre 1990 mit Milliarden dimensionen vor. Das ist nicht viel mehr wert als die Versprechungen, Tunnels mit Milliardeninvestitionen zu bauen, Versprechungen, die Dr. Kreisky vor den letzten Wahlen abgegeben hat. Herr Bundeskanzler, so werden Sie die Öffentlichkeit nicht mehr täuschen können! Das sind zu abgenutzte politische Tricks! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie lautete die These bezüglich der verstaatlichten Industrie, meine Damen und Herren? Die verstaatlichte Industrie wurde als „Nationalindustrie“ bezeichnet, als wenn die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Privatwirtschaft nicht genauso zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg unseres Landes beitragen, wie seinerzeit die verstaatlichte Industrie dazu beigetragen hat.

Was war das Ergebnis? Was haben Sie aus der verstaatlichten Industrie gemacht? Als

Dr. Mock

wir Ihnen die Verantwortung übergeben haben, gab es einen Jahresüberschuß von 1,4 Milliarden Schilling und über 100 000 Arbeitsplätze. 1978 erklärte zum erstenmal Ihr damaliger Parteivorsitzender, schlechtgehende Unternehmen der verstaatlichten Industrie dürfen zugesperrt werden.

Herr Bundeskanzler! Ihre Partei und Sie als Finanzminister hatten immer nur zwei Alternativen: subventionieren oder zusperren. Nur modernisiert haben Sie nie, obwohl es Ihnen vor den Wahlen jetzt wieder einfällt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In den letzten Jahren sind 30 Milliarden Schilling zugeschossen worden und über 17 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die nächste Kündigungswelle steht bevor. Und da, meine Damen und Herren, bleibt Ihnen als letzter Zugriff jetzt vor den Wahlen ohnehin nur mehr übrig, sich auch zur Privatisierung einiger staatlicher Unternehmen zu bekennen.

Was hat der Herr Professor Nowotny hier polemisiert gegen den Ausverkauf des Familiensilbers! Sie müßten eigentlich zurücktreten, Herr Abgeordneter, Sie sind ja desavouiert worden von Ihrem eigenen Bundeskanzler, der auf ÖVP-Programme greift, um die Mehrheit noch zu retten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben im Zusammenhang mit dem Steuerkonzept von Demokratie gesprochen. Da haben Sie eine sehr schwache Position! Ich möchte Ihnen sehr deutlich sagen: Es gibt einen Termin, zu dem die Österreicher über eine neue Wirtschaftspolitik, über ein Steuervereinfachungs- und Steuersenkungskonzept abstimmen können, nämlich den 23. November 1986. Und ich werde alles tun, daß die Österreicher diesen Abstimmungstermin wahrnehmen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber 16 Jahre zu regieren, keine einzige große Steuerreform durchzuführen, es am 1. Juni 1983 in der Regierungserklärung zu versprechen, 3 1/2 Jahre wieder nichts zu machen und dann vier oder acht Wochen vor der Wahl zu sagen: Ich bin eh dafür, machen wir im Herbst 1987 eine Volksabstimmung!, das ist praktizierte Unglaubwürdigkeit. Da können Sie mir nicht mit irgendeinem Argument kommen, das Ihnen Glaubwürdigkeit verschaffen soll.

Meine Damen und Herren! Was war Ihr Motto? — Ein hochmütiges Wort: Sozialismus

ist vollendete Demokratie, haben Sie in den siebziger Jahren verkündet.

Aber jedes Volksbegehren, das es in den letzten 16 Jahren gegeben hat, ist bei Ihnen im Papierkorb gelandet, haben Sie niedergestimmt. Kein einziges Volksbegehren ist akzeptiert worden, nicht einmal das größte Volksbegehren mit 1,4 Millionen Unterschriften. Wer eine solche Praxis übt, kann sich nicht als demokratiepolitischer Lehrmeister der Nation aufspielen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. B l e n k: Das Volk ist nichts, die Partei ist alles!)*

Die Bilanz sieht daher entsprechend düster aus. Es ist kein Wunder, wenn immer mehr Leute sagen, 16 Jahre Sozialismus sind genug.

Es ist Ihnen gelungen, die Zahl der Arbeitslosen von 58 000 auf 150 000 zu verdreifachen, und im Winter wird es noch ärger werden. Und dieses Budget setzt diesen Weg fort.

Öffentliche Investitionen wurden gekürzt. Es ist Ihnen gelungen, das Nettodefizit des Jahres 1970 von 2,2 Milliarden auf 76 Milliarden anzuheben. Und dieses Budget setzt diesen Weg fort. Es ist Ihnen gelungen, die Finanzschulden in 16 Jahren um das 15fache zu erhöhen. Und dieses Budget setzt diesen Weg fort.

Herr Bundeskanzler! In den letzten 16 Jahren hat sich der Personalstand, die Bürokratie in den Zentralstellen beziehungsweise in den Ministerien um über 25 Prozent erhöht. Und Sie reden hier von Sparen und Konsolidieren! Das, was Sie in 16 Jahren gemacht haben, ist genau das Gegenteil von dem, was Sie heute verkünden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mehr Arbeitslose, mehr Schulden, mehr Zentralismus, das ist Ihr falscher Weg, den Sie im Jahre 1987, gemeinsam mit der FPÖ offensichtlich, fortsetzen wollen.

Herr Bundeskanzler! Es wurde nichts saniert, und es wurde nichts konsolidiert.

Bei Steyr-Daimler-Puch waren Sie als Finanzminister voll des Lobes für die Reform- und Sanierungskonzepte Ihres Parteifreundes Dr. Androsch. Aber heute werden wieder über 2 000 Leute gekündigt, und es wird ein neuer Finanzbedarf von 2,5 Milliarden Schilling angemeldet.

Sie haben Österreich, das beweisen Ihnen nationale und internationale Experten, auf die Überholspur — aber nach unten! —

Dr. Mock

geführt. Und Ihr Weg war dabei nicht mit guten Ideen, sondern mit den Tausendern der Steuerzahler gepflastert. Das war das Charakteristikum des sozialistischen Weges in den letzten Jahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Konsequenz für mich ist, daß dieses Budget genauso falsch ist wie die bisherigen Budgets, nichts tut gegen die Arbeitslosigkeit, nichts tut gegen die Verschwendung — allein die Größe der Regierung ist ein Gegenbeweis —, nichts tut für die Sanierung der öffentlichen Betriebe und keinen Ansatz hat für eine wirksame Steuerreform.

Papier ist geduldig. Auf Ihren Plakaten, Herr Bundeskanzler, reden Sie von Mut und Kraft. In dem Papier, auf das Sie Ihren Budgetentwurf geschrieben haben, merkt man nichts davon. Es ist ein Budget der falschen Zahlen und der Resignation und wird daher von uns auch in jeder Form bekämpft werden.

Wenn Sie kein Wort zu seiner Verteidigung finden, sondern nur unser Steuerreform- und Steuersenkungskonzept angreifen, so muß ich sagen: Ich bin stolz, meine Damen und Herren, daß zum erstenmal seit der großen Kamitzschen Steuerreform in den fünfziger Jahren eine österreichische politische Partei wieder ein Konzept vorgelegt hat.

Sie können uns ja nicht zeigen, was Sie wollen, Sie haben nichts zum Angreifen, Sie haben kein Konzept, das in der Lage ist, wieder jene Situation herbeizuführen, wie sie während der ÖVP-Regierungen üblich war, nämlich wirtschaftliche Stärke, sozialer Fortschritt und Vollbeschäftigung. Das ist das Ziel dieses Steuerreformkonzepts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Ziel ist es, den Trend zur wachsenden Arbeitslosigkeit, den wir seit Jahren haben, zu brechen und die Vollbeschäftigung wieder herbeizuführen, so wie das in den Zeiten der Regierungsverantwortung der Österreichischen Volkspartei üblich war.

Wir resignieren nicht vor den steigenden Arbeitslosenzahlen, sondern unsere Antwort ist eine Wirtschaftsoffensive mit neuem Optimismus, mit der Anerkennung der Leistung, also all das, was Sie jetzt seit acht Wochen aus unseren Konzepten verkünden. Aber da — davon bin ich überzeugt, ich habe es Ihnen bereits einmal gesagt — werden die Leute gleich zum Schmied gehen und nicht zum Schmiedl, wie Sie das erhoffen.

Mit dieser finanziellen Sanierung unseres

Landes, mit wirtschaftlicher Stärke können wir auch die anderen Probleme lösen. Wir können den Umweltschutz finanzieren, wo der Herr Minister Kreuzer kapituliert hat. Auch das österreichische Selbstbewußtsein könnte wiederhergestellt werden. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Stärke, soziale Stabilität und mehr öffentliche Moral sind wesentliche Voraussetzungen, um unser Ansehen beim Bürger dieses Landes und im Ausland wiederherzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Ziel ist es auch, ein neues Ansehen der Demokratie sicherzustellen, indem wir mit aller Konsequenz den Geist: Ohne Partei sind wir nichts, die Partei ist das Heim, und ohne Partei bist du nichts, wie man dem Staatsbürger sagt, abwählen.

Meine Damen und Herren! Österreich muß wieder zuerst kommen. — Diese unseligen Phrasen, die sich durch Ihre Parteitagserklärungen ziehen und die leider Prägestempel sind — Prägestempel Ihrer Ideologie —, gehören aus dem öffentlichen Leben abgewählt. Das ist mein fester Entschluß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! In außergewöhnlichen Situationen hat das Parlament nicht im Urlaub zu sein, sondern sich zu versammeln. *(Zwischenbemerkung des Bundesministers Dr. Fischer.)* Wir haben das gemacht. Der übliche Ausdruck, Herr Bundesminister Fischer, ist, daß das Parlament, wenn es nicht tagt, auf Urlaub ist. Diese Terminologie kennen Sie selbst.

Sie waren sehr erstaunt. Das Ziel war: Wir fühlen uns verantwortlich, den Täuschungscharakter dieses Budgets aufzuzeigen. Ich möchte sehr deutlich sagen und hier auch an die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei appellieren: Ihre Minister haben das mit beschlossen in der Regierung. Wer unseren Antrag heute ablehnt, der stimmt auch den falschen Zahlen zu. Sie haben eine Möglichkeit, hier Ihre kritische Haltung, die ja Ihr Obmann bei jeder Gelegenheit herausstreicht, auch unter Beweis zu stellen.

Es geht grundsätzlich um zwei Alternativen, meine Damen und Herren! Wer der Meinung ist, daß es in Österreich nicht so weitergehen darf: täuschende falsche Budgets, rote Ziffern in den Betrieben, wie es in den letzten 16 Jahren der Fall gewesen ist, der sollte der Österreichischen Volkspartei die Chance geben, eine Wende zum Besseren herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

13794

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Mock

Meine Damen und Herren! Wir haben ein Budget bekommen, mit falschen Zahlen, mit wachsendem Steuerdruck, höherer Arbeitslosigkeit und wachsenden Defiziten. Dafür haben Sie sich entschieden. Es ist ein sozialistisches Budget. Nur: Die Österreichische Volkspartei ist darauf vorbereitet, Österreich aus den roten Zahlen herauszuführen. *(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 11.22

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Wille.

11.22

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Natürlich ist diese Sondersitzung ein Mißbrauch des Parlaments. *(Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Für eine Demokratie!)* Darin bin ich mit Klubobmann Mock einig gewesen bis zur Einberufung dieser Sitzung.

Bisher haben Sondersitzungen im Wahlkampf jedenfalls nicht stattgefunden, und bisher hat die letzte Sitzung vor einer Nationalratswahl 50 bis 100 Tage vor der Wahl stattgefunden. Dieses Mal sind es 20 Tage.

Ich hätte noch gerne zur Kenntnis genommen den besonderen Umstand, daß wir es dieses Mal mit der außergewöhnlichen Situation zu tun haben, daß ein Budget vorgelegt wird und der Nationalrat sich gleichzeitig auflösen wird. *(Abg. Dr. Graff: Die Regierung löst sich auch gleich auf!)*

Aber: Das haben wir vorher gewußt. Das haben wir gewußt, als wir die Tagung beendet haben. Das war absolut nichts Neues. Es war auch zu erwarten, daß ein Budget vorgelegt wird. Das war ebenso nicht neu.

Und nun kommt der eine Streitpunkt. Sie haben mir in der ersten Aussprache zugesichert: Wir werden eine sachliche Aussprache führen. *(Abg. Dr. Mock: Der Bundeskanzler!)* Wir erwarten sie. Wir kommen noch darauf.

Man könnte der Auffassung sein, daß Budget stimme nicht, das Budget wäre irgendwie manipuliert oder bewußt mit falschen Zahlen versehen. Über diesen einen Punkt zu reden, wäre noch verständlich gewesen. Ich werde Ihnen aber dann gleich Zahlen nennen. Da wird Ihnen Hören und Sehen vergehen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn das stimmt, was Sie behaupten, daß nämlich das Budget 15 Milliarden vom Bundesvoranschlag abweichen wird, daß wir in Wirklichkeit einen

Abgang haben werden, der 15 Milliarden über dem Voranschlag liegen wird, wären das 20 Prozent. Wenn das zutrifft, was Sie behaupten, dann haben wir den Voranschlag um 20 Prozent verfehlt.

Die ÖVP hat sage und schreibe vier Jahre regiert, nämlich von 1966 bis 1970. Wenn man den Durchschnitt der Abweichungen aller vier Jahre ermittelt, dann muß ich sagen, es hat die ÖVP Jahr für Jahr den Voranschlag um 220 Prozent verfehlt. *(Heiterkeit.)* Die Fehlerquote der ÖVP ist elfmal höher als die uns heute von der ÖVP vorgegebene. Wir sind elfmal treffsicherer. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber lassen Sie mich noch etwas sagen. Die ÖVP verlangt heute voraussichtlich eine Abänderung des Budgets. Da soll etwas zurückgenommen und etwas neu eingebracht werden.

Es war Bundeskanzler Dr. Klaus, der in einer Anfragebeantwortung im Juni 1967 die Auffassung vertreten hat, die Setzung der Frist für das Budget könne nur bedeuten, daß die Bundesregierung nach ihrem Ablauf in Angelegenheiten des Bundesvoranschlages keine verfassungsmäßigen Akte mehr zu setzen vermag. — Das hat Klaus 1967 den Abgeordneten mitgeteilt, nachdem er sich mit dem Verfassungsdienst in dieser Frage auseinandergesetzt hat. Mir ist aus diesem Grunde unverständlich, wie die ÖVP dazukommen soll, einen Abänderungsantrag einzubringen.

„Mißbrauch des Parlaments“ habe ich gesagt. Wenn die Auseinandersetzung um diese 15 Milliarden ginge, dann wäre mir alles verständlich. Obwohl Kollege Mock am ersten Tag sachliche Gespräche zugesagt hat, hat es nicht sehr lange gedauert, bis Generalsekretär Graff am Wort war. Am nächsten Tag schnatterte er bereits in die Öffentlichkeit hinaus: Natürlich, der Wahlkampf muß politisiert werden! Natürlich, wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, daß der Bundeskanzler nicht dieser Superbundeskanzler ist, wie er in der Öffentlichkeit gesehen wird. *(Abg. Dr. Höchtl: Soll er über das Budget nicht reden, wenn es so falsch ist?)*

Eines möchte ich Ihnen in aller Freundschaft sagen. Wer heute den Bundeskanzler gehört hat, knapp, klar, kompetent *(Abg. Dr. Höchtl: Da lachen Sie aber selber!)*, der kann sich nur wundern, daß die ÖVP ausgerechnet auf diesen Bundeskanzler ansetzt. Sie verschießen Ihr Pulver zwölf Jahre zu früh, denn so lange wird er Bundeskanzler sein. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg.*

Wille

Dr. Lichal: Der Herr Präsident muß schon den Einsatz zum Applaus geben! Ihr habt es weit gebracht!)

Nun aber zu einigen weiteren Behauptungen. Herr Kollege Mock! Auch heute haben Sie wieder behauptet: Zuerst kommt Österreich, und dann kommen die Parteien. Wenn die Opposition so vermessen ist, zu glauben, eine Sondersitzung für ihren Wahlkampf verwenden zu können, dann kann man zweifelnsfrei nicht sagen, daß da der Staat oder Österreich vor der Partei kommt. Für Sie galt: Zuerst kommt die ÖVP, und dann kommen die Republik und das Parlament! — Das ist eine ganz klare Sache. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt einige Bemerkungen zu Ihren großen Sprüchen, die Sie während des Wahlkampfes führen, wie: Die öffentliche Hand muß raus aus unseren Taschen. — Da war offensichtlich ein reichsdeutscher Texter am Werk. Oder: Wer sozial denkt, sollte nicht sozialistisch wählen. Oder: Wir führen Österreich aus den roten Zahlen. Zuerst: Die Hand muß raus aus unseren Taschen.

Da inseriert die ÖVP allen Ernstes, ich habe das nicht für möglich gehalten, in Anspielung auf die Staatsquote — ist gleich 40 Prozent —: 40 Prozent des Jahres arbeiten wir für den Staat, und dann, wie die Diskonter: nicht ab 1. August, sondern ab 30. Juli arbeiten wir bereits für den Staat, und wir könnten deshalb auf Urlaub gehen.

Allen Ernstes behauptet die ÖVP, wir könnten ab August auf Urlaub gehen, denn ab August arbeiten wir für den Staat. Der Parteiobmann der ÖVP ist ein Beamter. Ich frage nun — gingen wir in Pension, gingen wir im August auf Urlaub —: Wer würde sein Gehalt bezahlen? Wer würde seine Pension bezahlen? Wer würde seinen Klub erhalten? Wer würde Umweltschutz, wer würde Industrieförderung betreiben? Wer würde die Subventionen für die Landwirtschaft finanzieren?

Ich glaube, derjenige, der behauptet, daß wir 40 Prozent des Jahres in Urlaub sein könnten, weil wir 40 Prozent des Jahres für die Gemeinschaft tätig sind, für die Gemeinschaft arbeiten, denunziert den Staat. Das ist eine soziale Lüge ersten Ranges. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu dem Beispiel: Wer sozial denkt, kann nicht sozialistisch wählen! Dazu ein Beispiel aus der Familienpolitik — die Familien-

politik ist anscheinend immer wieder ein zentrales Anliegen der ÖVP.

Wir haben die kostenlose Schulfahrt, das kostenlose Schulbuch geschaffen und dann die Familienbeihilfe in einer nie dagewesenen Weise finanziert. Seit zehn Jahren verlangt nun die ÖVP im Parlament von uns immer wieder Steuerabsetzbeträge für die Familie anstelle der Direktzahlung, anstelle der Familienbeihilfe. Wir haben im ÖGB eine Einigung über jährlich 600 S Steuerabsetzbetrag pro Kind erzielt, obwohl wir die größten Bedenken gegen diese Vorgangsweise haben, weil sie die besser Verdienenden begünstigt und die Armen benachteiligt. Der ÖVP reicht das dennoch nicht. Die ÖVP verlangt seit Jahr und Tag, trotz unserer ständigen Bemühungen und der Behauptungen, daß das die Schwachen benachteiligt, einen Steuerabsetzbetrag in der Höhe von 2 000 S. Das soll sozial sein? Man soll nicht sozialistisch wählen, weil sozialistisch wählen nicht sozial ist? Die ÖVP ist nicht nur konservativ, diese Forderung ist doch in höchstem Maße und augenfällig vom Scheitel bis zur Sohle asozial. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann kommen die Schulden; die Schulden, die man uns immer wieder vorwirft. Wir haben hier Jahr für Jahr über die Schulden geredet und Jahr für Jahr die objektive Wahrheit zu diesem Thema gesagt. Der letzte OECD-Bericht sagt — warum plakatiert das die ÖVP nicht? —, daß die Staatsschuld in Österreich 45 Prozent des BIP beträgt. In der Bundesrepublik sind es 42 Prozent, in den Vereinigten Staaten 47 Prozent, in Japan 69 Prozent.

Ich habe die drei leistungsfähigsten Industrienationen zum Vergleich herangezogen. Die Schulden sind in viel leistungsfähigeren Industrienationen als in Österreich gleich hoch oder noch höher. Das sollte man sagen, wenn man von den Schulden redet und man nicht Staatsverdrossenheit und Politikverdrossenheit im österreichischen Volk hervorrufen will. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich höre noch etwas immer wieder, und zwar: Die Schulden waren noch nie so hoch wie jetzt! — Richtig. Warum aber sagen Sie nicht dazu: Die Sparquote des Österreichers war noch nie so hoch. Noch nie hat der Österreicher so viel gespart wie heute, noch nie hat der Österreicher so wie heute ein ganzes Bruttosozialprodukt erspart gehabt. Warum sagen Sie nicht dazu, daß das Bruttosozialprodukt noch nie so hoch war wie heute, nämlich 1 500 Milliarden Schilling? Das muß

13796

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Wille

man dazusagen, um das relativieren zu können. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Mock! Nun möchte ich auf ein Flugblatt zu sprechen kommen, das besonders dramatisch ist. Da gibt es ein Flugblatt, welches behauptet, Sie seien aktiver Christ, Sie seien praktizierender Christ. Was ein praktizierender Christ ist, darüber will ich mich nicht auslassen. Es wird in diesem Saal wenige geben, genauso wie auch im Volk. Das sind große Sprüche, aber die treffen auch auf uns zu. *(Abg. Brandstätter: Woher nehmen Sie das Recht zu dieser Behauptung?)* In aller Bescheidenheit. Ja Sie sind einer! Das habe ich mir gleich gedacht. *(Abg. Brandstätter: Woher nehmen Sie das Recht dazu? Sie sind sehr unvorsichtig mit dieser Behauptung!)* Ich wäre mit derartigen Behauptungen unerhört vorsichtig. Ich habe schon einmal gesagt, daß an Christen noch höhere soziale Anforderungen gestellt werden als an Sozialisten. Mir reichen die meinen.

Ich habe hier die Rede des deutschen Bundespräsidenten Carstens, eines aktiven Christen, oder die Äußerungen von der Bischofskonferenz oder die von Bischof Žak liegen. Sie alle sagen: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“ *(Abg. Dr. Lichal: 16 Jahre Sozialismus!)* „Brüderlichkeit und Wahrhaftigkeit auch in der politischen Auseinandersetzung. Nie darf der politische Gegner zum politischen Feind werden. Nie darfst du den politischen Gegner in einer unerlaubten Weise herabsetzen oder entwürdigen.“

Jetzt werde ich Sie auf einen Vorfall aufmerksam machen, den Sie — wie ich hoffe — korrigieren werden. *(Abg. Dr. Hafner: Beichtvater ist er auch schon!)* Sie haben das Inserat, daß Generaldirektor Vranitzky eine Abfertigung bezogen hat, in einer Serie von Tageszeitungen veröffentlicht. Ich habe erst heute ermitteln lassen, so gut das ging, welche Leserzahl dadurch erreicht worden ist. Meiner Unterlage zufolge — Leserzahlen laut „Optima“ — haben 4,5 Millionen Österreicher davon Kenntnis bekommen, daß Generaldirektor Vranitzky beim Ausscheiden aus einer Bank eine Abfertigung bezogen hat.

Das geht seit Wochen so dahin. Ich möchte heute hier sagen — ich habe darüber weder mit dem Bundeskanzler noch mit dem Parteivorsitzenden geredet —: Es ist erschütternd, daß keiner von Ihnen ein Wort dazu findet, daß Herr Abgeordneter Taus, der genauso Generaldirektor war, als er Parteivorsitzender wurde, ebenso einvernehmlich aus einer

Bank ausgeschieden ist und natürlich genau dieselbe Abfertigung bekommen hat.

Ja es kommt noch ärger. Da traktiert uns ein kleiner Landesrat aus Kärnten alle Tage ... *(Abg. Dr. Mock: Euer Koalitionspartner ist das! — Abg. Dr. Lichal: Der kleine Landesrat ist Ihr Koalitionspartner! — Lebhaftes Heiterkeit bei der ÖVP.)* Der Landesrat ist nicht unser Koalitionspartner. Sie wissen ja einiges besser. *(Abg. Dr. Lichal: Er ist Parteiboss der Freiheitlichen Partei, und die Freiheitliche Partei ist Ihr Koalitionspartner!)* Kollege Lichal! Ist das die einzige Reaktion, die dir darauf einfällt? *(Abg. Dr. Lichal: Dann sagen Sie es dem kleinen Landesrat und Ihrem Koalitionspartner, aber doch nicht uns! — Zwischenrufe.)* Streiten wir nicht über den kleinen Landesrat. Lassen wir ihn beiseite. *(Abg. Dr. Lichal: Die beschließen das falsche Budget heute mit Ihnen! Das ist Ihr kleiner Landesrat!)*

Es ist geradezu paradox, wenn man weiß, daß der Vizekanzler in spe, Dr. Krünes, auch aus einer Aktiengesellschaft ausgeschieden ist, um in die Bundesregierung einzutreten, aber natürlich auch einvernehmlich ausgeschieden ist und aus diesem Grunde die Abfertigung bezogen hat.

Heute muß ich sagen: Ich wundere mich über unsere eigene Parteiwerbung, daß sie wochenlang zusieht, wie man versucht, den Bundeskanzler auf diese Weise öffentlich herabzusetzen, und dazu den Mund nicht aufbringt.

Dabei möchte ich folgendes sagen: Ich begrüße ausdrücklich, daß Führungskräfte großer Aktiengesellschaften und Banken in diesem Haus sind. Ich habe nicht einen Tag bereut, daß Abgeordneter Taus einer meiner Kollegen ist, und ich hätte mich geschämt, wenn ich mich auf eine derart billige Vorgangsweise eingelassen hätte, wie das die ÖVP seit Wochen tut. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ihr Stellvertreter Busek hat vor einer Woche mit mir an einer Friedensvesper im Stephansdom teilgenommen, und Busek hat wiederholt Jaspers mit dem Ausspruch zitiert: „Friede ist Wahrheit, und Wahrheit ist Friede.“

Ich möchte Sie bitten: Wenn man nicht in Abrede stellt, ein tätiger Christ zu sein, dann sollte man zumindest die erwähnten Inserate korrigieren. Nicht nur zurückziehen, nicht nur einstellen — man sollte sie korrigieren! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Wille

Sie machen es in Ihrer eigenen Parteizeitung so ähnlich. Da wird in der Parteizeitung der ÖVP behauptet: „Die sozialistische Koalition ist eine Koalition der Neinsager.“ Wir hätten hier im Parlament ein „Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ verhindert. Die ÖVP sagt: abgelehnt. Eine große Steuerreform mit dem Ziel einer 20prozentigen Steuersenkung abgelehnt.

Während wir hier die alten Forderungen verhandelt haben, hat der ÖVP-Chef Mock in einer Pressekonferenz ein ganz neues Konzept vorgestellt. So etwas ist ebenso einmalig wie diese Sondersitzung! Und so geht das weiter. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder: Ist Ihnen bekannt, daß wir das Problem der Embryomanipulationen nicht behandeln wollen oder die Behandlung abgelehnt haben? Ist Ihnen das bekannt? Mir ist es nicht bekannt. Ich muß das „Volksblatt“ lesen, um zu erfahren, was wir alles abgelehnt haben. *(Abg. Dr. Lichal: Sie müssen halt mehr lesen als nur die „AZ“!)*

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. In einem weiteren Inserat — Sie kennen es ja — behauptet die ÖVP: „Die ÖVP will Privatisierung, Freiheit und Schluß mit der Parteibuchwirtschaft.“ *(Ruf bei der ÖVP: Jawohl!)* Ja, ja! Mir werden Sie das nicht vorwerfen, mir werden Sie das nicht vorwerfen! Im vergangenen Monat hat es in Niederösterreich die Personalvertretungswahlen in den Landesdienst gegeben. Ich runde auf: Es hat 14 000 gültige Stimmen gegeben, und 14 000 haben den ÖAAB gewählt. *(Abg. Dr. Lichal: Das ist eine Lüge! Eine Lüge! Eine bewußte Lüge, Herr Kollege Wille. Das ist eine Unterstellung! Das war eine freie Wahl!)* Ja, ich weiß schon, es waren 96 Prozent. *(Ruf bei der SPÖ: Er hat gesagt, er rundet auf! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe.)* Ich habe gesagt: 14 000 gültige Stimmen.

Kollege Lichal! Sie kennen das auch. Ich weiß, Sie sind ein beherrschter unbeherrschter cholerischer Typ. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie irritieren mich nicht.

Es waren genau, nun ganz genau, damit niemand den Eindruck bekommt, es würde dort keine Parteibuchwirtschaft geben: 13 132 gültige Stimmen, davon 12 599 für den ÖAAB, aufgerundet 100 Prozent für den ÖAAB. *(Abg. Dr. Lichal: Darf das bei einer freien Wahl nicht sein?)* Und dann hat man noch den Mut, zu sagen: Wir verlangen Freiheit. Weg von der Parteibuchwirtschaft! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Im Budget ist eine falsche Ziffer, weil einer so gerne wissen will, was im Budget falsch ist. Im Budget ist garantiert eine Zahl falsch: die Zahl der Gehaltserhöhung für die Beamten. Aber Sie haben immer gewußt, daß eine derartige Zahl seit Jahren erst im Haus berichtigt werden konnte, wenn die Verhandlungen abgeschlossen waren.

Ich möchte als Gewerkschafter nicht solche Ziffern im Budget haben, wie sie im Budget eines Bundeslandes mit einem ÖVP-Landeshauptmann stehen. Da sind nämlich jetzt schon 6 Prozent eingesetzt, die es garantiert nie geben wird.

Herr Kollege Stummvoll! Ich glaube, Sie waren der, der so genau wissen wollte, was ins Budget gehört; die Vertreter der Industriellenvereinigung wollen es wissen.

Was ich sagen will, ist: Unser Wahlkampf soll hart sein, aber er soll fair sein, und er soll keinen Beitrag dazu liefern, daß der Boden für Politikverdrossenheit und Staatsverdrossenheit aufbereitet wird.

Ich selbst halte wenig davon, wenn wir uns darüber einigen, daß wir gegen Neonazismus und gegen Antisemitismus sind. Wenn wir mit voller Kraft für Österreich und für die Menschen dieses Landes sind, dann werden sich derartige Fragen erübrigen.

Ich bin der Meinung, wir betreiben eine ehrliche Politik. Wir haben einen Kanzler, der Erfahrung, Zeitgeist und Tatkraft verbindet. Aus diesem Grund können wir und kann ganz Österreich diesen Kanzler wieder wählen. *(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* 11.47

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Mock gemeldet.

11.47

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Sie haben erklärt, Herr Klubobmann, daß wir uns einig gewesen seien, es handle sich bei der heutigen Sitzung um einen „Mißbrauch des Parlaments“.

Bei der heutigen Sitzung handelt es sich um die Inanspruchnahme eines Minderheitsrechtes gemäß Paragraph 46 der Geschäftsordnung und gemäß Artikel 28 der Bundesverfassung. Wir waren uns nicht einig, daß es sich

13798

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Mock

hier um einen „Mißbrauch des Parlaments“ handeln würde.

Mich hätte auch gewundert, daß Sie aus eigenem der Abhaltung der Sitzung in einem gemeinsamen einstimmigen Beschluß der Präsidiale zugestimmt haben, wenn es sich tatsächlich um einen Mißbrauch gehandelt hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.48

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Taus.

11.48

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich ist der Hauptgrund der heutigen Sitzung des Parlamentes der Versuch, einen ersten Kassensturz des Budgets herbeizuführen. Das heißt, es geht uns heute primär darum, einmal an Hand des vorgelegten Budgetentwurfes den tatsächlichen Zustand der Staatsfinanzen darzustellen und die Abweichungen, die unserer Meinung nach berücksichtigt gehören, hier darzulegen.

Lassen Sie mich aber zunächst zu den Reden des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Finanzministers und des Herrn Klubobmannes Wille kommen.

Ich möchte hier nur einige wenige Punkte herausnehmen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Redemanuskript — ich bin mir nicht sicher, ob er es auch gesagt hat — die Frage der Reduktion der Zweckbindung der Mineralölsteuer. Ich möchte das nur ganz kurz hier ansprechen. Meine Damen und Herren! Noch leben wir in einem Rechtsstaat, und ich habe auf juristische Überlegungen Rücksicht zu nehmen. Sie haben zwar in einem im Haus eingebrachten Abgabenänderungsgesetz diese Zweckbindung reduziert, tatsächlich ist sie aber nicht reduziert, weil das nicht Gesetz ist. Ich halte es daher für völlig unmöglich, daß nun in einem Budgetentwurf auf Grund einer Rechtslage, die nicht existiert, eine Reduktion einer Ausgabe vorgenommen wird. Daher müssen allein bei diesem Titel der Reduktion der Mineralölsteuer meiner Schätzung nach ungefähr 1,4 Milliarden zusätzlich dazugeschlagen werden.

Ich sage das hier in aller Ruhe, weil ein Brauch hier einzureißen scheint, der von der geltenden Rechtslage weggeht. Ich persönlich bin der Auffassung, das sollte man nicht tun, im Interesse aller Parteien dieses Hauses, aber vor allem im Interesse aller Österrei-

cher; ich halte es für unkorrekt, so vorzugehen.

Ich will das nicht besonders herausstellen und kein großes Theater daraus machen, aber immerhin ist es so. Hier hätten rund 1,4 Milliarden Schilling mehr budgetiert gehört. Das ist der erste Punkt. Der Bundeskanzler hat es extra angeführt. Diese Passage Ihrer Rede ist unrichtig, Herr Bundeskanzler. Ich kann Ihnen nicht helfen, so ist es.

Meine Damen und Herren! Zweite Frage, diese ist auch in Ihrer Rede wieder, Herr Bundeskanzler: das Problem im Bereich der verstaatlichten Industrie. Sie reden vom VOEST-Konzept und ähnlichen anderen Dingen, davon, was da schon gelöst ist. Ich sage Ihnen meine Meinung, ich komme auch darauf zu sprechen: Da ist überhaupt nichts gelöst, vielmehr ist das Unternehmen weiter in einer tiefen Krise.

Ich gehe noch einen Schritt weiter, meine Damen und Herren! Diese tiefe Krise, die nun aus einer Unternehmenskrise in eine Auftragskrise hineingeht, haben nicht zuletzt Sie verschuldet, indem Sie bei der VOEST mit der Ablösung des gesamten Vorstandes von einem Tag auf den anderen Maßnahmen durchgeführt haben, die niemals irgendwo in der Welt durchgeführt werden *(Beifall bei der ÖVP)*, weil das zwangsläufig zu Reduktionen, zu einem Prestige- und Imageverlust eines Unternehmens führen muß; das konnten Sie sich damals, zum Zeitpunkt Ihrer Handlungen, gar nicht vorstellen. Wir haben Ihnen aber von dieser Stelle aus gesagt, Sie sollen das nicht tun. Das ist die zweite Frage, die ich ansprechen möchte.

Die dritte Frage, die Frage der Seriosität Ihrer Konzepte, Herr Bundeskanzler, kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Wir haben im vergangenen Jahr das CA-Sanierungskonzept hier beschlossen, unsere Partei ist mitgegangen. Ich habe das im Namen meiner Partei genauso wie Robert Graf begründet: Wir haben gesagt, wir gehen aus Gründen der Staatsräson natürlich mit, weil es sich keine Partei dieses Hohen Hauses leisten kann, eine CA-Krise zu provozieren. Das heißt, es ist überhaupt keine Frage, daß man aus diesen Gründen mitgegangen ist. Ich habe damals die Konzepte nach außen hin sehr milde kritisiert und habe gesagt, sie sind nicht der Weisheit letzter Schluß. Ich habe mich allerdings in internen Gesprächen ein wenig härter darüber geäußert.

Nach einem Jahr können Sie zum Beispiel

Dr. Taus

das Steyr-Konzept wegschmeißen, das mit großem Aplomb von der Regierung in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und von dem gesagt wurde: Das ist der Weg. Und das, meine Damen und Herren, nach einem Jahr, nach zwölf Monaten. Daher müßte man wahrscheinlich schon im nächsten Budget auch für Steyr Mittel vorsehen, ich weiß nicht wieviel, aber es gehört etwas vorgesehen. Der neue Generaldirektor hat 2,5 Milliarden Schilling verlangt.

Meine Damen und Herren, das ist der dritte Punkt in der Rede des Herrn Bundeskanzlers, zu dem ich sagen muß: So sensationell waren die Budgetierung und die Konzepte ja wirklich nicht, daß man heute sagen kann, daß eine solche Sitzung, wie wir sie verlangt haben, nicht notwendig wäre.

Diese Sitzung ist außergewöhnlich — warum nicht? —, aber daß sie nicht notwendig ist, kann man nicht sagen. Allein diese wenigen Punkte, die ich aus der Rede des Bundeskanzlers genommen habe, zeigen, wie wichtig diese Sitzung ist, denn das allein wäre schon eine um 3 bis 4 Milliarden höhere Budgetierung der Ausgaben; diese Ausgaben hätten in dieses Budget hineingehört, wenn man es korrekt machen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun die nächste Frage: die Frage des Personals. Da gehe ich dann gleich zur Rede des Herrn Finanzministers über. Herr Finanzminister! Es stimmt nicht, was Sie hier in Ihrer Rede gesagt haben, daß es nämlich nicht möglich ist zu budgetieren, wenn man mitten in den Verhandlungen steht.

Ich habe mir jetzt schnell herauschreiben lassen, wie das in den vergangenen Jahren gelöst wurde. Und siehe da, in den „Arbeitsbehelfen“ zum Budget ist ziemlich eindeutig festgelegt, daß trotz der Budgetverhandlungen natürlich ein Ansatzpunkt ins Budget hineingekommen ist. Es stand halt dann im „Arbeitsbehelf“ bei den Ansätzen für die öffentlich Bediensteten: Die Verhandlungen sind noch im Gange, wir haben vorläufig eine bestimmte Zahl eingesetzt, die in etwa dem entspricht, was in den Verhandlungen von der Republik angeboten wurde, es wird sicherlich nachträglich etwas zu korrigieren sein.

Das hat man jedes Jahr so gemacht. Es besteht nicht der geringste Grund, das heuer nicht so zu machen, gerade bei einer so wichtigen Position: die Gehälter der öffentlich Bediensteten sind doch eine wesentliche Position des Budgets. Ich lese Ihnen jetzt die Stelle vor:

„Im Zeitpunkt der Budgeterstellung“ — so hieß es im „Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1985“ — „waren die Verhandlungen zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer über eine Bezugserhöhung für die öffentlich Bediensteten im Jahr 1985 noch nicht abgeschlossen.“ Weiters: Es konnte daher sowohl für eine Bezugserhöhung als auch für die damit im Zusammenhang stehende Erhöhung des Pensionsbeitrages nur pauschal Vorsorge getroffen werden.

Etwas anderes haben wir überhaupt nicht verlangt. Herr Minister Löschnak hat 1,8 Prozent vorgeschlagen, und es hätte sich immer noch Zeit gefunden — und wenn man es mit der Hand eingesetzt hätte —, die berühmten 3 Milliarden hineinzuschreiben. Das hätte immerhin schon wieder einen Teil der Budgetwahrheit ausgemacht. Nach allem, was ich bisher gesagt habe, sind es schon 7 Milliarden, die man hier dazugeben muß. Das war zur Rede des Herrn Bundeskanzlers.

Nun lassen Sie mich aber auch noch zur Rede des Herrn Finanzministers kommen. Ich möchte auch hier ein paar Punkte herausnehmen.

Das erste ist die Frage der Steuerkonzepte. Die haben auch Sie, Herr Bundeskanzler, hier angeschnitten. Der Herr Finanzminister hat in seiner Rede, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, die Meinung vertreten, daß hier gewissermaßen unseriöse Konzepte an die Öffentlichkeit gegeben wurden.

Ich gestehe Ihnen gleich vorneweg zu: Alle Konzepte, die in Sachen Steuerreform gemacht werden, sind immer schwierig. Das Steuerrecht ist ein schwieriges Verteilungsrecht, ist ein politisches Recht, und natürlich geht selten alles so, wie es sich diejenigen, die die Konzepte machen, vorgestellt haben. Aber daß Sie sich nun hinstellen und sagen, wir haben überhaupt nichts gesagt, wir von der Sozialistischen Partei sind diejenigen, die völlig korrekt vorgehen, geht nicht. Ich möchte auf Ihre Wahlplattform hinweisen, die unter dem Titel „Vor uns liegt das neue Österreich“ auf Seite 15 die Überschrift hat: „Das Steuersystem durchforsten — die Steuersätze senken“.

Das heißt, Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, schreiben in Ihre Wahlplattform hinein, daß Sie die Steuersätze senken wollen. Das gleiche sagt die Österreichische Volkspartei, das gleiche sagt auch, soweit ich das mitgekriegt habe, die Freiheitliche Partei. Das heißt, alle wollen die

Dr. Taus

Steuersätze senken. Wir werden ja sehen, wie das im einzelnen aussieht. Jeder hat sein Konzept dafür, Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, haben das am wenigsten ausgearbeitete Konzept. Ich habe das aber noch sehr deutlich im Ohr, Herr Finanzminister, wie Sie davon gesprochen haben, daß es möglich sein müßte, die Steuersätze um 40 Prozent zu senken. So weit sind wir gar nicht gegangen, weil wir wissen, daß das sehr schwierig ist. Also von einer 40prozentigen Steuersatzsenkung hat bei uns niemand geredet, wohl aber Ihr Finanzminister!

Jetzt sage ich Ihnen wieder *cum grano salis*, wie das so ist in der Steuerpolitik. Da wird noch einiges Wasser die Donau hinunterrinnen, aber uns allen hier ist klar: Es muß im Steuerrecht etwas geschehen; das ist immerhin einmal eine wesentliche Erkenntnis. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist das, was man hier sagen sollte, aber polemisieren würde ich jetzt im Detail darüber nicht, weil ich das für unsinnig halte und weil es darüber eine große, schwierige Diskussion geben wird. Das weiß doch jeder. Das geht eben nicht mit der linken Hand.

Wir haben ein Konzept vorgelegt, jeder kann nun sehen, was die Österreichische Volkspartei in diesem Konzept will. Da können Sie jetzt durchaus dazu sagen — das halte ich für legitim —: Dieses und jenes geht nicht, das würden wir anders machen und ähnliches mehr. Aber jedenfalls so sozial, wie Ihre Vorschläge mit der 40prozentigen Steuersenkung gewesen sind, so sozial sind unsere Vorschläge noch immer, meine Damen und Herren! Um Ihnen auch das einmal zu sagen, denn immerhin waren es ja nicht wir, die einmal Rentnern — wie das bei den Bauern der Fall war — durch Gesetz die Renten gekürzt haben; das waren immerhin noch immer Sie. Mögen Sie das übersehen haben, aber es ist jedenfalls so gewesen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, den ich eigentlich gar nicht anschneiden wollte, weil ich ihn für sehr heikel halte. Aber nachdem es die Rede des Herrn Finanzministers *expressis verbis* enthalten hat, bleibt mir nichts anderes übrig, als mit der gebotenen Vorsicht über diese Frage zu reden.

Ich habe kursorisch in einer Pressekonferenz erwähnt, daß man im Bereich der Ausfuhrförderung und der Garantiepolitik im Ausfuhrförderungsgesetz wahrscheinlich die Budgetansätze jährlich um 1 bis 3 Milliarden Schilling erhöhen müssen.

Ich habe das eigentlich gar nicht sehr dramatisiert, sondern ich habe gesagt, nach meiner Schätzung sollte es so sein. Daher ist auch diese Position im Budget zu niedrig angesetzt, wenn man korrekt budgetieren möchte.

Ich habe mir, nachdem der Herr Finanzminister diese Dinge angeschnitten hat, in meinen Unterlagen von der Kontrollbank die Exportgarantien und die Exportfinanzierung in Österreich in der gebotenen Kürze angeschaut. Ich will darüber gar nicht sehr lange reden, sondern möchte mich nur sehr kursorisch darauf beziehen, ohne in Details einzugehen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Es genügt ja, wenn man einige Positionen herausnimmt. Das erste ist: Wir haben zurzeit in etwa über 300 Milliarden Schilling an Ausfuhrgarantien. Wir haben nun unter diesen Garantien eine ganze Menge, die in bestimmte Teile der Welt gehen. Da haben wir manche ausgestellt, die über zehn Jahre laufen. Wir sehen, daß wir nun schon Weltteile haben, in denen das derzeitige Garantievolumen der Republik das Drei- bis Vierfache des jährlichen Exportes in diese Gegenden ausmacht.

Man muß nicht unbedingt ein Überexperte in solchen Fragen sein, um zu wissen, daß das Alarmzeichen sind. Ich rechne die dem Minister Lacina überhaupt nicht an, aber so ist es.

Daher, meine Damen und Herren: Wenn das also so gewachsen ist, wenn die Ausfuhren in bestimmte Teile der Welt nur mehr ein Drittel oder ein Viertel des aushaftenden Garantievolumens ausmachen, dann kann sich jeder an den fünf Fingern ausrechnen, daß irgendwo irgendwann ein Zahlungsbedarf — ich bin zunächst einmal vorsichtig — entstehen wird. Ich behaupte daher, daß Sie das im Budget für das nächste Jahr zu niedrig angesetzt haben (*Beifall bei der ÖVP*), weil die Wahrscheinlichkeit — ich wäre überhaupt nicht darauf eingegangen, ich tue es nur, weil es in Ihrer Rede enthalten ist — natürlich immer größer wird, daß dort etwas passiert. Das werden Ausgaben sein, die uns viele Jahre begleiten werden.

Es hat ja schon begonnen. Ich habe mir das BÜG, das letzte Budgetüberschreitungs-gesetz, das 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1986, ausgehoben und bin es sehr geschwind durchgegangen; länger habe ich nicht Zeit gehabt. Da haben Sie allein schon eine Erhöhung der Zahlungen aus Finanzhaftungen aus der gebildeten Rücklage von ungefähr 2,2 Mil-

Dr. Taus

liarden drinnen. Im Budgetüberschreitungs-gesetz haben Sie also schon plus 2,2 Milliarden. Jetzt haben Sie ungefähr 4 Milliarden budgetiert, wenn ich das richtig im Kopf habe. Da kommt doch etwas, da liegt doch schon etwas in der Luft. Daher ist zu wenig budgetiert.

Das ist eine Frage, die ich mir anschauen muß. Das heißt ja nicht, daß es tatsächlich jemanden treffen muß. Es kann ja sein, daß es — Gott sei Dank, wenn es so wäre — nicht eintritt. Aber die Wahrscheinlichkeit aus der Position heraus ist so groß, daß ich bei normaler, korrekter Budgetierung etwas mehr vorsehen müßte, als Sie vorgesehen haben.

Etwas anderes haben wir im Zusammenhang mit diesem Budget und im Zusammenhang mit einer völlig nüchternen Auflistung dessen, was ich heute als Kassensturz bezeichnen möchte, nie gesagt. Etwas anderes wollen wir gar nicht. Das sind wieder 1 bis 3 Milliarden mehr. Das ist also, wenn Sie wollen, eine Ausgabenunterschätzung von Dingen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit kommen. Wenn ich die Beamten nur mit 3 Milliarden annehme, bin ich schon bei ungefähr 10 Milliarden Schilling.

Jetzt komme ich zu einem nächsten Punkt. Wir haben bisher eine Übung gehabt, die ich für eine schlechte halte. Das neue Budgetrecht hat ja hier eigentlich — Gott sei Dank — einen Strich durch die Rechnung gemacht; wir wenden es nur bei diesem Budget nicht an. Daher werfe ich dem Herrn Minister Lacina gar nicht vor, daß er es nicht angewendet hat.

Nur: Das Problem liegt ja woanders. Die Verstaatlichte wird nächstes Jahr liquiditätsmäßig Zuflüsse zwischen 10 und 20 Milliarden brauchen. Ich bleibe bei der Untergrenze. Sagen wir, sie braucht nur 10 Milliarden. Das wird wahrscheinlich nicht reichen.

Dann haben wir noch das Steyr-Problem; das wird auch etwas mehr sein. Und wer weiß, was da oder dort noch auf uns zukommt. Vielleicht wissen Sie es schon, ich selbst habe ja nur die veröffentlichten Unterlagen. Ich will auch gar nicht mehr haben, mich interessieren ja interne Details überhaupt nicht.

Ich muß natürlich diese 10 bis 12 Milliarden Schilling dazuschlagen. Denn das neue Budgetrecht, meine Damen und Herren, wird uns ja zwingen — Gott sei Dank; wir haben uns ja auch darauf geeinigt —, alle Verpflichtungen der Republik in einer Rechnung zusammen-

zufassen. Daher gehören diese 10 bis 20 Milliarden — setzen Sie es fest, wie Sie wollen — natürlich im Budget berücksichtigt.

Denn die Sonderkonstruktion, die wir hier haben, daß man sagt: Ich gebe der ÖIAG eine Bundesbürgschaft, und die holt sich das Geld, und es steigen dann halt jährlich die Zinsen und die Tilgungszahlungen aus dem Budget, das halte ich für eine Verschleierung der tatsächlichen Schuldensituation des Staates (*Beifall bei der ÖVP*), denn in dem Moment, wo das passiert, weiß jeder, der hier aufsteht oder von mir aus auch sitzen bleibt, daß in diesem Punkt natürlich die Republik diese Schulden übernommen hat, weil sie von diesen Unternehmungen in den nächsten Jahren nicht mehr zurückgezahlt werden können. Das weiß ja ohnehin jeder, es hat daher keinen Sinn, sich da etwas vorzumachen oder zu glauben, daß da etwas Besonderes passiert. Das sind die Fragen.

Jetzt bin ich schon bei 20 Milliarden an der Untergrenze, die man mehr budgetieren müßte. Etwas anderes wollte ich gar nicht sagen. Ich will auf die vielen kleinen Details gar nicht eingehen. Das war es, was ich hier sagen wollte.

Jetzt gehe ich budgetpolitisch einen Punkt weiter, weil es keinen Sinn hat, daß wir uns in die Tasche lügen. Der Sinn einer solchen Sitzung soll ja sein, daß die Regierung ihre Position verteidigt und die Opposition ihre Meinung hier darlegt und sagt: Das ist nicht richtig, was die Regierung sagt! Oder: Das ist richtig, was die Regierung sagt, dagegen ist nichts einzuwenden!

Die nächste Frage ist: Was ist denn dabei unser Problem? Ich stelle hier die Behauptung auf und habe versucht, sie mit ein paar Punkten zu begründen, daß die tatsächliche Finanzsituation der Republik durch das vorgelegte Budget nicht mehr korrekt widergespiegelt wird.

Ich möchte dazu ein paar Punkte grundsätzlicher Natur anführen, weil man sich im klaren sein soll, worüber man redet.

Das erste, was ich hier sagen möchte, ist, daß der Grundsatz der Vollständigkeit des Budgets eben nicht eingehalten wurde. Ich sage jetzt nicht, daß das Rechtsverletzungen gewesen sind, denn, meine Damen und Herren, ich schlage gelegentlich auch an unsere Brust. Wir sind bei vielen Dingen auch mit aufgestanden, wo meiner Meinung nach der Grundsatz der Einheit des Budgets, der

Dr. Taus

Grundsatz der Vollständigkeit des Budgets eigentlich verletzt wurde, bei -zig Fonds, ob das jetzt die ASFINAG war oder andere Dinge. Was haben wir denn gemacht? Was haben Sie gemacht? Denn immerhin sind Sie ja seit 16 Jahren Regierungspartei. Sie haben eine Unzahl von Belastungen des Staatshaushaltes ausgegliedert und haben gesagt, die werden in den nächsten Jahren so langsam hineinrutschen. In der Finanzwissenschaft hat das einmal Heinig — ich sage das sehr vorsichtig — „eine rechtlich geordnete Flucht aus dem Budget“ genannt.

Das heißt, Sie haben in den letzten 16 Jahren — zum Teil auch mit Hilfe anderer Parteien dieses Hauses, um es einmal allgemein auszudrücken — diese „rechtlich geordnete Flucht aus dem Budget“ durchgeführt. Und jetzt haben wir es!

Daher wollen wir am Vorabend dieser Wahl einen Kassensturz machen und wollen die österreichische Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß das, was im Budget steht, nicht alles ist, was sie in Zukunft als Steuerzahler zu berappen haben werden. Das ist die Frage, um die es uns geht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist legitim, ich würde sogar sagen, es ist fair — ich bin gar kein Fan einer solchen Sitzung gewesen, das muß ich auch sagen —, daß man dann der Regierung gar nicht in einem Wahlkampf nach außen die Chance gibt zu antworten, sondern gleich in einer Diskussion im Hohen Haus. Da geht eine Opposition immer ein hohes Risiko ein.

Ich war daher gar nicht so sehr dafür — ich sage das ganz offen; ich kehre mein Innerstes nach außen —, daß es heute diese Sitzung gibt. Es hat eine Reihe anderer Kollegen gegeben, die auch diese Meinung vertreten haben. Wir haben gesagt, moment, da gibt es ein Hick-Hack mit der Regierung, in den Medien wird das 1:1 gebracht, und wir kommen im wesentlichen mit der Argumentation vielleicht gar nicht so stark durch, wie wir wollten. Ich gebe das durchaus zu, daß es solche Diskussionen gegeben hat. *(Abg. Wille: Sie haben sich parteiintern nicht durchgesetzt gegen Ihren Generalsekretär!)*

Unser Parteiboss hat gesagt, wir machen das im Parlament, und wir haben unserem Parteiboss die Stimme gegeben, und darum sitzen wir heute da und diskutieren mit Ihnen, meine Damen und Herren. Das ist die Grundüberlegung, die ich Ihnen sagen wollte.

Daher geht es einen Schritt weiter. Diese

rechtlich geordnete Flucht aus dem Budget setze ich fort. Wir haben auch eine rechtlich nicht geordnete Flucht aus diesem Budget. Das sind all die Haftungsübernahmen, die jetzt schlagend werden, die wir nicht budgetiert haben. Wir haben das Personal nicht budgetiert, wir haben die Mineralölsteuer nicht budgetiert, und wir haben eine ganze Reihe von anderen Dingen, die wir budgetieren müßten — bis zur Verstaatlichten hin —, auch nicht budgetiert.

Das ist die Problematik, vor der wir heute stehen, und das sollte man einmal in der Öffentlichkeit sagen: daß nämlich die Staatsschulden höher sind, als sie offiziell ausgewiesen werden — sie werden in den nächsten Jahren aus diesem Titel zunehmen —, und daß natürlich auch die Belastungen höher werden, sie sind ja schon da, sie sind nur in anderen Gesetzen enthalten. Das sollte gesagt werden, das ist ein Kassensturz. Ich habe vorsichtig gesagt: 130 bis 140 Milliarden Schilling, wenn man „korrekt“, unter Anführungszeichen, budgetierte — ich werfe Ihnen keinen Rechtsbruch vor —, wäre das richtige Bruttobudget, und das Nettobudget liegt halt zwischen 90 und 100 Milliarden, um diesen Begriff auch zu vergleichen, und nicht zwischen — ohnedies schrecklich genug — 76 Milliarden und 114 Milliarden normales Defizit. Das ist die Situation, und das ist die Wahrheit, vor der wir stehen. Die kann ja niemand von Ihnen leugnen, wenn er sich ein bißchen mit diesen Zahlen auseinandergesetzt hat.

Nun kommt ein nächster Schritt: Sie haben so Politik gemacht, daß Sie aus dem Budget geflohen sind. Auf dem Umweg in das spätere Staatsbudget kommen alle diese Dinge wieder herein. Die Belastungen sind natürlich da, die Republik ist ihre Verpflichtungen eingegangen. Das sollte hier einmal gesagt werden.

Was natürlich auch anzumerken ist: Man hat den Grundsatz der Klarheit des Budgets verletzt — das ist ein alter Grundsatz der Finanzwissenschaft —, man hat den Grundsatz der Genauigkeit des Budgets verletzt. Wir haben ja in den letzten Jahren eine besondere Art der Budgetpolitik Ihrer Regierung gehabt, um besser dazustehen. Sie haben konsequent die Einnahmen überschätzt. Wenn Sie sich die ganze Liste der Einnahmenpolitik anschauen — ich habe sie mir hier aufgeschrieben —, dann werden Sie sehen, daß Sie ganz konsequent durch all die zurückliegenden Jahre die Einnahmen überschätzt und die Ausgaben unterschätzt haben, um zunächst einmal ein besseres Budget, das heißt ein geringeres Defizit vorlegen zu kön-

Dr. Taus

nen. Ich behaupte, in den meisten Fällen sogar sehr bewußt, weil man gesagt hat: Lieber zuerst ein etwas kleineres Defizit, und im Laufe des Jahres wird es sich dann schon ergeben, dann werden wir halt ein Budget-überschreitungs-gesetz machen — das haben Sie ja sehr häufig getan —, und dann werden wir halt dieses und jenes machen. Zum Schluß war das Defizit in der Regel höher, selbst dann, wenn Sie massive Steuererhöhungen gemacht haben, selbst dann war es höher, als Sie budgetiert hatten.

Es ist daher eine permanente Verletzung eines finanzpolitischen Grundsatzes, nämlich der Klarheit und Wahrheit des Budgets. Das, was jede Buchhaltung ausweisen soll, haben Sie im Budgetplan nicht mit der genügenden Sorgfalt durchgeführt, und darum ist die Budgetlage noch schlechter, als sie ohnedies in diesem schlechten Budgetentwurf dargestellt wird. Genau das soll man vor der Wahl sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das wird eine Oppositionspartei noch sagen dürfen. Es wäre noch schöner, wenn wir das nicht sagen dürften. Dabei sind wir noch so fair, das im Parlament zu machen, wo Sie die unmittelbare Chance haben, sofort darauf zu antworten, und das in der Rede und Gegenrede darzustellen, wie es sich halt gehört. Mag die Sitzung außergewöhnlich sein, es ist jedenfalls fairer als der eine oder andere Vorgang. Das ist meine Meinung, wobei ich betone, daß ich gar kein Fan dieser Sitzung gewesen bin — überdies kostet sie mich einen Tag. Nun, das ist auch eine Sache, die ich hier sagen wollte.

Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und möchte nun einige weitere budgetpolitische Überlegungen hier anstellen, weil ich glaube, daß man sich darüber auch ins klare kommen sollte. Sehen Sie, meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren ein paar Dinge gemacht, von denen ich persönlich glaube, daß sie auch nicht in Ordnung sind. Die Frage der Ausfuhrförderung wurde hier ein wenig durchdiskutiert, ich habe das ganz weggesteckt und nur ganz cursorisch und überblicksmäßig Bemerkungen dazu gemacht. Ich muß mich leider jetzt noch einmal ein wenig mit dem, was mir halt nahe liegt, nämlich mit dem Bereich der Industrie, beschäftigen. Ich möchte hier auf ein paar Dinge zurückkommen und auch nur wenige Sätze dazu sagen.

Ein großer Teil der Geschäfte, die hier nun Bürgschaften der Republik schlagend gemacht haben oder schlagend werden lassen

— das heißt, daß wir zahlen müssen, auf gut Deutsch gesagt —, sind auch von der verstaatlichten Industrie gemacht worden. Daher sind die Verluste, die in Wahrheit gesamtwirtschaftlich dort entstanden sind, noch um ein wesentliches höher als die ohnedies schon furchtbaren Verluste, die wir hier immer dargestellt haben und über die wir reden. Ich will im Detail darüber gar nicht reden und ich hätte auch gar nichts dazu gesagt, wenn der Herr Bundeskanzler nicht schon wieder Optimismus versprüht hätte — zu dem kein Grund besteht im Bereich der Verstaatlichten, nicht wahr —, wenn er das nicht in seiner Rede gesagt hätte. Die Verluste — ich habe das noch nie hier gesagt, nicht, daß es mir nicht geläufig gewesen wäre — sind ja noch weit höher, weil ja eine ganze Reihe von Geschäften in die Hose gegangen ist, die natürlich mit Haftungen der Republik gedeckt gewesen sind und die die Republik noch zusätzlich zu zahlen hat. Das können Sie noch zu den ganzen Verlusten, die jetzt schon enthalten sind, addieren. Und ich sage Ihnen: Unter 50 Milliarden werden wir — ich sage: wir —, ohne diese Verluste in der Verstaatlichten überhaupt nicht davonkommen. Das ist die Untergrenze, die noch zu zahlen sein wird, plus all die Verluste aus den Haftungen, und vielleicht auch noch plus, plus, plus, darüber will ich gar nicht reden. Das muß doch einmal gesagt werden, ohne daß man polemisch wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Soll jemand sagen, es ist falsch, was ich sage. Ich stelle mich dem zu jeder Tages- und Nachtzeit, na, nicht zu jeder Nachtzeit, ein bißchen schlafen möchte ich auch. *(Abg. Graf: Aber der Herr Bundeskanzler ist ja nicht hier, deshalb kann man mit ihm nicht darüber diskutieren! Was hätten Sie mit uns gemacht, wenn wir den Bundeskanzler stellen, und der wäre nicht hier!)*

Ich stelle mich dieser Diskussion, das ist überhaupt keine Frage, und die steht uns bevor, meine Damen und Herren. Daher, Herr Minister Lacina, möchte ich sagen: Da hätte man doch zumindest einen Hinweis machen können. Oder noch zynischer: Hätten Sie doch kein Budget gemacht. *(Abg. Graf: Warum ist der Bundeskanzler nicht hier?)* Nein, mich stört das nicht. *(Abg. Graf: Aber mich stört es!)*

Die Frage liegt doch ganz eindeutig auf dem Tisch. Hättet ihr keines gemacht, dann hätte die Zwölftelbestimmung gegolten, wenn ich die Verfassung noch richtig im Kopf habe. Es war ja gar nicht notwendig, das zu machen. Aber wenn Sie schon ein Budget vorlegen und

13804

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Taus

der Öffentlichkeit damit den Eindruck vermitteln wollen — um das auch wieder vorsichtig zu sagen —, daß hier alles wunderbar weitergeht, dann muß doch für uns die Möglichkeit bestehen, Ihnen zu sagen: Vermitteln Sie doch nicht einen Eindruck, von dem ich der Überzeugung bin, daß er der falsche ist. Die Dinge sind nicht so, wie Sie es hier dargestellt haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gehe noch einen Schritt weiter, auch deshalb, weil es in den Reden gesagt wurde. Ich muß mich da immer auf die Reden zurückziehen, bis ich die entsprechenden Stellen gefunden habe, ich habe ja das Manuskript erst während der Rede bekommen. Ich bleibe also bei der Situation stehen und sage: Also gut, wie werden wir das Budget sanieren? Und da steht zum Beispiel in Ihrem Wahlprogramm — ich habe es soeben noch gehabt —: „Vor uns liegt Österreich“ — hier liegt Österreich schon vor mir. „Vor uns liegt Österreich“ *(Abg. Schwarzenberger: Am Boden!)*, haben Sie gesagt. „Wir werden unsere Sanierungspolitik weiterführen“, steht da drinnen, die Budgetkonsolidierung weiterführen. *(Abg. Dr. Mock: Gefährliche Drohung!)* Ich behaupte jetzt hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben damit noch nicht einmal begonnen, und was man nicht begonnen hat, kann man nicht weiterführen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da ist ja eine psychologisch hochinteressante Stelle in der Rede des Herrn Bundesministers für Finanzen — ich hoffe, ich erwische auch diese Stelle so geschwind, ich muß ja sagen, die Exegese ist nicht so einfach, wenn man es so geschwind macht —, es steht also in der Rede des Herrn Finanzministers, daß das Budget 1987 der Sanierungsbeginn ist. *(Abg. Dr. Mock: 1978 hat Kreisky schon begonnen!)* Legen Sie mich nicht genau fest, wie die Formulierung ist, ich werde sie schon finden. Das heißt also, Sie geben in Ihrer Rede zumindest implizit zu, daß das Budget 1986 das nicht gewesen ist — das kann man ja auch nicht gut behaupten —, aber Sie sagen immer, das Budget 1986 zeige schon den Sanierungswillen. Eben nicht! Denn das Budget 1986 hat wieder den Anteil des Defizits am Bruttoinlandsprodukt auf über 5 Prozent hinaufgedreht. Und dann sagt der Herr Finanzminister ganz schlicht — ja, da ist es —: „Wir werden in Hinkunft bei der Budgeterstellung“ — das sagte der Herr Finanzminister vor einer Stunde oder eineinhalb — „jene Wege fortsetzen müssen, die bereits für 1987 eingeschlagen wurden.“ Also nicht vorher, das ist hochinteressant. Und jetzt weise ich Ihnen gerade nach, daß dieses Budget ja so auch

nicht stimmt, daß dieser sogenannte Sparversuch, den Sie unternehmen, in Wahrheit gar keiner ist, weil Sie das in der Form nicht durchhalten werden, also werden wir den Sparversuch 1987 auch nicht beginnen. Den werden wir aber machen müssen, und zwar mit einem anderen Budget, meine Damen und Herren! Auch Sie — gleichgültig wie die Wahlen ausgehen —, jeder wird dieses Budget fundamental ändern müssen. Und das ist die Problematik, vor der ich hier stehe. Dieses Budget ist so nicht vollziehbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist es, was ich sagen wollte, wobei ich Ihnen nicht einmal einen Vorwurf mache. Natürlich ist es eine politische Entscheidung, dieses Budget vorzulegen, das gebe ich durchaus zu. Ebenso ist es eine politische Entscheidung von uns, zu sagen, daß es nicht so stimmt, wie es sich in einer Demokratie gehört. Sie haben ja auch Gelegenheit, hier herauszugehen und zu sagen: Es ist alles ein Zinnober, was die Volksparteiredner hier behaupten. Niemand wird dagegen sein. Das kann jeder sagen. Jeder kann herauskommen und kann das erklären, aber bitte, wenn es geht, belegt mit Fakten.

Ich habe bei aller Lebendigkeit, die eine Parlamentsrede haben soll, versucht, mich an Fakten zu halten, und habe nichts gesagt, was ich den Zahlen und Unterlagen nicht hätte entnehmen können.

Aber ich will nicht nur mit Negativa hier operieren. Es gibt auch ein paar Dinge, die uns gefallen. Erstens einmal anerkennt der Herr Finanzminister, daß wir sparen müssen. Ich erinnere mich noch an den Begriff des Kaputtsparens. *(Abg. Hofer: 16 Jahre lang!)* Also jetzt sparen Sie kaputt. Oder wie ist das? Es steht zwar drinnen: „mit sozialem Augenmaß“. Na wenn schon! Das erste ist: Ich höre von der Sozialistischen Partei nach 16 Jahren Regierungszeit, daß wir sparen müssen. Wenn Ihnen das 15 Jahre früher eingefallen wäre, hätten wir uns eigentlich viel erspart. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sowohl in Ihrer Wahlplattform als auch in den Ausführungen des Herrn Finanzministers und ich glaube sogar in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers steht drinnen: „Wir können nur mehr von der Ausgabenseite her sanieren.“ *(Abg. Dr. Graf: Da sind wir auch schon draufgekommen!)*

Ich erinnere mich noch an das große Trara, das Sie gemacht haben, vor sieben, acht Jahren — das liegt schon lange zurück, Sie wer-

Dr. Taus

den es vielleicht vergessen haben, deshalb erinnere ich Sie daran —, als wir gesagt haben: Das geht ja nur mehr von der Ausgabe-seite her. Na war da ein großer Lärm im Saale! Natürlich geht es nur mehr von der Ausgabe-seite. Hätte man auch das schon vor zehn Jahren gemacht, dann hätten wir uns manches von der jetzigen Diskussion erspart.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: Wir werden bei den zukünftigen Budgets, wurscht, wie die Regierung zusammengesetzt ist, sparen müssen, wir werden gezwungen sein, es zu tun. Es wird die „Diktatur der leeren Kassen“, wie das einmal genannt wurde. Diese Diktatur hat uns eingeholt.

Das zieht eine Reihe von unangenehmsten Konsequenzen nach sich. Die erste Konsequenz ist, daß das Budget als konjunkturpolitisches Instrument in der nächsten Legislaturperiode mit hoher Wahrscheinlichkeit ausfällt. Wir sind da unbeweglich geworden, man wird da nicht viel operieren können. Wenn noch dazu eine schwierigere Wirtschaftslage kommen sollte — und ich schließe das nicht aus —, zusätzlich zu unseren hausgemachten Zorres, die wir ohnedies schon haben, dann wird es für uns sehr, sehr schwierig werden, denn wir werden sparen müssen. Jeder, der sich auch nur ein wenig mit Ökonomie beschäftigt hat, weiß: Wenn ich in eine rezessive Phase hineinspare, dann schaut das nicht lustig aus. Es bleibt uns aber wahrscheinlich überhaupt nichts anderes übrig. Deshalb habe ich ja vorgeschlagen, eine Diskussion darüber zu beginnen. Wir müssen da ein Experiment riskieren. Im Budget müssen wir auf die Bremse steigen. Es bleibt uns nichts anderes mehr übrig.

Aber ich bin der Meinung — ich weiß, es ist ein Experiment, ich habe es auch so bezeichnet —, wir müssen im unternehmerischen Bereich, damit dort etwas passiert, in der Industrie, ob in der privaten oder verstaatlichten, Gas geben. Das heißt, wir müssen zumindest einen kleinen Teil von dem, was eingespart wird, zur Gründung neuer Unternehmen verwenden, damit es neue Aktivitäten gibt. Das brauchen wir ja schon zum Kompensieren, weil wir alle Aktivitäten wahrscheinlich aufgeben müssen, so unangenehm das ist.

Das heißt, es steht uns eine schwierige Phase bevor, wo wir meiner Meinung nach ökonomisch Wege gehen müssen, die unüblich sind, die man eigentlich so nicht geht und die man, soviel ich weiß, eigentlich auch nirgends so gegangen ist, aus dieser Situation

des Staatshaushaltes und der verstaatlichten Industrie im weitesten Sinn des Wortes gesprochen. Wir werden das tun müssen. Das wird überhaupt nicht einfach sein, das wird eine Gratwanderung sein. Wir müssen es aber machen, weil wir die Welle der Reindustrialisierung, die es in anderen Ländern gibt, bei uns nicht haben. Das reicht ja dann tief in Dienstleistungsbereiche hinein.

Daher müssen wir auf der einen Seite fest draufdrücken, damit im öffentlichen Bereich, wenn Sie wollen, im geschützten Bereich, die Ausgaben nicht explodieren, aber im anderen Bereich müssen wir schauen, daß wir hineinpumpen. Das ist gar nicht so leicht, sondern im Gegenteil wahnsinnig schwierig. Da kann alles mögliche rundherum passieren, aber das ist die einzige Chance, die wir haben, wenn wir Arbeitsplätze gewinnen und nicht weiterhin verlieren wollen. So sehe ich es, das ist meine höchstpersönliche Meinung, zu der ich niemand verpflichtet, die ich aber als freige-wählter Abgeordneter selbst im höchsten Wahlkampf hier sage. Das wollte ich hier nur einmal gesagt haben.

Ihnen, Kollege Wille, möchte ich zum Schluß noch ein paar Sätze sagen. Sie haben natürlich — ich gebe zu, ich bin nicht einmal gram darüber — eine Wahlrede hier gehalten. Ich möchte nur eine Korrektur hier machen, was ich nicht gern tue. Ich bitte Sie, mich nicht als Schulmeister Ihnen gegenüber zu verstehen. Der Bundeskanzler wird nicht gewählt, gewählt werden Parteien. Und die Parteien haben Spitzenkandidaten. Sie müssen bedenken, Sie haben eine große Öffentlichkeitswirkung. (*Abg. Wille: Als Abgeordneter!*) Die Abgeordneten der Parteien, die Listen der Parteien werden gewählt, nicht jeweils der Bundeskanzler. Wir haben einen Kanzlerkandidaten, Sie haben einen Kanzlerkandidaten. Sie wollen, daß Ihrer gewinnt, wir wollen, daß unserer gewinnt. Das ist durchaus legitim. Aber ich will nicht den Irrtum hier haben, daß es so quasi nicht um eine Wahl der Abgeordneten dieses Hauses geht, die sich dann auf die Regierung jeweils einigen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt erwähnen. Sie sind hier mit großer Emotion aufs Christliche und ähnliches losgegangen. Ich komme eigentlich immer mit Leuten gut zu Rande, die eine feste weltanschauliche Position haben, die sind ausrechenbar. Ich hoffe, daß das auch viele unserer Kollegen sind. Viele Ihrer Kollegen sind es. Wir sollten uns nicht gegenseitig aufrechnen, was wir

13806

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Taus

sind. Ich akzeptiere, daß Sie Sozialisten sind, Sie akzeptieren, daß erhebliche Teile unserer Partei christlich-demokratisch denkende Leute sind. Das ist gar keine Frage. Daher verstehe ich Ihren Vorwurf nicht, daß man für unseren Kanzlerkandidaten und Parteiobermann geworben hat mit dem Hinweis, daß er ein praktizierender — ich weiß nicht, was dort stand — Katholik oder Christ ist. Dagegen ist nichts zu sagen, er ist es. Auch über sein soziales Engagement kann man eine ganze Menge sagen. Gegen die Meinung der anderen, der eine habe ein großes soziales Engagement, der andere habe ein kleineres, ist nichts einzuwenden, aber in unserer Partei hat Dr. Mock eines der größten sozialen Engagements.

Ich sage Ihnen auch ganz offen: Viele Jahre ist er völlig zu Unrecht als Linksüberholer bezeichnet worden, das ist er nie gewesen. Aber er ist ein Mann, der zum sozialen Flügel dieser Partei gehört. Und das ist etwas, was ich hier deponieren möchte. Dazu gehört er, das soll man ihm nicht vorwerfen. Im Gegenteil: Wir sind stolz darauf, daß wir einen Parteiobermann haben, der aus diesem Flügel kommt und kein Radikalinski ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist ja das, was in Zukunft unser Land braucht, wurscht, wer die Wahl gewinnt. Wir wollen gewinnen, Sie wollen gewinnen, natürlich, alle wollen gewinnen, das ist nur legitim. Entscheidend ist, daß wir keine unvernünftig radikale Linie kriegen. Der Mock ist eine Garantie dafür, daß es das nicht gibt. Das mag manchmal nicht einmal so attraktiv klingen. Es ist viel einfacher, wenn ich auf alles und über jeden schimpfe. Das haben wir nicht getan, gar nicht.

Selbstverständlich gibt es in einem Wahlkampf Dinge, die gefallen, und solche, die nicht gefallen. Aber Sie können nicht sagen, daß es in unserem Wahlkampf permanent die wildesten Vorwürfe gibt. Daher wünsche ich mir eines für die Zeit nach dieser Wahl: Ich wünsche mir, daß die Damen und Herren, die dann hier oben auf der Regierungsbank sitzen werden, ausgewogene Persönlichkeiten sind, keine Radikalinskis, daß sie keinen extremen Flügeln angehören. Ich glaube, daß alle Parteien dieses Hauses genug von dieser Sorte haben. Ich blicke in der frohen Gewißheit auf den 23. November, daß der Mock diesen meinen Vorstellungen als Bundeskanzler entsprechen werde. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 12.29

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

12.29

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ehrt meinen Vorredner, daß er so offen einbekennt, daß er kein Fan dieser Sitzung ist. Vor allem am Schluß seiner Ausführungen hat er, zwar auf hohem Niveau stehend, aber doch so eindeutig das in den Vordergrund gestellt, worum es eigentlich geht. Es geht darum, mitten im Wahlkampf auch im Parlament Wahlkampfreden zu halten. Das ist etwas, was man durchaus nicht verteufeln sollte. Aber wenn ich mir nun anschau, womit diese Sitzung, zu der wir heute zusammengekommen sind, aus dem Mund des Parteiobermanns Mock begründet wurde, daß es darum geht, 16 Jahre Budgetpolitik zu besprechen, daß Bundesparteiobermann Mock Regierungsfortsetzungsstrategien vermutet, ja dann frage ich mich schon, ob wir nicht durchaus zu Recht uns zumindest die Frage stellen, ob das, was heute hier passiert, diese Scheindebatte um ein Budget, nicht in die Nähe des Mißbrauchs der parlamentarischen Bühne anzusiedeln ist.

Mir tut dies leid, weil mir das Budget und vor allem seine parlamentarische Behandlung als Parlamentarier so ungemein wichtig ist, daß es mir zu schade ist, mitten im Wahlkampf hier zu simulieren, daß in einer halbtägigen Sitzung eine sinnvolle Budgetdebatte abzuführen wäre. Das ist nicht möglich. Daher ist die einzige Interpretation — und der bisherige Debattenverlauf beweist dies ja —, daß es darum geht, uns während des Wahlkampfes hier zu einer Wahlkampfauseinandersetzung zusammenzufinden. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es sollten uns das Budget, aber auch das Parlament dafür eigentlich zu schade sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist es selbstverständlich das parlamentarische Recht der Oppositionspartei, diese Sitzung einzuberufen. Und selbstverständlich muß das Budget im Parlament behandelt werden. Und selbstverständlich ist es auch Sinn und Zweck eines Wahlkampfes, der sachlich und nicht mit „tollenden Kindern in Blumenwiesen“ abgeführt wird, im Wahlkampf auch zu diesen ganz konkreten, wirklichen Lebensfragen unserer Republik zu sprechen, die sich nun einmal um das Budget, um die Steuerpolitik rahmen. Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, niemand in Österreich nimmt Ihnen ab, daß wir heute zusam-

Dr. Frischenschlager

mengekommen sind, um die konkreten Zahlen des Budgetentwurfes zu debattieren, sondern jeder in Österreich weiß, es handelt sich um ein reines Wahlkampftheater, das halt in das Parlament hinein verlagert wurde. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. König: Herr Klubobmann Frischenschlager! Sind Sie eigentlich für dieses Budget oder dagegen?)*

Lieber Herr Abgeordneter König, bleiben wir noch einen Augenblick, bevor ich diesem Ihrem Informationsbedürfnis nachkomme, ein bißchen bei der Entstehungsgeschichte dieser sogenannten Budgetdebatte. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. König.)* Sie haben dieses Budget, bevor es parlamentarisch wirklich in aller notwendigen Breite behandelt wurde, bereits perhorresziert: Stammtischzahlen, Hausnummern; das ist noch das Gelindeste, was gesagt wurde. Aber was mich vor allem stört — ich betone es nochmals —, ist, daß Sie heute den Eindruck vermitteln wollen, als ob es möglich wäre, das Budget in einer halbtägigen Sitzung hier seriös zu behandeln. Das ist, drei Wochen vor dem Wahltag ... *(Abg. Dr. Lichal: Daher soll man gar nicht darüber reden?)* Nein, Herr Abgeordneter Lichal, aber doch nicht in dieser unseriösen Art und Weise, wie Sie uns das heute hier vorgaukeln.

Sie sind unseriös, weil das Budget in seiner ganzen Breite in dieser halbtägigen Sitzung nicht behandelt werden kann. Ich akzeptiere völlig, was der Abgeordnete Taus jetzt im Detail gesagt hat, nur ist heute hier nicht der Platz und auch nicht die Möglichkeit, auf diese Argumente einzugehen. Dazu braucht es zu Recht eine Budgetdebatte, wie sie seit Jahrzehnten in dieser Republik abläuft. Der Ablauf ist der, daß die Regierung einen Entwurf vorlegt und daß dieser Entwurf seriös im Ausschuß und im Plenum in einer breit angelegten Debatte erörtert wird. Das ist seriöser Parlamentarismus und nicht diese Wahlkampfveranstaltung, die Sie uns heute hier aufgezwungen haben! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Budget selbst. Es ist ja auch der ÖVP, so fällt mir gerade ein, eigentlich gar nicht so klar gewesen, was sie will. *(Abg. Elmecker, zur ÖVP: Ihr habt die Sitzung verlangt, und es ist niemand da!)* Am Anfang hat es geheißt, aus dem Mund des nicht anwesenden Wirtschaftsbundobmannes Graf, das Budget wäre so unwichtig, so wertlos, daß es gar nicht einer Erörterung zugänglich sei, die neue Regierung werde das dann machen.

Er hat wohl gemeint, das ist dann eine, in der zumindest die ÖVP dann mit dabei ist. Inzwischen hat die Volkspartei offensichtlich wieder der Mut verlassen, denn jetzt will sie von derselben Regierung eine Änderung dieses Budgets, und das nicht einmal drei Wochen vor der Wahl. Also genau weiß die Volkspartei eigentlich nicht von Anfang an, was sie mit dieser Debatte erreichen will.

Aber ich glaube, es ist vor allem eines außer Streit zu stellen und in aller Deutlichkeit klarzulegen: Dieser Regierungsentwurf des Budgets ist eine Arbeitsgrundlage, von der Bundesregierung in traditioneller Art und Weise in einem langwierigen Prozeß vorbereitet. Es ist eine politische Übergangslösung, weil die Beschlußfassung über dieses Budget im Ministerrat zu einem Zeitpunkt erfolgte, als bereits die Neuwahlen beschlossen waren. Und so, meine ich, ist all die Aufregung, die die Volkspartei nun damit zu erzeugen versucht, zu beurteilen. Das wurde übrigens auch als Begründung für die heutige Sitzung dargelegt, nämlich daß jetzt einmal die Rolle der FPÖ da so richtig herausgestellt werden soll, weil es offensichtlich nicht immer so läuft, wie sich das die Volkspartei noch vor wenigen Wochen vorgestellt hat, als sie gemeint hat, die FPÖ sei etwas, was in absehbarer Zeit vergessen werden kann. Nun, auf einmal stellt sich heraus, daß das mit dem Wählertrend nicht mehr übereinstimmt, und daher glaubt man eben, heute hier die Freiheitliche Partei und was ihre Zustimmung im Ministerrat betrifft auf den Schindanger stellen zu können. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Aber ich möchte eines klarstellen: Dieser Entwurf eines Budgets wurde im Ministerrat zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die Neuwahlen bereits beschlossen waren. Es war keine politische Trotzhaltung der Freiheitlichen Partei, jetzt im nachhinein zu sagen, wir haben damit nichts mehr zu tun, sondern es war vor allem aus Verantwortungsgefühl für uns das Risiko, daß ein Parlament ohne den Entwurf eines Bundesbudgets dasteht, aus verfassungspolitischen Gründen nicht tragbar. Dieses Risiko wäre zu groß gewesen. Trotz der Neuwahlzäsur, die es nun einmal gibt, sind wir der Auffassung, daß es von verfassungspolitischer Wichtigkeit ist, daß das Parlament einen Budgetentwurf zugeleitet bekommen hat, wie es die Bundesverfassung verlangt.

Lassen Sie mich daher ein bißchen auf die unbedachten, zumindest aus der ÖVP-Sicht unbedachten Konsequenzen eingehen, wenn diese Bundesregierung keinen Budgetentwurf

Dr. Frischenschlager

dem Parlament zugeleitet hätte. Und ich sage das so deutlich, weil auch wir mit diesem Budget in seiner Gesamtheit sehr viele zu kritisierende Punkte vorfinden, etwa, ich sage es auch in aller Konsequenz, in dem Punkt, daß zum Beispiel im Verteidigungsressort die Verhandlungen auf Ministerebene noch nicht abgeschlossen waren. Trotzdem halten wir das für notwendig, denn wenn dieser Budgetentwurf dem Parlament nicht zugeleitet worden wäre, wäre die Frage offengeblieben, wie es dann weitergeht. Die Folge wäre eine Rechtsunsicherheit gewesen, bis zu der Frage, wie nun tatsächlich die ganzen Zahlungsverpflichtungen des Bundes ausgesehen hätten, wie das zu bewältigen gewesen wäre, wenn nicht noch in diesem Jahr ein Budgetentwurf im Parlament eingetroffen wäre. Ein Chaos war zumindest zu befürchten, und deshalb war es richtig, daß die freiheitlichen Regierungsmitglieder diesen Entscheid des Ministerrates nicht verhindert haben, sondern ihn mittragen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)*

Ich möchte die Komplikation, die es nun zweifelsohne gibt — fragen Sie die Experten, Herr Abgeordneter Lichal; fragen Sie die Experten —, nämlich daß unklar ist und nicht in aller Offenheit und in aller Sicherheit feststeht, was geschehen wäre, wenn unter dieser Bundesregierung kein Budgetentwurf mehr zustande gekommen wäre ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)* Ja, das hätten Sie ja offensichtlich gewollt, dieses verfassungspolitische Chaos, das die Folge gewesen wäre, wenn es zu keinem Budgetentwurf gekommen wäre. Offensichtlich geht es Ihnen darum, dieses Chaos herbeizuführen *(Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé)*, weil Sie uns ja den Vorwurf machen, daß wir dieses Risiko durch unsere Zustimmung ausgeschlossen haben. Denn uns ist noch immer lieber ein Regierungsentwurf als eine politische, provisorische Arbeitsgrundlage statt ein derartiges verfassungspolitisches Chaos. Dieses Risiko war uns zu groß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einmal zur politischen Beurteilung dieses Budgets. Wir tun ja gar nicht so, als ob das das Nonplusultra wäre. Ich möchte aber nur hinzufügen: Es ist überhaupt meines Erachtens nicht redlich, wenn man so tut, als ob dieses eine Budget so weltbewegend wäre und damit alles stehe und falle. Es waren im übrigen Ihre Vertreter, die jahraus, jahrein gesagt haben, zur Budgetkonsolidierung brauche man ein, zwei Legislaturperioden, viele Jahre. Und wenn ich mir die Aussagen des Abgeord-

neten Mock anhorche, die mir ja nicht unseriös klingen: Das alles ist ein schwieriger Prozeß, der immerhin in den vergangenen Jahren, was die Budgetkonsolidierung betrifft, eingeleitet wurde. Das ist nachweisbar. Und es ist daher meines Erachtens überhaupt eine merkwürdige Art und Weise, jetzt alles auf diesen Budgetentwurf sozusagen zuzuspitzen, als ob alle politischen, budgetmäßigen, haushaltsrechtlichen und steuerlichen Probleme an diesem einen Budget hingen.

Für uns ist dieses Budget aus verfassungspolitischen Gründen notwendig. Es ist außerdem für uns eine Arbeitsgrundlage, und wir werden die Möglichkeit haben müssen — Gott sei Dank! —, diese Debatte um die Budgetsituation in unserer Republik, um die Steuerreform, und zwar in einer anderen Art und Weise, als wir sie jetzt in den Wochen des Wahlkampfes erleben, mit mehr Sachlichkeit und Ausführlichkeit im Parlament zu führen. Das wird notwendig sein, und nicht diese Scheindebatte, mit der Sie heute versuchen, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, in einer halbtägigen Parlamentssitzung zum Budget wären diese Dinge ausreichend zu erörtern oder gar zu lösen. Das ist nicht seriös — daran halte ich fest.

Ich halte aber auch fest, daß wesentliche Dinge in diesem Budget nicht unsere politische Zustimmung haben. Darüber wird weiterdebattiert werden müssen, wenn dann die diesbezügliche Parlamentsdebatte stattfinden wird. Ich meine das Verteidigungsressort, das Budget für diesen Bereich, aber auch den Bereich der Verstaatlichten, wo durchaus Wege gefunden werden müssen, um die Entlastung des Haushaltes in bestmöglicher Form voranzutreiben. *(Abg. Brandstätter: Mit der Regierung beschließen und sich dann davon distanzieren!)* Ich habe mich nicht distanziert! Sie haben deutlich gehört, warum wir diesem zustimmen: Weil wir kein verfassungspolitisches Chaos wollen; ein Chaos, das Sie offensichtlich herbeisehnen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Brandstätter: Sie haben gesagt, wesentliche Teile haben nicht Ihre Zustimmung! Wenn das keine Distanzierung ist, dann weiß ich nicht! — Gegenrufe der Abgeordneten Haigermoser und Dr. Helene Partik-Pablé. — Präsident Dr. Stix gibt das Glockenzeichen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre eine Farce, eine parlamentarische Farce, wollte man jetzt — und daher tue ich es nicht — auf all die budget- und steuerpolitischen, wirtschafts- und sozialpolitischen Dinge eingehen, die in den Wahlkampfreden

Dr. Frischenschlager

aufgeworfen werden. Das ist nicht möglich, daher erspare ich mir das.

Aber in zwei Sätzen möchte ich doch auf die politische Situation eingehen, weil wir uns darüber im klaren sein müssen: Wir brauchen wirklich die Kraft, um die wesentlichen politischen Probleme in diesem Land zu lösen, und es wird Jahre dauern, eine Politik zu betreiben, die diesen Notwendigkeiten des Staatsganzen wirklich entspricht. Aber es sollte uns klar sein, daß wir in Österreich heute in einer Haushaltssituation sind, die sehr wenig Spielraum beläßt. Die Ursachen für diese Situation liegen weit zurück. Es sind das die wesentlichsten Budgetbrocken, an denen wir alle zu würgen haben, ob es die Verstaatlichte ist, ob es die soziale Sicherheit angeht, ob es um den riesigen Beamtenapparat geht oder die Subventionen für die Landwirtschaft betrifft. Alle wissen wir ganz genau, wo die wirkliche Crux dieser Haushaltssituation der Republik Österreich begründet ist. Wir wissen, daß die Ursache in diesen großen Budgetposten liegt, die aus der Zeit der großen Koalition stammen, die als heilige Kühe Jahre und Jahrzehnte überdauert haben und wo die beiden Großparteien nicht in der Lage waren, auf Grund ihrer Interessenverflechtungen tatsächlich mit Reformen einzusetzen. Und es wird Aufgabe jeder Regierung sein, ganz gleichgültig, wie sie ausschaut, diese Dinge zu lösen. Nur glaube ich, daß die Interessenverschränkung und gegenseitige Blockade der Großparteien dafür sorgen werden, daß eben gerade diese notwendigen Reformen — und daher eine Haushaltsreform — nicht stattfinden werden. Das ist eine Prognose, die ich wage hier klarzulegen.

Eine zweite historische Ursache sei auch nicht verschwiegen. Man schaue sich die Budgetentwicklung und die finanzielle Belastung und die Schuldenentwicklung der Republik an. Es ist unbestreitbar, daß in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung diese Schuldenentwicklung explodiert ist und das in den letzten Jahren eingebremst wurde. Auch das ist eine historische Wahrheit, die es klarzulegen gilt. (*Abg. Dr. Lichal: Nein, das ist falsch!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit zum Schluß. Ich glaube, wir sollten dem ÖVP-Anliegen — die heutige Sitzung — nicht dadurch Rechnung tragen, daß wir ihren polemischen Antrag unterstützen. Wir sind nicht dazu da, ihren Wahlkampf hier mitzutragen. Dieser Regierungsentwurf existiert als ein politisches Provisorium, als eine Arbeitsgrundlage. Dazu stehen wir. Es wird aber eine

ausführliche Debatte im Parlament über das tatsächliche Budget 1987 stattfinden müssen. Dieser polemische Antrag, wenige Wochen vor dem Wahltag hier von der Regierung noch Änderungen zu verlangen, ist rechtlich und auch politisch nicht sinnvoll. Wir lehnen daher diesen Antrag der Volkspartei ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Schluß sei noch festgehalten: Jede politische Regierung wird vor der Aufgabe stehen, zu konsolidieren und zur Steuerreform anzusetzen. Die Freiheitliche Partei hat als Regierungs- und Oppositionspartei bewiesen, daß sie zu derartigen politischen Schritten in der Lage und bereit ist. Wir werden von unserer Grundhaltung der Sachlichkeit und des Verzichtes auf Polemik nicht abgehen, denn das sind wir als politische Kraft der gesamten Republik schuldig. (*Beifall bei der FPÖ.*) 12.47

Präsident Dr. **Stix**: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Dr. Lichal.

12.47

Abgeordneter Dr. **Lichal** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, es ist außer Streit zu stellen, daß ein Budget natürlich die Menschen in Österreich berührt, daß das Budget 1987 den wirtschaftlichen und sozialen Status der Österreicher beeinflusst und daß daher über ein Budget zu diskutieren ist. Mich wundert daher doch die Reihe von Feststellungen, die getroffen wurde durch den Herrn Bundeskanzler, der gemeint hat — noch in einer moderateren Form —, die Sondersitzung stoße auf Unverständnis, während jetzt der Abgeordnete Frischenschlager von einer Scheindebatte gesprochen hat. (*Abg. Dr. Blenk: Er meint immer seinen Beitrag, bitte!*) Der Abgeordnete Wille sprach sogar vom Mißbrauch des Parlaments.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo sollte ein Budget, das für ein ganzes Jahr Gültigkeit haben soll, das vom Ministerrat einstimmig beschlossen wurde — mit den Stimmen der Sozialisten und der Freiheitlichen, die daher jetzt diese Absetzbewegungen wirklich nicht glaubhaft machen können —, wo sollte dieses Budget in einer demokratisch-parlamentarisch freiheitlichen Gesellschaftsordnung eigentlich diskutiert werden? Das ist für uns das Verwunderliche: Ja, Herr Abgeordneter Wille, soll ein Budget, das das Schicksal der Österreicher im nächsten Jahr bestimmt, erst nach den Wahlen diskutiert werden? Soll hier nicht wirklich mit aller Deutlichkeit auch darauf verwiesen werden?

13810

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Lichal

Ist es nicht geradezu eine Verpflichtung der Opposition, darauf zu verweisen, daß Sie hier mit falschen Zahlen für das nächste Jahr operieren? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, das ist doch eine eigenartige Einstellung, eine Sitzung des Parlaments zum Zwecke einer Diskussion als einen „Mißbrauch“ hinzustellen, als eine Wahlkampfdebatte. Ja auch wenn Wahlkampf ist — Sie haben ja das Budget im Ministerrat beschlossen, nicht die Österreichische Volkspartei, und Sie haben daher die Verantwortung für dieses Budget. Daher ist es doch nur recht und billig, wenn Sie auch den Wählern noch vor der Nationalratswahl sagen, was eigentlich in diesem Budget drinnensteht. Das wollen wir also heute tun.

Nun zu den Vorwürfen, von denen wir heute schon einige gehört haben. Einer lautet, es sei kein Groschen für die Beamtenforderungen, die ja in Höhe von 4,8 Prozent von den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gestellt wurden, im Budget enthalten. Das Gegenargument lautet, man kann ja nicht etwas aufnehmen, wenn die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ich bin seit 15 Jahren Mitglied dieses Verhandlungskomitees. Es wird — ich weiß das seit 15 Jahren, der Herr Kanzleramtsminister wird mir das bestätigen müssen — für die Ergebnisse der jährlichen Gehaltsabschlüsse schon im Beamtenentwurf, im sogenannten Beamtenentwurf auf Ministerebene, Herr Finanzminister, Vorsorge getroffen, es wird vorgesorgt für die künftigen Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten, der Gemeindebediensteten, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenbediensteten. Aber jetzt auf einmal ist kein Groschen vorgesehen.

Wollten Sie vielleicht den Österreichern glaubhaft machen, daß diese 500 000 öffentlich Bediensteten im Jahr 1987 keine Gehaltserhöhung bekommen? In der Zwischenzeit waren Sie bereits gezwungen, ein Anbot zu machen — ein Anbot, das für die vier Gewerkschaften sicher ungenügend ist —, nämlich 1,8 Prozent. Wir haben uns sogar des öfteren mokiert, daß im Beamtenentwurf zu wenig enthalten war. Aber dies als Grund, als Argument, dafür anzuführen, daß diesmal überhaupt nichts vorgesehen ist — nein, Herr Bundeskanzler, nein, Herr Finanzminister. Ich habe es Ihnen schon letztes Mal bei unseren Verhandlungen im Bundeskanzleramt gesagt: Das ist Ihre Sache, Sie werden hier

klarzulegen haben, warum Sie das nicht getan haben.

Es erhärtet sich der Verdacht, daß Sie diese 2 oder 3 Milliarden Schilling deshalb in das Budget nicht aufgenommen haben, damit das Defizit optisch etwas besser aussieht. Das war der Grund, warum Sie im Budget für diese 500 000 öffentlich Bediensteten keine Vorsorge getroffen haben.

Ich darf Ihnen auch noch mitteilen, daß die Gemeinden und die Länder diese Vorsorge getroffen haben; zwar nicht im vollen Ausmaß. Aber sogar die Gemeinde Wien hat Rücksprache gepflogen mit dem Vizepräsidenten des ÖGB, Abgeordneten Pöder, und angefragt, wieviel die Beamten verlangen werden. So war wenigstens die Hälfte der Forderungen budgetierbar, weil man ja nie genau weiß, was sich ergibt. Das ist ja legitim, daß man nicht den vollen Betrag der Forderung hineinnimmt.

Die Gemeinden haben in ihren Voranschlägen ebenfalls Vorsorge getroffen. Alle haben Vorsorge getroffen, nur der Finanzminister der Republik Österreich hat in diesem Budget keine Vorsorge getroffen. Daher gibt es hier kein Vergessen. Bei der verstaatlichten Industrie wurde auf einiges vergessen, aber bei den Beamtenforderungen sicher nicht.

Darf ich noch ein Beispiel bringen, den Familienlastenausgleich, damit das nicht untergeht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 39 Abs. 5 lit. a) des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 sind jährlich vom Aufkommen an Einkommensteuer 25 Prozent der veranlagten Einkommensteuer und 75 Prozent der Lohnsteuer, das sind 10,5 Milliarden Schilling, dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen. Trotz dieses ausdrücklichen Gesetzesauftrages sind hierfür im Voranschlag 1987 lediglich 10 Milliarden Schilling budgetiert.

Herr Finanzminister! Sie haben um eine halbe Milliarde zu niedrig veranschlagt, Sie haben gesetzwidrig budgetiert, und zwar entgegen den Bestimmungen des Familienlastenausgleiches, zu Lasten der Familien. Bitte erklären Sie der Öffentlichkeit, warum Sie — wahrscheinlich aus Gründen der Budgetkosmetik — hier 500 Millionen Schilling einsparen wollten.

Der nächste Punkt, mit dem ich mich auseinandersetzen möchte, weil davon nichts gesprochen wird: Wir haben wieder neue Horrorszahlen der Arbeitslosigkeit. Ich habe mich

Dr. Lichal

heute erkundigt und wollte die letzten Zahlen von Oktober bekommen, sie sind noch im Sozialministerium unter Verschuß; wahrscheinlich, damit sie nicht in dieser Sondersitzung des Nationalrates verwendet werden können. Ich habe sie aber trotzdem.

Wir müssen feststellen, daß im Oktober 1986 mit 140 950 Arbeitslosen ein neuer absoluter Spitzenwert erreicht wurde. Im vergangenen Monat waren es erst 120 425. Meine Damen und Herren! Bei den weiblichen Arbeitslosen ist diese Spitzenzahl auf 73 043 gestiegen. Im vergangenen Monat waren es erst 60 216. Das ist eigentlich das Erschreckendste: daß wir jetzt die höchste Arbeitslosenrate seit 30 Jahren haben und daß der Bundeskanzler nur über die Programme der ÖVP polemisiert, selbst aber überhaupt nichts zu diesem so viele Menschen berührenden Problem sagt. Und das soll ein ordentliches Budget 1987 sein? — Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist unmöglich! Sie haben die Arbeitslosigkeit, Sie haben das Problem des Arbeitsplatzes in Österreich nicht in den Griff bekommen und völlig versagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie waren früher immer der Meinung, daß Schulden Arbeitsplätze schaffen. Heute muß man eigentlich feststellen, daß die Schulden immer mehr Arbeitsplätze vernichten, daß der Leidtragende dieser explodierenden Schuldenpolitik der österreichische Arbeitnehmer ist.

Meine Damen und Herren! Hiezu gibt es signifikante Zahlen. Die Arbeitslosenrate ist seit 1980 von 1,9 auf 5,1 Prozent gestiegen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich seit 1980 von 7,3 Wochen auf 13,5 Wochen erhöht. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen — das sind die, die mehr als 180 Tage arbeitslos sind — hat sich seit 1980 von 15 Prozent auf 29,7 Prozent verdoppelt. So geht es weiter.

Die Leidtragenden sind die Jugendlichen und die Frauen, also jene Gruppen in der Gesellschaft, die sicher nicht zu den stärksten zählen.

In Ihrem Budget 1987 ist um 1,8 Milliarden Schilling weniger vorgesehen für Investitionen als im Jahr 1986. Das heißt, für eine offensive Beschäftigungspolitik ist eigentlich nichts vorhanden.

Die Österreichische Volkspartei hat aber am Donnerstag ein Beschäftigungskonzept der Öffentlichkeit vorgestellt, Ihnen vielleicht

schon bekannt in der Zwischenzeit, das etliche Punkte — ich möchte sie jetzt nicht taxativ aufzählen, weil das zuviel Zeit in Anspruch nehmen würde — an echten Vorschlägen enthält, wie man das Problem der Arbeitslosigkeit in Österreich in den Griff bekommen kann. Daher: Neben dem Steuerkonzept wieder ein Konzept der Österreichischen Volkspartei, über das der Wähler am 23. November entscheiden kann. Sie haben kein Konzept, Sie haben nur höhere Schulden, mit diesen vernichten Sie wieder zusätzlich Arbeitsplätze, die Arbeitslosenzahl explodiert weiter. Daher ein neuerliches Konzept der ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Punkt: Ich schneide das deshalb an, weil die Rede des Herrn Klubobmannes Wille — oder war es die Rede des Herrn Finanzministers — einige Äußerungen über das Kind und über die Familie enthielt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! 16 Jahre politische Verantwortung der Sozialisten in Österreich haben die österreichischen Familien in die Armut geführt. *(Abg. Köck: So ein Blödsinn!)* Den „Blödsinn“ werfen Sie bitte dem Österreichischen Statistischen Zentralamt vor, denn dieses Österreichische Statistische Zentralamt — und nicht irgendein „böser“ Oppositioneller — hat am 29. 9. 1986 — ich empfehle Ihnen, Herr Abgeordneter, ehe Sie Zwischenrufe machen, sich mit den Tatsachen vertraut zu machen — geschrieben: Einkommensnachteile von kinderreichen Familien in Österreich. Es hat sich herausgestellt, daß bei alleinverdienenden Arbeitern — und Sie vertreten ja diese Gruppe — mit drei und mehr Kindern ein mittleres Pro-Kopf-Einkommen von nur noch 3 870 S gegeben ist. *(Abg. Staudinger: Was ist das jetzt? — Abg. Steinbauer: Die Wahrheit!)* 10 Prozent der unselbstständigen Haushalte weisen ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 4 180 S aus.

Das sind statistische Zahlen, die nicht ich erfunden habe, die ich Ihnen aber zur Kenntnis bringe, damit Sie Ihren Horizont erweitern können.

Jetzt hören Sie zu: Arbeiterfamilien mit einem Kind: 17 Prozent unter der Armuts-grenze. Arbeiterfamilien — natürlich Alleinerhalter und Alleinverdiener — mit zwei Kindern: 41 Prozent unter der Armuts-grenze. Arbeiterfamilien — Alleinverdiener — mit drei oder mehr Kindern: bereits 62 Prozent unter diesem geschilderten Pro-Kopf-Einkommen und damit unter der Armuts-grenze. *(Abg. Steinbauer: Und das nennt der Köck einen Blödsinn!)* Ich muß sagen, das ist keine sehr „erfolgreiche“ Politik.

13812

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Lichal

Bei den Angestellten sind mit einem Kind 3 Prozent, mit zwei Kindern 10 Prozent und mit drei und mehr Kindern 31 Prozent dieser Familien unter der Armutsgrenze.

Oder die öffentlich Bediensteten: Familien mit einem Kind: 6 Prozent, mit zwei Kindern: 26 Prozent und mit drei oder mehr Kindern: 39 Prozent. Herr Bundeskanzler, Sie lassen plakativ: „Die Österreicher wollen eine ehrliche Politik“. Daher müssen Sie auch diese Zahlen den Österreichern ehrlich nennen, müssen sagen, was Sie nach sechzehn-einhalb Jahren sozialistischer Verantwortung in Österreich zustande gebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine deutliche Aufwertung der Familien. Wir brauchen die Bereitschaft, die Familien zu stärken, wir brauchen wieder die Stärkung des Wunsches, eine Familie zu gründen. Es mehren sich diese losen Zweierbeziehungen, die dann nach wenigen Jahren auseinandergehen; die Leidtragenden sind in einem solchen Fall dann immer die Kinder, denn — Sie haben über das Kind so viel gesprochen — wo lernt denn das Kind das soziale Verhalten, wenn nicht in der Familie?

Wir brauchen auch eine Entlastung der Familie, und deshalb hat die Österreichische Volkspartei in ihrem Steuerprogramm die Entlastung der österreichischen Familien verankert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Entlastung bedeutet ja noch lange nicht Förderung, sondern die Familie muß vom Steuerdruck entlastet werden, die Belastungen müssen erträglicher werden. Das hat ja noch nichts mit Förderung zu tun. Sie von der SPÖ stehen auf dem Standpunkt, die Familie muß gefördert werden — und dann erhöhen Sie die Familienbeihilfen um 100 S ab 1. Jänner.

Und dafür haben Sie ein eigenes Ministerium gegründet? Dazu kann man nur sagen: Das hätte ein Oberrevident im Bundeskanzleramt auch zustande gebracht; man hätte sich viele hunderte Millionen für die Familien erspart. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Es hat noch kein Familienminister ein Kind aufzuweisen gehabt!)*

Wir müssen also etwas für die Familie tun, denn Kinder zu haben — da spreche ich jetzt wirklich alle Familienmütter und Familienväter an —, bedeutet derzeit in Österreich Verzicht auf materiellen Wohlstand, Kinder zu haben bedeutet noch viel anderen Verzicht,

aber bei Alleinverdienern wird es ganz kraß. Daher ist mir wirklich völlig unverständlich, was Herr Abgeordneter Wille vorhin gesagt hat bezüglich der ÖVP auf Anhebung der mit 1. Jänner Platz greifenden Maßnahmen. Es ist doch ein Verdienst der Christgewerkschafter in Österreich, daß es überhaupt zu dieser Anhebung um 600 S gekommen ist, das sind ohnehin nur 50 S pro Monat für den Alleinerhalter, für den Alleinverdiener.

Wir verlangen 2 000 S als Abzugspost, als abzugsfähige Post, was eine Entlastung für die Familie bedeuten würde, und dann behauptet ein sozialistischer Abgeordneter aber, das sei eine asoziale Forderung der Österreichischen Volkspartei, wenn ich mir das anhöre, so muß ich sagen, für mich besteht die Welt eigentlich nicht mehr lange. Was ist denn Ihrer Ansicht nach eine soziale Forderung? — Wenn Sie das mit der direkten Förderung mittels der Familienbeihilfe erreichen wollen, was wir mit der Abzugspost erreichen könnten, dann müssen Sie ab 1. Jänner jeder Familie pro Kind 1 000 S zustehen. Das können Sie nicht, das ist ganz klar.

Daher nehmen Sie von der SPÖ doch zur Kenntnis, daß wir wirklich Familien entlasten wollen. Ihre Ansicht ist offensichtlich, daß die Familie höchstens als außerordentliche Belastung, wie etwa der Begräbniskostenbeitrag, abzusetzen sei. Das ist doch bitte schon aus grundsätzlichen Überlegungen heraus völlig abwegig, das ist abzulehnen. Bekennen Sie sich doch einmal dazu — wenn es auch noch nicht für das Jahr 1987 ist —, daß man den Familien in Österreich unter die Arme greifen muß.

Warum bei den Alleinverdienern, warum bei den Alleinerhaltern? Ganz gleich, ob es eine komplette Familie ist oder nicht mehr. Meine Damen und Herren! Wenn heute zwei in einer Familie verdienen, dann haben sie nicht nur ein zweifaches Einkommen, sondern sie haben später auch eine zweifache Pension. Und wenn in der Familie nur einer verdient, dann hat er jetzt nur ein Einkommen, kommt in die höhere Steuerprogression — das ist vielfach ja schon bewiesen worden, bei einem Einkommen von 20 000 S zahlt der Alleinverdiener doppelt so viel Steuer als diejenigen, die zusammen diese 20 000 S verdienen —, und wenn er dann die Kinder endgültig „herausstaffiert“ hat, dann hat er auch nur eine Pension.

Das heißt, derjenige, der eigentlich jene Kinder aufzieht, die später den anderen, die

Dr. Lichal

auf Kinder aus irgendwelchen Gründen verzichtet haben und zweifach verdienen, die beiden Pensionen zahlen müssen, der wird doppelt bestraft: einmal während seiner Laufbahn und dann in der Pension. Das ist eine Ungerechtigkeit, diese steuerliche Ungerechtigkeit muß in Österreich beseitigt werden! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Da im Wahlkampf über Redlichkeit und Glaubwürdigkeit gesprochen wird: Sie, Herr Bundeskanzler, lassen plakatieren — noch einmal gesagt —, „die Österreicher wollen eine ehrliche Politik.“ Herr Bundeskanzler, haben Sie sich schon angesehen, was sich jetzt in den Bundesdienststellen abspielt, wie man versucht, vor dem befürchteten Abgang noch rechtzeitig die Posten zu besetzen, wie Agenden weggenommen und verschoben werden — und das wenige Wochen vor einer Nationalratswahl, weil die innenpolitische Szenerie wahrscheinlich dann anders gestaltet sein wird? Ist das ehrlich? (Bundesminister Dr. Löschner: Wo?) Wo: Im Unterrichtsministerium hat man den Ministerialrat ... (Bundesminister Dr. Löschner: Nennen Sie einen Fall aus dem Bundeskanzleramt, wo nicht ...!)

Moment, Herr Kanzleramtsminister! Sie werden jetzt auch zur Kenntnis nehmen müssen all jene Fälle, die sich in anderen Ressorts abspielen! (Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dr. Löschner.) Hören Sie mir nur zu! Das werden Sie sich anhören müssen!

Dem Ministerialrat, der jahrelang, ja jahrzehntelang, die Budgetsektion im Unterrichtsministerium geführt hat und dazu noch die Agenden BUWOG, Sportförderung et cetera gehabt hat, dem hat man nun diese Agenden weggenommen. Die einzige Antwort des zuständigen Ministers auf meinen Vorwurf war: Sie lügen, das ist kein Sektionschef, sondern das ist „nur“ ein Ministerialrat. Aber daß ihm die Agenden weggenommen wurden, das hat er nicht bestritten.

Der Polizeigeneral wird in Wien noch bestellt — „natürlich“ unter Übergehung des Nächstfolgenden, denn der hat kein sozialistisches Parteibuch. Der Posten des Burghauptmannes wird rasch ausgeschrieben, damit man noch einen sozialistischen Parteigänger unterbringt, der keineswegs die Qualifikationen — und dazu stehe ich — dessen hat, der dort bisher die Vertretung hatte und alle Verhandlungen durchgeführt hat, sodaß man ihn durchaus bestellen könnte. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist eine „ehrliche“ Politik!)

Der Posten des Leiters der Finanzlandesdirektion Kärnten wird ausgeschrieben, mit der Groteske, daß der Posten erst im Juli 1987 ... (Abg. Köck: Warum reden Sie nicht von Niederösterreich, Herr Kollege?) Darum nicht, weil das in Niederösterreich nicht passiert! So einfach ist das! Daher kann man auch nicht darüber reden! (Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)

In der Finanzlandesdirektion Kärnten wird dieser Posten im Juli frei — jetzt wird jedoch bereits ausgeschrieben. Warum wohl? werden sich die Österreicher fragen?

Im Bundesministerium für Finanzen wird in der Sektion I die Abteilung I/10 ausgeschrieben, dies wird mit dem neuen Haushaltsrecht begründet. Nur: Im Haushaltsrecht steht, es muß ein Referent bestellt werden, aber nicht, daß eine Abteilung gegründet werden soll. Das ist Ihnen unangenehm. Das ist die „ehrliche“ Politik, die Sie plakatieren. Hintenherum wird eine Politik der verbrannten Erde betrieben. Das muß man aufzeigen, damit die Österreicher Kenntnis davon erhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt, im Bundesministerium für Finanzen wird eine neue Abteilung errichtet, obwohl es im Gesetz heißt, es muß ein Referent eingesetzt werden.

Und jetzt kommen wir zu unserem Haus hier. Meine Damen und Herren Parlamentarier von der SPÖ, vielleicht interessiert Sie das wenigstens. Der stellvertretende Leiter des Bundesratsdienstes geht Ende des Jahres in Pension. Da dieser Zeitpunkt aber nach der Wahl gelegen ist, wird der bisherige stellvertretende Leiter vom Dienst enthoben, damit man noch vor dem 23. November seinen Nachfolger einsetzen kann.

Herr Bundeskanzler! „Die Österreicher wollen eine ehrliche Politik!“ Schauen Sie sich das einmal an, dann handeln Sie danach und dann hören Sie mit Ihrer Sprechblasenpolitik auf! (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich habe von dieser Stelle aus schon erklärt, daß manche nach wie vor nicht zur Kenntnis nehmen wollen die Entscheidung der Österreicher, die am 8. Juni zu 54 Prozent erfolgt ist.

Ein Beispiel hiefür möchte ich Ihnen bringen. Ich war anlässlich von Betriebsbesuchen auch in einem Bahnhof, und dann war ich bei dem betreffenden Bahnhofsvorstand. In die-

13814

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Lichal

ser Amtsstube dort — das ist eine Amtsstube, meine Damen und Herren — habe ich das Bild des früheren Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger gesehen.

Auf meinen Hinweis an den dortigen Bahnhofsvorstand, daß das eigentlich nicht mehr ganz en vogue sein dürfte, denn in der Zwischenzeit, das heißt vor etlichen Monaten, habe es Bundespräsidentenwahlen gegeben, habe ich die lapidare Antwort erhalten: „Ich häng' in mein' Zimmer auf, wen i wü!“ (Ruf bei der SPÖ: *Sie haben Sorgen!*)

Diese Sorgen habe ich, denn der „Gute“ verwechselt offensichtlich einen Amtsraum der Republik Österreich mit seinem Schlafzimmer. Dort kann er an die Wand hängen, was er will. (Beifall bei der ÖVP.)

Bringen Sie in diese Geisteshaltung einmal Ordnung hinein, dann kann er auch in den Spind Bilder hineinhängen, von wem er möchte — und wenn es eines von dem Showgirl Charell aus Paris ist, so ist uns das auch gleich. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Da kann man machen, was man will, aber im eigenen Schlafzimmer bitte, und nicht in der Amtsstube einer österreichischen Dienststelle. Schaffen Sie das ab!

Aber ich darf Ihnen noch etwas dazu sagen: Auch Minister Ofner hat ja die Öffentlichkeit in einer ... (Ruf bei der SPÖ: „Staber!“-Niveau!) Ob „Staber!“ oder nicht: Das ist eigentlich mangelndes Demokratieverständnis, nicht „Staber!“. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Minister Ofner, einer der bekannten Schutzmadonnen von Udo Proksch und Konsorten, wurde von mir darauf aufmerksam gemacht, daß diese ganze Enthaltung irgendwie doch eigenartig ist, daß man solange die Termine verschoben hat, daß etwa der gleiche Richter, der schon im Jahre 1985 die Enthaltung ausgesprochen hat, wiederum der Vorsitzende war, daß der Untersuchungsrichter nicht die Möglichkeit gehabt hat, seine Gründe darzulegen; den hat man zu einem anderen Termin geschickt.

Es hat dann der Herr Justizminister, der Hüter des Rechts in Österreich, in einer Aussendung erklärt, daß er bereits im Jahre 1985 den Staatsanwalt in dieser Frage weisungsfrei gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Das hat nicht gestimmt: Dem Staatsanwalt ist es verboten, ohne Genehmigung der Oberstaatsanwalt-

schaft die wesentlichen und entscheidenden Schritte, nämlich die Einleitung der gerichtlichen Voruntersuchung, die allfällige Verhängung der Untersuchungshaft, die Ausdehnung des Tatverdacht auf Mord und ähnliche Tatbestände und die Anträge auf Beendigung des Verfahrens in welcher Weise immer zu stellen.

Als ich diesbezüglich gekontert habe in der Öffentlichkeit, war die Antwort des Justizministers, er sei falsch verstanden worden, obwohl das seine Aussendung war. Er, Ofner, habe den Staatsanwalt nicht weisungsfrei, sondern berichtsfrei gestellt.

„Die Österreicher wollen eine ehrliche Politik“. Und was gibt es jetzt? — Unterstellung, Verleumdung. Ich sage das gar nicht aufgebracht, sondern nur feststellend.

Jetzt weiß ich erst, warum zuvor das Christliche angeschnitten wurde, jetzt wird mir ja einiges klar. Die Freunde von der sozialistischen Fraktion im ÖGB haben ja in ihrer „Welt der Arbeit“ unter anderem geschrieben: „Will Mock nur kirchliche Ehen anerkennen?“ In ihrer Diktion heißt es: „Wenn Mock sein eigenes Geschwafel über eine Steuerreform oder über die Privatisierung verstaatlichter Betriebe zu fad wird ...“ Also eine Privatisierung ist demnach ein „Geschwafel“, Herr Bundeskanzler, merken Sie sich das. (Ruf bei der ÖVP: *Da hat er schon öfters „geschwafelt“!*)

Neuester „Geistesblitz“ aus dem Wahlkampf: „Mock will Ehe und Familie in der Bundesverfassung verankert sehen.“ Jawohl, wir wollen in diesem Staate die Familie schützen. Und es wird dort die Frage gestellt: „Wie lange noch werden Eheleute, die nur standesamtlich verheiratet sind, Familienbeihilfen bekommen?“ (Abg. Rosemarie Bauer: *Das ist arg!*) Bei einem etwaigen ÖVP-Wahlsieg würden konsequent strenge christliche Maßstäbe angelegt und wären kirchlich abgesegnete Ehen als echte Ehen anzuerkennen und in der Verfassung zu verankern. „Erzbischof Groer würde sicher heftig applaudieren“, heißt es hier. Das ist „ehrliche“ Politik für alle Österreicher.

Und so geht es weiter bis zum propagierten „Rentenklaue“, bis zu den Inseraten, mit denen der Eindruck erweckt werden soll, daß Hilflosenzuschuß und so weiter abgeschafft werden soll, wenn die ÖVP die Wahl gewinnt. (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Gut, daß Sie den Zwischenruf machen: Im

Dr. Lichal

Steuerkonzept der ÖVP wird die Grenze der Lohnsteuerverpflichtung auf 8 700 S hinaufgesetzt. Hunderttausend werden daher aus der Steuerpflicht, in die Sie sie hineingebracht haben, entlassen. Daher ist auch aus diesem Grund Ihr Beispiel nur noch das, was es offensichtlich sein sollte: eine Diffamierung, eine Verunglimpfung.

Zum Schluß noch eines: Gehen wir zurück zu einer Auseinandersetzung, die ohne weiteres hart sein kann. Das Parlament ist doch kein Mädchenpensionat, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Ich bin auch nicht angerührt, aber man muß bitte schon die demokratischen Spielregeln einhalten, und man muß schon das Parlament als Stätte der demokratischen Auseinandersetzung in unserer Gesellschaftsordnung akzeptieren.

Eine Sondersitzung, die sich mit dem Budget befaßt, das alle Österreicher betrifft, kann man doch nicht als einen „Mißbrauch“ bezeichnen. Man muß halt einmal bereit sein, wenn 54 Prozent der Österreicher Dr. Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt haben, anzuerkennen, daß er der Bundespräsident der Republik Österreich ist, auch für Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, auch für den Bahnhofsvorstand, für den Schuldirektor und für all die anderen, die anders gewählt haben, was in einer Demokratie ja keine Sünde darstellt.

Hören wir auf mit der Verunglimpfung! Harte Sprache, aber Schläge nur ober der Gürtellinie. Nicht predigen von der „ehrlichen Politik“, wenn vorne Vranitzky im glitzernden Lichte der Scheinwerfer steht, hinter ihm jedoch die verbrannte Erde ist. Das, bitte, wird ohne Widerspruch nicht gehen.

Schauen Sie sich wenigstens noch einmal an, was sich hier im eigenen Haus, wo Sie als Parlamentarier sitzen, in der Personalsituation abspielt. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.17

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Löschnak.

13.17

Bundesminister im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak: Herr Präsident! Hohes Haus! Die ÖVP hat die Beratungen für das Budget 1987 zum Anlaß genommen, um die Regierung und damit wohl vorrangig die Sozialisten in diesem Hause mit — ich zitiere aus der Rede des Herrn Abgeordneten Mock — „wörtlichen Zitaten, verkündeten Thesen und der Wahrheit zu konfrontieren“.

Ich meine, daß das nicht nur Ihr gutes Recht ist, sondern daß das sogar gut ist, weil Sie uns damit die Chance einräumen, unter demselben Titel wohl an Ihre Zitate und Thesen, Herr Abgeordneter Höchtl, zu erinnern und diese mit der Wahrheit zu vergleichen.

Um gleich mit den Zitaten zu beginnen: Der Herr Abgeordnete Taus hat in seinen Ausführungen bemängelt, daß der Transfer von 1,4 Milliarden Schilling aus der Mineralölsteuer im Budget 1987 deswegen nicht zulässig wäre, weil die gesetzlichen Änderungen noch nicht beschlossen wurden.

Gleichzeitig bemängeln Sie aber, daß im Budget 1987 im Bereich des öffentlichen Dienstes, weil zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht einmal ein erstes Angebot seitens der Dienstgeber vorgelegen ist, keine Vorsorge für den öffentlichen Dienst vorgenommen wurde. Also: Einmal wollen Sie etwas im Budget drinnen haben, was nicht einmal noch beraten wurde, und das andere Mal lehnen Sie Teile des Budgets deswegen ab, weil die entsprechenden materiell-rechtlichen Bestimmungen noch keinen Änderungen unterzogen wurden. Das muß man halt einmal sehen, wie Sie jeweils diese Budgetzahlen nach Ihren Gesichtswinkeln ins Licht rücken wollen. *(Abg. Dr. König: Diese Vorgangsweise ist von Ihnen gewählt worden!)* Herr Abgeordneter! Von uns ist die nicht gewählt worden! Sie bemängeln, daß das einmal so und einmal so geschieht. Sie müssen sich halt einmal festlegen, ob Sie im Budget etwas haben wollen, was noch nicht beraten wurde und daher noch gar nicht drinnen sein kann, oder ob Sie das eben anders haben wollen.

Herr Abgeordneter Lichal, Sie haben vom öffentlichen Dienst gesprochen und von der „nicht vorgenommenen Vorsorge“ für die Gehaltserhöhungen 1987. Dazu sollte man doch mit aller Deutlichkeit sagen, daß das Abgehen von der Budgetvorsorge nicht zuletzt auf die Ausführungen während der Gehaltsverhandlungen des Jahres 1985 für 1986 zurückzuführen ist. *(Abg. Dr. Lichal: Jetzt ist wieder jemand anderer schuld! — Der Sommer wahrscheinlich!)*

Herr Abgeordneter, Sie werden sich doch daran erinnern können, weil Sie ja meistens dabei waren, daß Sie, als wir das erste Anbot für das Jahr 1986 machten, nämlich das, wofür im Budget vorgesorgt war, das zum Anlaß genommen haben, uns zu sagen: Das ist doch kein Anbot, das können Sie doch gar nicht ernst meinen, das ist doch selbstverständlich, daß das, was im Budget vorgesehen

13816

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak

ist, das mindeste von dem sein muß, worüber wir überhaupt zu reden beginnen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir für die Gehaltsrunde 1987 nicht vorgesorgt, allerdings mit dem Bemerken auch in der Öffentlichkeit — jederzeit nachlesbar —, daß eben die Vorsorge für den öffentlichen Dienst noch nicht erfolgte, noch nicht geschehen ist, und wir uns nicht in schlechter Gesellschaft befinden.

Ich darf Sie nur etwa auf Salzburg verweisen, wo der Finanzreferent der Salzburger Landesregierung, also jemand, der Ihrer Fraktion zugehörig ist, zu einem Zeitpunkt, als er das Budget eingebracht hat und als schon das erste Anbot bei den öffentlich Bediensteten vorgelegen ist, auch unter diesem ersten Anbot seine Budgetvorsorge vorgenommen hat. *(Abg. Dr. Lichal: Er hat eine vorgenommen! — Abg. Brandstätter: Er hat vorgesorgt!)* Herr Abgeordneter, das ist doch wohl nur eine graduelle Unterscheidung, ob Sie eine Vorsorge unter dem ersten Anbot vornehmen oder gar keine. Das werden Sie mir doch zubilligen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können durchaus im öffentlichen Bereich bleiben. Ich nehme den heutigen Anlaß wahr, um noch einmal auf den Stellenplan zurückzukommen. Dieser wird ja von Ihnen auch immer wieder dargestellt als ein Hort der Verschwendung, wo wir uns entsprechend austoben. Wir haben in den Jahren 1970 bis 1986 den Stellenplan des Bundes nach Ihrer Diktion um 8 bis 9 Prozent erweitert. Einmal sind es 8,9 Prozent, und zwar auf Seite 14 der letzten Broschüre des Kollegen Ettmayer, dann sind es wieder 8,4 Prozent in derselben Broschüre auf Seite 17. Aber ich möchte da nicht kleinkariert erscheinen und mich mit Zehntel... *(Abg. Dr. Höchtl: Da sind nicht alle Sachen drinnen!)*

Es sind nicht alle Sachen drinnen. Ich stelle es Ihnen anheim, Herr Abgeordneter Höchtl, studieren Sie es einmal genau, dann werden Sie daraufkommen, daß er beide Male dasselbe meint, er nimmt halt nur einmal auf Seite 14 8,9 und dann auf Seite 17 8,4 Prozent. Aber noch einmal, damit ich nicht kleinkariert bin und mich in Zehntelprozentpunkten bewege, obwohl natürlich 0,5 Prozent mehr oder weniger im Stellenplan des Bundes schon 1500 Mitarbeiter mehr oder weniger mit den finanziellen Ableitungen ausmachen. *(Abg. Dr. Ettmayer: Plus 27 Prozent im Bundeskanzleramt!)*

Herr Abgeordneter, Sie können ja dann berichtigen, wenn ich irgend etwas Falsches sage. Ich bleibe bei meiner Behauptung: 8,9 auf Seite 14 und 8,4 auf Seite 17.

Aber noch einmal, damit ich zu größeren Unterschieden in Ihrer Darstellung komme, wobei ich zur Stellenplanentwicklung schon noch eines sagen möchte: Was mich bewegt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, ist eigentlich Ihre Darstellung, die auch die Anzahl der Jugendlichen enthält.

Das ist eine Darstellung, die man mit Ihren sonstigen Darstellungen in der Öffentlichkeit, daß Sie so für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eintreten, eigentlich nicht in Einklang bringen kann. Denn wenn Sie eine Darstellung der Entwicklung im öffentlichen Dienst geben, dann sollten Sie auch dazusagen, daß im Jahre 1970 Vorsorge bei den Jugendlichen im Bundesbereich für 1800 Planstellen getroffen wurde, während wir im Stellenplan 1986 fast 6500 Planstellen für jugendliche Anlernlinge und Lehrlinge haben. Also wir beweisen wirklich mit Daten und Fakten, wie ernst uns dieses Problem ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie gesagt, es gibt noch eine zweite Zahl Ihrer widersprüchlichen Darstellung der Planstellenentwicklung im öffentlichen Dienst.

Heute und hier hat Ihr Parteiobmann, Abgeordneter Mock, gemeint — ich habe das wieder aufgeschrieben, ich zitiere das wörtlich —, die Erhöhung in den Zentralstellen beträgt mehr als 25 Prozent. Herr Abgeordneter Ettmayer, in Ihrer Broschüre — wieder auf Seite 14 — führen Sie aus, die Zentralstellen wurden um 18,7 Prozent erweitert. Sie müssen sich einmal abstimmen, damit dann die richtigen Zahlen in der Öffentlichkeit dargelegt werden, damit man also dann nicht aus den verschiedenen Zahlen etwas ableitet, daß die Rechte nicht weiß, was die Linke erzählt und umgekehrt. *(Abg. Dr. Lichal: Sie sind ja der Minister! Sagen Sie, wieviel! — Abg. Steinbauer: Das ist ungeheuerlich!)* Herr Abgeordneter, ich kann gleich noch etwas zu der Frage, ob das ungeheuerlich ist, ja oder nein, sagen.

Um bei den Kritikern Ihrer Partei zu bleiben: Wenn es um den Bund geht, ist man sehr locker mit Kritik. Wenn ich etwa den Herrn Klubsekretär der ÖVP-Niederösterreich, Kollegen Lengheimer, hernehme, dann hat er uns vor einigen Wochen einmal mehr belehrt

Bundesminister im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak

— falls das stimmt, was in einer „APA“-Aus-sendung am 29. September enthalten ist.

Lengheimer führte dazu aus — es war eine „Forum 90“-Veranstaltung für den Wahlkampf —, daß der oft beklagte leichtfertige Umgang mit öffentlichen Geldern auf der Ebene der Bundesverwaltung wesentlich stärker zu beobachten sei als bei den Ländern und Gemeinden. Bei den Ländern kämen im Schnitt 85 Einwohner auf einen öffentlich Bediensteten, beim Bund hingegen (ohne Post- und Bundesbahnbedienstete) nur 45.

Herr Abgeordneter Lichal! Man sollte sich einmal die Entwicklung des Stellenplanes des Landes Niederösterreich ein bisserl näher anschauen. Dabei kommt man nämlich zu folgenden Feststellungen. Ich sage das mit allem Ernst, es wird wahrscheinlich notwendig sein, denn wir bekritteln das nicht so leichtfertig, wie etwa die Entwicklung beim Bund bekrittelt wird. Sie hatten im Land Niederösterreich im Jahre 1973 11 812 Mitarbeiter und 1985, also 12 Jahre später, 16 089. *(Abg. Dr. Lichal: Das sind Straßenwärter und Kindergärtnerinnen und keine Ministersekretäre!)* Ja, ja, Herr Abgeordneter, wenn Sie sich ein wenig gedulden, erkläre ich es Ihnen gleich.

Sie haben also eine Ausweitung Ihres Stellenplanes in Niederösterreich um 36 Prozent vorgenommen. Aus guten Gründen wird das meiste berechtigt und zu rechtfertigen sein. Beim Bund ist das aus denselben Gründen geschehen. Wir haben nicht — so wie Sie das immer in der Öffentlichkeit darstellen — einige Dutzend Mitarbeiter in Ministerbüros benötigt, sondern wir haben ganz einfach im Bereich Unterricht, Wissenschaft und für die öffentliche Sicherheit Tausende zusätzliche Planstellen benötigt. Das sollte man der Öffentlichkeit auch mitteilen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dr. Stix gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Lichal, ich kann Ihnen gleich noch einmal eine Facette Ihrer Darstellung zwischen Sprüchen und Thesen und der Wahrheit geben. *(Abg. Steinbauer: Das mit der Sicherheit können Sie dem Blecha sagen, daß die erhöht wurde!)* Auch den Herrn Abgeordneten Lichal meine ich zu Recht, er ist ja der Sicherheits-sprecher Ihrer Partei, glaube ich. Oder auch nicht mehr, aber ich führe ihn halt noch unter diesem Titel. *(Abg. Dr. Höchtl: Sie müssen sich anpassen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine weitere Facette aus Ihrer Darstellungswelt. Sie sagen, im öffentlichen Dienst — wenn Sie die Verantwortung hätten, würden Sie das auch tun — könnte man durchaus jeden dritten frei werdenden Dienstposten nicht mehr besetzen, um auf der großen Post Personaleinsparungen zu treffen. Am Sonntag habe ich die „Wiener Zeitung“ vom Samstag, dem 1. November, gelesen. Es war ein interessanter Artikel über die Aussprache über den Entwurf des Hochschullehrer-Dienstrechtes. Es war eine Aussprache zwischen Herrn Abgeordneten Neisser, Herrn Abgeordneten Blenk, Herrn Stadtrat Welan und der Bundeskonferenz für wissenschaftliches und künstlerisches Personal. Dabei wurde folgende Aussage von den Herren der ÖVP gemacht:

Der von der Gewerkschaft ausgehandelte Entwurf — ich zitiere wörtlich — stellt eine taugliche Grundlage für die Lösung dieses drängenden Problems dar, allerdings sind noch gewisse Fragen offen. Vor allem eine flankierende mäßige Planstellenausweitung ist unbedingt erforderlich, um eine Versteinerung der Personalstruktur zu verhindern.

Das sind halt Ihre Darstellungen. Wenn es darum geht, im Wahlkampf die Allgemeinheit zu informieren, sagen Sie, Sie werden jeden dritten Dienstposten einsparen, der frei wird, und wenn es im Wahlkampf etwa auf Hochschulboden geht, dann treten Sie an und sagen gleichzeitig, Sie werden eine Planstellenausweitung vornehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein letztes Beispiel in diesem Zusammenhang zu bringen.

Die Damen und Herren von der ÖVP sind in diesen Wahlkampf gezogen nicht zuletzt mit Fragen der Demokratie, die sie den Wählern näherbringen wollen, und diese sollen dann über Inhalte entscheiden. Ich habe noch etliche Aussagen von diesem Wahlkampf im Ohr, die da lauten: Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft bei der Wohnungsvergabe und im öffentlichen Dienst und so weiter und so fort.

Die Wahrheit sieht aber ein wenig anders aus. Ich appelliere da an das Demokratieverständnis des Herrn Abgeordneten Lichal. Das hat er ja in diesem Zusammenhang bei den ganzen Personalentscheidungen des öffentlichen Dienstes, so wie er sie da in den letzten Tagen und Wochen offenbar sehen will, in den Vordergrund gedrängt. Aber wenn Sie schon

13818

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak

an das Demokratieverständnis appellieren, darf ich ja an Ihres wohl auch appellieren.

Wie schaut denn zum Beispiel Ihre Vorgangsweise beim Kampf gegen das Parteibuch bei der Besetzung von öffentlichen Funktionen aus. Ich will jetzt gar nicht auf die alte Linie, wie das in Niederösterreich und sonstwo ausschaut, eingehen, sondern auf jüngste Ereignisse. (*Abg. Dr. Lichal: Das wäre besser, wenn Sie nicht darauf eingehen, denn das wäre falsch und eine Lüge! Sie wissen schon, warum Sie nicht darauf eingehen!*)

Herr Abgeordneter Lichal! Sie wissen, ich weiß einiges, Sie wissen auch einiges. Da könnten wir wahrscheinlich abendfüllend reden, wenn wir wirklich offen reden könnten. Aber damit ich nicht bei Niederösterreich bleibe, nehme ich Vorarlberg her, Herr Abgeordneter, wenn Sie gestatten.

Da geht jetzt der Landesamtsdirektor von Vorarlberg, Kollege Adamer, den ich sehr schätze, mit 31. Dezember dieses Jahres in Pension. Und was spielt sich da in Vorarlberg ab? Soll ich Ihnen aus der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“ vom 30. Oktober zitieren? (*Abg. Dr. Lichal: Ja, wenn Sie keine eigene Rede haben!*)

„Wer wird Landesamtsdirektor? Landesamtsdirektor Dr. Ernst Adamer geht am 31. Dezember in Pension. Er war zehn Jahre lang Vorarlbergs höchster Beamter. Die Nachfolger stehen schon in den Startlöchern. Kommenden Montag, 3. November, wird sich die Landesparteileitung der ÖVP mit der Nachfolgefrage befassen.“

Das sind Ihre Vorstellungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vom Kampf um ... (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Bitte, wieso findet das Ihre Zustimmung?*) Herr Abgeordneter Lichal! Das ist kein Grund zur Aufregung (*Abg. Dr. Lichal: Die applaudieren alle!*), sondern das ist halt der Unterschied zwischen dem, was Sie offenbar reden, im besonderen bei Wahlkämpfen oder bei Wahlkampfveranstaltungen, und dem, was Sie dann wirklich machen. Das sind die Dinge, die Ihr Parteiboss Mock heute in den Vordergrund gedrängt wissen wollte. Das sollte man aufnehmen und das sollte man auch dementsprechend darstellen.

Meine letzte abschließende Erklärung zu diesem Punkt, sehr geehrter Herr Abgeordneter, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich habe immer gesagt, daß eine Parteibuch-

wirtschaft nicht das ist, was wir wirklich fördern oder was uns erstrebenswert erscheint.

Nur eines muß man Ihnen halt in diesem Zusammenhang für heute und auch für die Zukunft in Erinnerung rufen: Wir werden die Dinge so halten wie bisher, wir werden nämlich nicht Ihnen folgen, indem Sie dann, wenn jemand, der Ihnen nahesteht, in den öffentlichen Dienst eingestellt oder bestellt wird, sagen, das ist der objektive Fachmann und dann geht eh alles in Ordnung, und wenn das zufällig einmal jemand ist, der vielleicht uns nahesteht oder der mit uns sympathisiert, dann ist das kein Fachmann, dann ist das Parteibuchwirtschaft.

Diese Vorgangsweise haben wir in all diesen Jahren nicht zur Kenntnis genommen und die werden wir auch in Zukunft nicht zur Kenntnis nehmen können. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{13.34}

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm und mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam.

^{13.34}

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister Löschnak, Sie haben ausgeführt, daß meine Zahlen in der von mir vorgestellten Broschüre von dem abweichen würden, was Kollege Lichal gesagt hat. (*Abg. Tonn: Was der Mock gesagt hat!*) Das ist unrichtig. Ich stimme mit dem Kollegen Lichal voll und ganz darin überein, daß Sie die Zahl der Dienstposten in den Zentralstellen überdimensioniert haben, und ich darf diesbezüglich auch einige Zahlen nennen.

Im Bundeskanzleramt ist die Zahl der Dienstposten in den letzten 16 Jahren um 27 Prozent gestiegen, im Umweltschutzministerium um 52 Prozent. Um Ihre Politik, den öffentlichen Dienst als Machtinstrument benützen zu können, durchführen zu können (*Abg. Tonn: Wo ist die Berichtigung?*), haben Sie von 1970 bis 1985 die Zahl der Referate in den Zentralstellen von 91 auf 305 erhöht, die Zahl der Abteilungen von 436 auf 659, die Zahl der Gruppen ... (*Abg. Wille: Wo ist die Berichtigung?*)

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter! Bitte Ihre Berichtigung!

Abgeordneter Dr. Ettmayer (*fortsetzend*): ... die Zahl der Gruppen auf 75 erhöht und

Dr. Ettmayer

die Zahl der Sektionen von 64 auf 77. (Abg. *B en y a*: Das ist keine Berichtigung!)

Ich berichtige den Herrn Bundesminister Löschnak insoferne, als er gesagt hat, daß die Dienstposten vor allem im Bereich der Sicherheit geschaffen wurden. (Abg. *Dr. Lichal*: Das ist falsch!) Das ist unrichtig, die Dienstposten wurden vor allem in den Zentralstellen geschaffen.

Präsident *Dr. Stix*: Herr Abgeordneter! Bitte formulieren Sie Ihre Berichtigung, sonst müßte ich die Wortmeldung als beendet betrachten. Sie sind noch am Wort.

Abgeordneter *Dr. Ettmayer* (fortsetzend): Herr Präsident! Ich möchte das also noch einmal berichtigen. (Abg. *Dr. Lichal*: Wiederhole die Berichtigung!) Etwa die Zahl der Referate im Landwirtschaftsministerium ist von 3 auf 52 gestiegen und die Zahl der Referate im Unterrichtsministerium von 22 auf 70. (Abg. *T o n n*: Sie sind ein Schaumschläger!) Es ist daher richtig, daß Sie vor allem in den Zentralstellen mehr Dienstposten geschaffen haben und nicht in den nachgeordneten Dienststellen. (Beifall bei der ÖVP.) 13.36

Präsident *Dr. Stix*: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete *Dr. Feurstein*. Ich mache darauf aufmerksam, daß fünf Minuten nicht überschritten werden dürfen und daß es sich wirklich um eine Berichtigung handeln muß.

13.36

Abgeordneter *Dr. Feurstein* (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schätze den Herrn Minister *Dr. Löschnak* sehr, weil er immer sehr sachlich argumentiert. Aber, Herr Minister, wenn Sie sich auf einen Zeitungsbericht berufen, der die Unwahrheit berichtet (Abg. *T o n n*: Wie weiß man das bei Zeitungsberichten?), so wird Ihre Darstellung in keiner Weise richtiger.

Ich berichtige Sie daher: Heute wird bei der Landesparteileitung in keiner Weise über den Landesamtsdirektor im Amt der Vorarlberger Landesregierung entschieden, er steht gar nicht zur Diskussion. Er stand auch zu einem früheren Zeitpunkt nie zur Diskussion in der Landesparteileitung, und ich kann Ihnen versichern, daß auch in Zukunft die Landesparteileitung nicht über den Landesamtsdirektor im Amt der Vorarlberger Landesregierung entscheiden wird. (Abg. *T o n n*: Verlangen Sie eine Entgegnung!)

Ihre Feststellung entspricht daher einer

Unwahrheit, und ich weise sie aufs Schärfste zurück (Abg. *B en y a*: Das ist wenig glaubwürdig!), denn ich darf ergänzen: Es gibt kein Bundesland, kein Amt der Landesregierung in ganz Österreich, das so viele Chefbeamte hat, die keiner Partei angehören. Ich bitte Sie, das auch zu bewerten. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. *Steinbauer*: Damit ist aber die ganze Löschnak-Wortmeldung widerlegt! — Bundesminister *Dr. Löschnak*: Ich habe nur zitiert!) 13.37

Präsident *Dr. Stix*: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete *Dr. Nowotny*.

13.37

Abgeordneter *Dr. Nowotny* (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mir natürlich versagen, jetzt auf die Berichtigungen einzugehen. Aber, Herr Kollege *Feurstein*, wenn Sie mit einem Zeitungsartikel nicht einverstanden sind, dann müssen Sie das bei der Zeitung berichtigen, nicht hier. (Beifall bei der SPÖ.) Aber bei der Zeitung, Herr Kollege, müssen Sie den Wahrheitsbeweis erbringen, und das wird wahrscheinlich die Schwierigkeit sein. Hier tun Sie sich leichter. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Ich glaube, in der bisherigen Debatte hat sich gezeigt, daß der Herr *Dr. Mock* wahrscheinlich doch auf den Ratschlag seines Kollegen *Taus* hätte hören sollen, der ihm offensichtlich gesagt hat, es ist ein großes Risiko, aus Steuergeld hier eine Wahlkampfdebatte als Sondersitzung abhalten zu wollen, denn bis jetzt, muß ich sagen, ist diese Debatte für Sie keineswegs sehr gut ausgefallen. Offensichtlich ist das auch der Grund, weshalb Sie von allem anderen sprechen wollen als vom Budget.

Ein besonderes Risiko ist es dabei natürlich immer, den Kollegen *Lichal* herauszuholen, der sicherlich zugegebenermaßen zur Kerntruppe des *Alois Mock* gehört, aus seiner engsten Umgebung ist, der aber meines Erachtens wirklich kein leuchtendes Beispiel für Demokratie ist. Die Wahlergebnisse, die er erzwingt — ich sage bewußt „erzwingt“ —, das ist eher ein Beispiel für Volksdemokratie. Das nur, um das deutlich zu machen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. *Vetter*: Das ist ja lächerlich! — Abg. *Steinbauer*: Das ist ja ungeheuerlich! Was heißt, Wahlergebnisse erzwingen? Das ist ungeheuerlich! Herr Kollege *Nowotny*! Was heißt, Wahlergebnisse erzwingen?) Herr Kollege! Sie werden doch nicht im Ernst annehmen ... (Abg. *Steinbauer*: Was heißt, erzwingen? Herr Kollege *Nowotny*! Geben Sie einen Beleg dafür, daß Wahlergebnisse erzwungen werden!)

13820

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Nowotny

Wenn Sie mich aussprechen lassen, werde ich Ihnen das sehr gerne erklären. Das heißt, daß es ungeheuerlich ist, wenn in einem Land, wo zirka, sagen wir, 50 Prozent — aber es sind ja nicht einmal so viele, Gott sei Dank — der Wähler die ÖVP wählen, bei einer Wahl des Landesdienstes 95 Prozent der Leute „ÖAAB“ wählen müssen. Das ist der Grund. *(Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie werden mir nicht einreden können, daß das wirklich Zufall ist oder daß das auf dem freien Willen der Leute beruht. *(Abg. Dr. Ettmayer: Und wie ist das bei der Bundesbahn? — Unruhe und Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Steinbauer: Was heißt, Wahlergebnisse erzwingen? Herr Kollege Nowotny, entschuldigen Sie sich dafür! Entschuldigen Sie sich! — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Das habe ich Ihnen genau erklärt. Das heißt, die Politik, die der Kollege Lichal in Niederösterreich durchführt, die der Dr. Mock in Niederösterreich deckt, führt dazu, daß wir in Niederösterreich bei Personalvertretungswahlen Mehrheiten von 95 Prozent für eine Partei haben. Das ist eine Schande für die Demokratie! Das muß man klar und eindeutig sagen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Schämen Sie sich! — Abg. Steinbauer: Herr Kollege Nowotny! Was heißt „Wahlergebnisse erzwingen“? Ungeheuerlich!)*

Präsident Dr. Stix: Am Wort ist der Herr Abgeordnete! Bitte sich wieder zu beruhigen!

Abgeordneter Dr. Nowotny *(fortsetzend)*: Ich verstehe schon, daß Sie das sehr nervös macht, weil das natürlich nicht hineinpaßt in eine Debatte, wo Sie zur Ehrlichkeit in der Politik reden wollten. Aber auch dem Kollegen Lichal paßt das nicht, weil er nicht sehr gut zur Ehrlichkeit in der Politik reden kann bei solchen Ergebnissen. *(Abg. Dr. Lichal: Der Prechtel hat 96 Prozent! Eisenbahn!)* Das ist der gesamte Landesdienst. Beim Bundesdienst sind die Verhältnisse anders. *(Abg. Bergsmann: Jugendvertrauensräte bei der Bundesbahn: 100 Prozent sozialistisch!)*

Es paßt auch nicht zur Ehrlichkeit in der Politik, um das ganz deutlich zu machen, wie sich der Kollege Lichal hier zu Fragen der Familienpolitik geäußert hat.

Ich möchte zunächst einmal ganz nüchtern feststellen: Es hat bis jetzt in der österreichischen Geschichte noch keine Periode gegeben, wo so viel für die Familien getan wurde wie in diesen letzten Jahren *(Beifall bei der*

SPÖ), von — was die Ausgabenseite betrifft — direkten Förderungen über zusätzliche Familienbeihilfen und Schulfahrtbeihilfen bis zum Ausbau des Schulwesens. *(Abg. Rosemarie Bauer: Wo sind die zusätzlichen?)*

Ich möchte ganz deutlich sagen: Die Situation, wie sie zur Zeit der Österreichischen Volkspartei war, als die ÖVP an der Regierung war, und wie sie offensichtlich der ÖVP nach wie vor vorschwebt, diese Situation wollen wir sicherlich nicht. Das ist eine steuerliche Förderung über Steuerfreibeträge, mit dem Effekt, daß die Kinder aus einer reichen Familie in absoluten Beträgen eine höhere Förderung bekommen als Kinder, die das Pech haben, daß ihre Eltern weniger Einkommen haben. Das ist eine Förderung, die wir absolut ablehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube daher, daß auch hier im Sinne einer ehrlichen Politik die Attacken des Dr. Lichal sicherlich danebengehen.

Wenn wir jetzt zum Budgetvoranschlag 1987 unmittelbar kommen können, so sind ja die Vorwürfe der Österreichischen Volkspartei in zwei Richtungen gegangen.

Die erste Richtung der Vorwürfe war eine formale, in dem Sinn, daß hier haushaltsrechtliche Grundsätze nicht berücksichtigt wurden, wobei ja, wenn ich mich etwa auf den Kollegen Dr. Taus beziehe, Dr. Taus selber gesagt hat, nach dem jetzigen Haushaltsrecht ist das alles in Ordnung. Er hat nur bemängelt, daß nach dem neuen Haushaltsrecht das anders zu budgetieren wäre. — Bitte, das neue Haushaltsrecht tritt ab 1.1.1987 in Kraft. Es ist übrigens gemeinsam, einstimmig von allen Parteien in diesem Haus, also auch mit den Stimmen der Regierungsparteien, beschlossen worden, und Sie können sicher sein, die künftigen Budgets werden sich auf dieser gesetzlichen Grundlage bewegen. Jetzt gilt eine andere gesetzliche Grundlage. Das ist alles, was zu der formalen Seite zu sagen ist.

Was die inhaltliche Seite betrifft, so besteht der Vorwurf, daß dieses Budgetdefizit in wirtschaftspolitischer Betrachtung zu hoch ist. Das ist ja auch das, was Sie immer wieder auf Plakaten offenbaren.

Nun wäre es natürlich ganz interessant, sich einmal anzuschauen: Wie würde denn eigentlich ein ÖVP-Budget 1987 aussehen? Wobei ich zugebe, daß die Antwort insofern nicht ganz einfach ist, weil zwar die ÖVP sehr gerne bereit ist, gute Ratschläge zu geben,

Dr. Nowotny

daß aber, wenn es darum geht, tatsächlich in die Arbeit einzusteigen, die Bereitschaft schon sehr viel geringer ist. Wenn ich nur daran denke, daß zum Beispiel Dr. Taus erklärt hat, er ist zwar gerne bereit, gute Ratschläge zu geben, aber in eine Regierung geht er sicherlich nicht hinein, da müßte man ja schließlich konkret Farbe bekennen.

Was überhaupt die ÖVP derzeit in ihrer Darstellung von Plänen betrifft, so kann man nur sagen, ihr Motto ist im Augenblick offensichtlich Einfalt durch Vielfalt. Jeden Monat, fast jeden Tag schon bekommen wir neue Pläne, neue Forderungen.

Wir haben uns jetzt einmal die Mühe gemacht — eine Mühe, die sich in der ÖVP offensichtlich niemand gemacht hat —, zusammenzustellen, was allein in dieser Legislaturperiode von der ÖVP in einzelnen Bereichen an Forderungen gebracht wurde, und das dann zu konfrontieren mit ihrer Kritik an der Höhe des Budgetdefizits.

Wenn ich mir nur einige dieser Forderungen hernehme: Im Bereich Soziales und Gesundheit kommt man auf rund 15 Milliarden Schilling, angefangen von Mocks Lieblingsidee des Erziehungsgeldes bis zu laufenden Erhöhungswünschen.

Bauten — Kollege Keimel läßt grüßen —: zusätzliche Wünsche rund 8,6 Milliarden Schilling.

Wissenschaftsbereich: 2 Milliarden.

Landwirtschaft: 2,2 Milliarden, das war noch, bevor man so schlicht verlangt hat, einfach alles zu verdoppeln; inzwischen ist der Wunsch sehr viel höher.

Unterricht: 2 Milliarden.

Verkehr: 2,5 Milliarden.

Wenn ich alle diese Ausgabenwünsche, wie sie konkret halt hier immer wieder sozusagen jeder Bereichssprecher frisch-fröhlich vorbringt, zusammenzähle und wenn ich noch die Steuerausfälle Ihres Steuerprogramms dazunehme, so würde ich für das Jahr 1987 auf ein Budgetdefizit — brutto — zwischen 196 und 208 Milliarden Schilling kommen, also fast auf das Doppelte dessen, was tatsächlich im Bundesvoranschlag 1987 vorgesehen ist.

Und da kann ich nur sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP:

Entweder Sie nehmen Ihre eigenen Forderungen nicht ernst oder Sie nehmen das Budget nicht ernst. Auf jeden Fall nehmen Sie die Österreicher nicht ernst, denn das geht sich auf keinen Fall aus. Und die Österreicher werden sich das sicherlich nicht gefallen lassen! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: Ihre Aussagen ja auch nicht!)*

Zweiter Bereich: Steuerpolitik. Es hat sich, glaube ich, inzwischen schon ziemlich deutlich gezeigt, was mit den verschiedenen Steuerpapieren der ÖVP passiert ist. Es gab da offensichtlich zunächst einmal eines, das von Experten und Wirtschaftspolitikern ausgearbeitet wurde, also genau von den Leuten, von denen Sie sagen, daß sei Ihr wirtschaftspolitisches Team, mit dem Sie in die Wahlen gehen wollen.

Ich gebe auch zu: Dieses Konzept ist in sich durchaus schlüssig. *(Abg. Dr. Steidl: Jetzt auf einmal!)* Warten Sie, es kommt noch etwas weiteres! Schlüssig ist es, Herr Kollege, aber wenn man den Inhalt betrachtet, ist es halt ein Konzept, wie es einer konservativen Partei entspricht, sozusagen Adolf — Alois Mock erschwärzend auf den Spuren der Margaret Thatcher. *(Abg. Bergmann: Herr Professor, jetzt entschuldigen Sie sich für den Versprecher!)* Also vom Linksüberholen hat er sich wirklich weit entfernt, inzwischen ist er auf der Rechtsüberholspur gelandet, mit dem Ergebnis, daß wir hier massive Kürzungen haben im Bereich der steuerlichen Regelung für Familien, im Bereich steuerlicher Regelungen, die gerade für die mittleren und für die kleineren Einkommen von Bedeutung sind, wobei aber — und das muß man dann auch wieder seriöserweise sagen — durch dieses breite Ausmaß an Kürzungen natürlich der Steuerausfall dieses Konzepts Nr. 1 tatsächlich relativ gering ist.

Dieses Konzept hat aber dann offensichtlich den Propagandamenschen der ÖVP nicht mehr gefallen, sie sind auf eine andere Strategie übergegangen, quasi auf eine Strategie Trojanisches Pferd. *(Abg. Dr. Steidl: Nein!)* Die ÖVP hat nicht ihren früheren Vorschlägen abgeschworen — das ist wichtig —, sondern alles, was sie gemacht hat, war, daß sie die Vorschläge einfach undeutlicher formuliert hat.

Wenn Sie Steuerkonzept 1 und Steuerkonzept 2 vergleichen, so steht jetzt im Steuerkonzept 2 — also in der bisher letzten Fassung, man weiß ja nicht, was Ihnen noch alles einfällt —: Der Großteil der sonstigen Ausnahmebestimmungen und Steuerbefreiungen

13822

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Nowotny

im Einkommensteuerrecht wird gestrichen beziehungsweise stark eingegrenzt. Das ist die jetzige Fassung.

Genau dasselbe, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht in der ersten Fassung, nur kommt dazu in der ersten Fassung eine Erläuterung. Also es heißt, der Großteil wird gestrichen, das bedeutet unter anderem, und dann kommt die lange Liste all der Dinge von der Besteuerung des freiwilligen Sozialaufwandes bis zur Aufhebung des Sonderausgabenpauschales bis zur Aufhebung des Kraftfahrzeugpauschales und so weiter.

Das heißt — und das ist, glaube ich, sehr wichtig —: Vom Papier 1 zum Papier 2 gibt es überhaupt keine inhaltliche Änderung, nur, Papier 2 vernebelt das, was in Papier 1 noch sehr deutlich gesagt wird.

Im Zusammenhang mit der Präsentation dieses ÖVP-Steuerpapiers hat es nun ein Interview gegeben, das der Herr Dr. Schüssel mit dem Herrn Dr. Horwitz geführt hat — also beides wirklich Leute von Kaliber, sowohl Horwitz wie Schüssel, durchaus ernst zu nehmende Persönlichkeiten —, das am 22. 10. in der „Presse“ in einem Artikel gebracht wurde und in dem Dr. Schüssel sagte, die derzeit 140 Ausnahmebestimmungen sollen radikal auf weniger als ein Dutzend vermindert werden, per Saldo bliebe dann eine Finanzierungslücke von rund 6 Milliarden Schilling, die wieder durch Ausgabenkürzungen hereingebracht werden sollen.

Diese Finanzierungslücke von 6 Milliarden ist eindeutig, sehr geehrte Damen und Herren, Steuerkonzept 1. Das ist das Steuerkonzept, das ausgeht von einer breiten Streichung aller möglichen derzeitigen Begünstigungen, das ausgeht von der Vollbesteuerung, angefangen von den Unfallrenten bis zur Besteuerung des Arbeitslosengeldes, bis zu den Zuschüssen für die Werkwohnungen. Sonst kommen Sie ja nicht auf so vergleichsweise geringe Steuerausfälle. Wenn Sie den Steuerausfall nach Ihrer Version 2 berechnen, wo sie dann nur mehr weniger Dinge voll besteuern wollen, dann kommen Sie zu einem Steuerausfall von rund 37 Milliarden Schilling. Das ist ein Steuerausfall, der sicherlich nicht mehr finanzierbar ist.

Die Sache wird noch etwas pikanter, wenn man sie mit der Propaganda vergleicht, mit der die ÖVP durchs Land zieht, in der sie allen eine Steuersenkung um 20 Prozent verspricht. Interessanterweise hat der Herr Abgeordnete Mock ja heute so ein Zetterl bei

sich gehabt, er hat es nur wohlweislich dann nicht gezeigt. Aber es gibt ja alle möglichen Postwurfsendungen, zum Beispiel habe ich hier eine sehr hübsche Postwurfsendung, wo vorne jemand darauf ist, der ganz offensichtlich zumindest eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Dr. Mock hat. Darunter schreibt er dann: Als Kanzler werde ich die Steuern um 20 Prozent senken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aussage ist in zweifacher Hinsicht falsch. Erstens wird Mock nicht Kanzler. Und zweitens, und das ist ein wesentlicher Punkt, nicht einmal nach dem ÖVP-Steuerkonzept ist eine Steuersenkung um 20 Prozent vorgesehen. Was im ÖVP-Steuerkonzept steht, ist eine 20prozentige Senkung des Steuertarifs! Und diese Tarifsenkung soll ja dann wieder wettgemacht werden durch eine Streichung von Ausnahmebestimmungen, das steht in Ihrem eigenen Konzept drinnen. Mock dagegen verspricht 20 Prozent Steuersenkung. Es handelt sich hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, um eine ganz einfache Unwahrheit, und ich behaupte sogar, um eine bewußte Unwahrheit, die Sie da betreiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Unterschied zwischen dieser Aussage von Mock und der Aussage von Schüssel in der „Presse“ ist eklatant. *(Zwischenruf des Abg. Bergmann.)* Sie brauchen ja nur nachzurechnen mit den Budgetzahlen. 20 Prozent weniger Lohn- und Einkommensteuer bedeuten — eine ganz einfache Division — einen Ausfall von 28 Milliarden Schilling pro Jahr, das bedeutet über eine Legislaturperiode mehr als 100 Milliarden Schilling Steuerausfall; völlig unrealistisch. Das ist aber das, was Mock verspricht. Schüssel dagegen sagt, 6 Milliarden Schilling Steuerausfall pro Jahr. Dazwischen liegt eine Differenz von 22 Milliarden Schilling. Das ist die 22-Milliarden-Schilling-Unwahrheit, mit der die ÖVP derzeit hausieren geht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Egal, von welchem Steuerkonzept man ausgeht, die Antwort ist ganz klar: Das erste Papier, das Sie veröffentlicht haben, ist zwar in sich logisch geschlossen, aber es ist extrem unsozial. *(Abg. Bergmann: Und Sie sind ein Professor!)* Das zweite Papier, das Sie hier veröffentlicht haben, ist fachlich unhaltbar und daher extrem unseriös. Die Österreicher haben bei der ÖVP daher nur die Wahl zwischen unseriös und unsozial. Und das ist eine Wahl, zu der wir die Österreicher wirklich nicht beglückwünschen wollen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe der Abgeordneten Bergmann und Dr. Schüssel.)*

Dr. Nowotny

Es gibt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einen weiteren Aspekt, und zwar den Aspekt der Ausgabenseite: Wenn man die Steuern senkt und gleichzeitig das Budgetdefizit senken will, so ist es nach einfacher Logik ganz klar, daß man daher die Ausgaben ja noch um ein größeres Ausmaß reduzieren muß. Das heißt, ich brauche Ausgabensenkungen von mindestens 8 Milliarden bis zu 36 Milliarden pro Jahr, wohlgerne pro Jahr.

Nun hat sich die Österreichische Volkspartei in dieser Sache lange geziert, aber zum Schluß hat dann der Herr Präsident Graf den Vorhang doch ein bißchen gelüftet und hat etwas veröffentlicht, was er genannt hat: Eckpunkte der neuen österreichischen Wirtschaftspolitik. (*Abg. Bergmann: Haben Sie von der SPÖ auch etwas mit?*)

Herausgekommen ist halt wieder so eine Art Übertragung von Margaret Thatcher auf Österreich. Sehen wir uns hier einige Dinge an, hier zum Beispiel die Forderung, in allen Bereichen — also wohlgerne auch Schule, Gesundheit und so weiter — Rückführung des öffentlichen Dienstes, der Zahl der Bediensteten auf das Niveau von 1980, Einschränkungen natürlich bei den Beamten, starke Einschränkungen — steht hier — bei den ÖBB, reale Kürzungen im Bereich der Subventionen — die Landwirtschaft wird sich freuen — und der direkten Wirtschaftsförderung. Arbeitsmarktförderung ist einzustellen und das Geld in Richtung Budgetsanierung umzuleiten. Weniger Mittel für Wohnbau.

Natürlich kommt dann der ganze Privatisierungsbereich, wobei ich doch auch hier noch etwas sagen will, weil der Herr Dr. Mock mich da heute angesprochen hat. Man muß eben hier versuchen, und ich gebe zu, im Wahlkampf ist das ein bißchen schwierig, differenziert zu argumentieren. (*Abg. Bergmann: Das tun Sie ja die ganze Zeit!*) Das, was ich das letzte Mal mit „Verschleudern des Familiensilbers“ — übrigens ein Ausspruch des großen konservativen Staatsmannes Macmillan — angeschnitten habe, das heißt, hier einfach Staatsbeteiligungen abzugeben, um eine einmalige Budgetsanierung zu erreichen, das, und das möchte ich ganz deutlich sagen, ist nicht unsere Politik.

Eine andere Sache ist es, wenn ich hier Beteiligungen für Unternehmen aufnehme, die für die Unternehmer von Interesse sind, um ihnen Zugang zu geben zu neuen Technologien, Zugang zu geben zu neuen Märkten,

Zugang zu geben zu neuen Managementmethoden.

Das liegt dann im Interesse sowohl des Staates wie auch im Interesse des Unternehmens. Dazu haben wir uns immer bekannt. Wir haben immer erklärt, das ist für uns keine Frage einer ideologischen Bindung, wir sind bereit, hier pragmatisch zu handeln, aber zu pragmatischem Handeln im Interesse eben genau der Unternehmen und der dort Beschäftigten.

Die Vorschläge, die ich bei Ihnen sehe, sind sicherlich nicht etwas, was seriös zu diskutieren ist, wenn Sie generell zum Zwecke der Budgetsanierung Beteiligungen verkaufen wollen oder, wie es hier heißt, dem Bund durch die Veräußerungen von Gemeindewohnungen zusätzliche Einnahmen verschaffen wollen, der Minister Lacina hat das ja schon erwähnt.

Ich glaube, das ist sogar ein strafrechtlich interessanter Aspekt, denn ich nehme an, es würde sogar strafrechtliche Folgen haben, wenn der Bund etwas verkauft, was ihm nicht gehört. Aber vielleicht war das schon die Arbeitsbeschaffung für die Kanzlei des Dr. Graff. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Absurde Dinge, die Sie da behaupten!*)

Wo Sie diesmal vorsichtiger formuliert haben, war das Sozialsystem, da haben Sie sehr vorsichtig formuliert, in Ihrem Wirtschaftsprogramm sind Sie ja dann noch sehr viel deutlicher, Sie sagen, die Vielzahl von staatlichen Umverteilungsmaßnahmen ist zugunsten der Steuerentlastung einzuschränken. Also was das konkret bedeutet, ist sehr einfach: Das bedeutet: Finanzierung der Steuerreform durch Sozialabbau. Das kommt heraus, wenn man versteht, die konkrete Seite hinter diesen schönen Worten zu lesen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ihre Phantasie ist bewundernswert!*)

Ja, also Herr Kollege Kohlmaier, meine Phantasie war es nicht allein, denn wegen dieses Papiers von Graf hat es einen riesigen Aufstand in der ÖVP selbst gegeben (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ich freue mich, daß Sie ständig über die ÖVP-Pläne reden, weil Sie keine eigenen haben!*), und es hat zum Beispiel der Herr Bundesrat Sommer dann von ÖVP-Obmann Mock verlangt, er möge Graf in die Schranken weisen, ich nehme an, eine Folge ist schon, daß er heute nicht mehr reden darf. (*Abg. Bergmann: Warum bemühen Sie sich so, der Nachfolger vom Gradenegger zu werden?*) So schnell geht das offensichtlich

13824

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Nowotny

bei der ÖVP. Der Bauernbund hat ebenfalls geschrien, schließlich kam es zum Auftritt des Unschuldsspezialisten Mock, der sozusagen in der Art des reinen Toren erklärt hat — ich beziehe mich hier auf die „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 17. 10. —: Dieses „Graf-Papier“ werde ich mir schon einmal anschauen, ich habe es noch nicht gelesen. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ bemerken hiezu: Diese Mock-Bewertung, daß der „wirtschaftlich kompetente“ — die setzen das in Anführungszeichen, sie werden schon wissen, warum sie das machen — Graf seine Vorschläge nicht vorher mit ihm absprechen müsse, wirkt etwas kurios, weil Graf am Mittwoch erklärt hatte, er habe alles mit Mock abgesprochen.

Also offensichtlich ist es hier die Politik des Dr. Mock gewesen, wer ist schon der Graf, der hat halt manchmal Tagträume — das soll offensichtlich in der ÖVP öfter vorkommen —, und daraufhin fällt der Vorhang wieder. Aber bitte schön, er fällt nur, das heißt, es wird nicht mehr darüber gesprochen, auf dem Tisch liegen alle diese Vorschläge nach wie vor, und der Unterschied zwischen nicht mehr darüber sprechen und nicht tun ist ein sehr gewaltiger, ein Unterschied, der den Österreichern noch sehr teuer kommen könnte, wenn sie tatsächlich auf die Schalmeientöne der ÖVP hineinfallen sollten. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Insgesamt ergibt sich daraus: Die ÖVP hat bis jetzt kein seriöses, in sich geschlossenes Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das sich auch finanziell ausgeht. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wo ist Ihres? — Abg. Dr. Steidl: Die SPÖ hat gar keines!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was uns betrifft, so haben wir es nicht notwendig, mit Worten zu überzeugen, für uns sprechen die Taten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Für uns sprechen die Taten, daß wir seit 1970 einen Aufholprozeß erreichen konnten, der dazu geführt hat, daß dieses Land rascher gewachsen ist als andere, der dazu geführt hat, daß die Arbeitslosenrate in diesem Land geringer ist als im Ausland. Das sind die Fakten, um die Sie nicht umhinkönnen. Das sind Fakten. Was Ihre Worte sind, das haben wir heute deutlich gesehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jedenfalls: Die bisherigen Vorstellungen der ÖVP — das kann man nicht deutlich genug sagen — würden die kleinen und mittleren Einkommen doppelt treffen. Sie würden sie erstens treffen auf der Steuerseite durch unfaire Steueränderungen, zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen, und sie wür-

den sie zweitens treffen auf der Ausgaben-seite, wo gerade die Ausgabenkategorien gekürzt werden sollten, auf die die kleineren und mittleren Einkommen besonders angewiesen sind. Doppelt würde die ÖVP gerade diese Gruppen treffen, die wesentlich zum Wohlstand und zur Arbeit in Österreich beigetragen haben. Und das werden wir sicherlich verhindern! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu abschließend zwei Stimmen, von denen man sicherlich nicht behaupten kann, daß es Stimmen sind, die von seiten der SPÖ kommen. Zunächst einmal im „profil“, wo die Steuerkonzepte der Österreichischen Volkspartei vorgestellt und analysiert wurden. Der Autor kommt dann zu dem Schluß: Das Papier — gemeint ist das ÖVP-Steuerpapier — „hält nicht das, was der Steuerrebell Alois Mock verspricht: nämlich eine 20prozentige Steuersenkung mit Vorteilen vor allem für die kleinen und mittleren Einkommen“.

Wahr ist vielmehr — steht im „profil“ —, „daß die VP-Reform in erster Linie den oberen Einkommen und den Unternehmen zugute käme, während Kleinverdiener wenig profitierten, zum Teil sogar draufzahlten.“

Und „profil“ schließt dann:

„Das heißt: Je mehr einer verdient, desto mehr bekommt er von Alois Mock dazu.“

Das ist ja im Kern genau das, worum es bei Ihren Konzepten geht.

Eine zweite Stimme, gerade weil Sie sich jetzt hier bemüht fühlen, den christlichen Aspekt so zu betonen, was ich übrigens auch persönlich ganz entschieden ablehnen muß, weil es sicherlich nicht im Interesse der Kirche und gegen alle ihre Intentionen ist, in den Wahlkampf gezogen zu werden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Bitte doch nicht die Kirche in den Wahlkampf ziehen!) Eben, wenn Sie sich dazu verpflichten, dann sind wir völlig einig. (Abg. Dr. Kohlmaier: Daran habe ich nie gedacht!)*

Ich möchte hier eine Stellungnahme der „Nachrichten der Katholischen Sozialakademie Österreichs“ zitieren, sicherlich auch keine Gruppe, die man als SPÖ-nahe einstufen kann. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Ach so. Offensichtlich ist etwas, was Ihnen nicht paßt, auf jeden Fall SPÖ-nahe. Kirche ist gut, aber wenn sie einmal etwas sagt, was der ÖVP nicht paßt, dann ist sie schon schlecht. Das werden wir sicherlich zur Kenntnis nehmen. *(Ruf bei der ÖVP: Da sind Jesuiten drinnen!)*

Dr. Nowotny

Also Jesuiten dürfen das nicht sagen. Bitte, möglicherweise sind da Jesuiten dabei, ich kann das nicht feststellen. Aber auf jeden Fall steht hier zu Maßnahmen der Steuerreform: Es gilt „sicherzustellen, daß die notwendige Steuerreform nicht einfach zu einer Umverteilung von unten nach oben degeneriert, daß nicht die Kleinen letztlich die Last einer allgemeinen Steuersenkung, die gerade ihnen nichts bringt, tragen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau darum geht es. In diesem sozialen Bereich, in der Frage der sozialen Verantwortung liegen die wesentlichen Unterschiede zwischen ÖVP und SPÖ!

Wenn die heutige Nationalratssitzung dazu geholfen hat, diese Unterschiede etwas klarer zu machen, dann, glaube ich, war sie doch nicht ganz vergeblich. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.04

Präsident: Herr Abgeordneter Steidl zu einer tatsächlichen Berichtigung.

14.04

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Nowotny hat behauptet, durch die Steuerreformvorschläge der Österreichischen Volkspartei würden die kleinen und mittleren Einkommensbezieher besonders benachteiligt werden.

Diese Behauptung ist falsch. Denn zum Steuertarif müssen Sie die Absetzbeträge dazurechnen, und wenn Sie den allgemeinen Absetzbetrag berücksichtigen, dann wirkt sich der bei kleineren und mittleren Einkommen unverhältnismäßig stärker aus als bei größeren Einkommen. *(Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.)*

Zu dem kommt, daß durch den Wegfall von Begünstigungsbestimmungen die Bemessungsbasis für höhere Einkommen wesentlich erhöht werden wird, wodurch die Steuerausfälle bei niedrigeren Einkommen relativ größer sein werden.

Infolgedessen ist diese Behauptung des Herrn Abgeordneten Nowotny falsch. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.06

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zittmayr.

14.06

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr

geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz zur Rede des Kollegen Nowotny feststellen, daß sein Vorwurf an den Abgeordneten Lichal, es wäre eine Volksdemokratie bei den Wahlen und die Wahlergebnisse würden erzwungen, schärfstens zurückgewiesen werden muß. Es ist überhaupt eine Zumutung, hier volksdemokratische Züge zu unterstellen. Das wäre das gleiche, als wenn man bei den Wahlen in die Jugendbeiräte der Eisenbahn auch volksdemokratische Grundsätze unterstellen würde.

Ich würde bitten, daß sich der Herr Abgeordnete von diesem Ausdruck distanziert und sich entschuldigt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war interessant, daß sich der Herr Abgeordnete Nowotny während seiner ganzen Rede mit den Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei, mit den Konzepten, mit dem Steuerkonzept und den Wirtschaftskonzepten der Österreichischen Volkspartei beschäftigt hat. Er hat im Detail verschiedene Dinge zerlegen wollen. In Wirklichkeit haben wir aber gesehen, daß die Sozialistische Partei, daß die Regierung in diesem Lande überhaupt keine Vorstellungen hat, wie sie weiterarbeiten soll.

Sie hat die Vorstellung, daß sie so wie bisher weiterarbeiten will. Wie es bisher gegangen ist, das kann ich aus meiner nunmehr 20jährigen Erfahrung, 16 Jahre mit einer sozialistischen Alleinregierung beziehungsweise in den letzten dreieinhalb Jahren mit einer Regierung von Sozialisten und Freiheitlichen, ja genau beurteilen. *(Ruf bei der SPÖ: Es ist dir noch nie so gut gegangen wie in diesen 16 Jahren, mußt du sagen!)*

Die Ankündigung der Fortführung der bisherigen Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist an und für sich eine Drohung für Österreich, wenn es heißt, daß es in diesem Tempo bei der Entwicklung der Verschuldung, bei den Defiziten, bei der Arbeitslosigkeit weitergehen soll.

Interessant ist nur eines: daß Herr Bundeskanzler Vranitzky bei seinen Aussagen in der letzten Zeit jede Woche einen Programmpunkt nach dem anderen von der Österreichischen Volkspartei, von unseren Vorstellungen, übernimmt, zum Beispiel in der Frage der Privatisierung.

Ebenso der Herr Abgeordnete Cap in der Frage des Spitzensteuersatzes. Er sagt, das wäre ein Irrtum gewesen und die Sozialisten

13826

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

könnten sich vorstellen, daß man nun mehrere Steuerstufen einführen und den Spitzensteuersatz senken kann.

Wir hören das sehr gerne. Wir sehen, daß Bundeskanzler Vranitzky offensichtlich in einer Flucht nach vorne ÖVP-Grundsätze übernimmt, weil er sonst fürchten muß, daß er nicht mehr gewählt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Problemen der Steuer wird Kollege Schüssel noch im Detail Stellung nehmen, Herr Abgeordneter Nowotny.

Aber eines kann ich auch sagen: Sie müssen alles in allem nehmen. Sie können nicht einen Teil herausnehmen und die anderen Teile verschweigen, sondern es sind die gesamten Vorschläge zur Sanierung des Budgets, zur Ankurbelung der Wirtschaft, zur Steuerreform ein Ganzes, ein Geschlossenes, und daher muß man das im Hinblick auf den gesamten Bereich sehen.

Daß es für die kleinen und mittleren Einkommen keine zusätzliche Belastung nach dem ÖVP-Steuerreformkonzept gibt, hat Kollege Steidl ganz deutlich und klar festgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ursache dieser heutigen Sondersitzung wurde ja schon erläutert: daß der Budgetentwurf für das Jahr 1987 eine ganze Reihe falscher Zahlen enthält und daß die Bevölkerung über die Auswirkung getäuscht wird. Auch Kollege Taus hat schon im einzelnen ausgeführt, daß man der Bevölkerung vormacht, daß das Budgetdefizit gar nicht so hoch sein wird; es wurde praktisch nach unten manipuliert.

Die Budgetstruktur ist so, daß sie sich deutlich verschlechtert und daß keine Sanierung des Bundesbudgets in Sicht ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon festgestellt, daß zum Beispiel in diesem Budget für das Jahr 1987 die Bezugserhöhung für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nicht budgetiert ist und daß die Bezugsregelung ein Ausmaß von zirka 3 bis 7 Milliarden Schilling haben wird. Kanzleramtsminister Löschnak hat gesagt, daß das unüblich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Jahre hindurch war es üblich, soweit noch kein Gehaltsabschluß für die öffentlich Bediensteten vorhanden war, in der Pauschalvorsorge eine Reserve ins Budget aufzunehmen, um dann bei Abschluß der Verhandlungen diese Position entsprechend dotieren zu

können. Das war immer so vorgesehen, heuer ist es erstmals nicht der Fall, und das dient dazu, das Defizit etwas herunterzuschrauben, wenn man diese Beträge nicht ins Budget aufnimmt.

Die Haftungsübernahmen des Bundes im Ausmaß von 2 Milliarden Schilling sind ebenfalls unterdotiert. Das Bundesbahn-Defizit ist mit 2 bis 4 Milliarden Schilling unterdotiert. Die Preisausgleiche sind aufgrund der Entwicklung auf dem Weltmarkt auch mindestens mit 1 bis 2 Milliarden Schilling unterdotiert. Das sind allein schon — wenn ich diese Beträge zusammenrechne — über 10 Milliarden Schilling, um die das Bruttodefizit höher ausgewiesen sein müßte, als es tatsächlich der Fall ist.

Das heißt, es wird kraß manipuliert und der Bevölkerung vorgetäuscht, daß es gar nicht so tragisch ist und daß man ohnehin nicht solche Belastungen haben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber als besondere Täuschung der Bevölkerung fasse ich es auf — davon hat überhaupt niemand gesprochen, auch nicht der Herr Bundeskanzler, und es scheint auch nirgends auf —, daß im Budgetentwurf für 1987 zirka 21 Milliarden Schilling an Schuldentilgung, die im Jahr 1987 fällig wäre, verschoben wurden, prolongiert wurden, auf 30 bis 40 Jahre hinausgeschoben wurden, daß man also praktisch, um das Budgetdefizit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so hoch werden zu lassen, 21 Milliarden Schilling einfach nicht ins Budget aufnimmt, sondern die Schuldentilgung auf spätere Jahre verschiebt. Das ist eine ganz krasse Täuschung der Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und da redet der Herr Bundeskanzler auf Plakaten und in seinen Ausführungen von einer ehrlichen Politik. Wenn ich eine ehrliche Politik mache, dann muß ich das, was tatsächlich an Schulden zu zahlen ist, auch ins Budget aufnehmen und darf die Bevölkerung darüber nicht im unklaren lassen. Denn was hier geschieht, ist ja ein Verschieben der Staatsschulden auf die Enkel und auf die Urenkel. Das heißt, die Schuldentilgung wird auf die spätere Generation verschoben. Man kann also nicht mehr von einer Einhaltung des Grundsatzes der Budgetwahrheit sprechen.

Es käme allein aufgrund dieser Fakten, die ich jetzt kurz aufgezählt habe, ein Budgetdefizit von rund 140 Milliarden Schilling zustande. Der Begriff „ehrliche Politik“ des Bundeskanzlers Vranitzky ist also eine echte Phrase. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Ein weiterer Punkt, die Budgetstruktur: Die Budgetstruktur verschlechtert sich weiter. Der Anteil der öffentlichen Investitionen geht von Jahr zu Jahr weiter zurück. 1970 betrug er 9,1 Prozent, 1987 sind es 5,6 Prozent der Ausgaben. Es steigt der Aufwand für den Schuldendienst; ich werde darauf noch kurz zurückkommen. Wir verzeichnen einen stark steigenden Anteil der Budgetausgaben für die verstaatlichten Betriebe und die verstaatlichten Banken, steigende Haftungsübernahmen des Bundes, einen steigenden Verwaltungsaufwand, steigende Zuschüsse für die Bundesbetriebe, einen rückläufigen Anteil für den produktiven Wirtschaftsbereich. Das sind die Auswirkungen.

Wir sehen, daß zum Beispiel im Jahre 1975 noch 33,7 Prozent der Budgetausgaben für die Förderung des produktiven Wirtschaftssektors verwendet wurden, daß das im Jahr 1986 schon nur mehr 29,6 Prozent gewesen sind und daß sich dieser Prozentsatz laufend deutlich verringert.

Auch der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an den Budgetausgaben wurde seit 1970 halbiert. Waren es 1970 noch 2,45 Prozent der Ausgaben, so sind es 1987 nur mehr 1,32 Prozent. Das heißt, man hat mit der Wirtschaftspolitik die unproduktiven Sektoren unterstützt, die Stützung verschiedener verstaatlichter Betriebe ist ausgedehnt worden auf Kosten des produktiven Sektors der Wirtschaft und auch der Landwirtschaft. Das ist eine Vorgangsweise, die uns in diese großen Schwierigkeiten der letzten Jahre gebracht hat.

Wenn ich zurückblicke auf die Entwicklung in den letzten 16 1/2 Jahren, dann stelle ich fest, daß das Bundesbudget mit Ausgaben im Jahr 1970 von 101 Milliarden und einem Defizit von 7,2 Milliarden im Jahr 1974 auf Ausgaben von 167 Milliarden gestiegen ist, mit 18,4 Milliarden Defizit. Innerhalb weniger Jahre, innerhalb von vier Jahren, sind die Ausgaben im Jahre 1978 auf 265 Milliarden und das Defizit auf 50,6 Milliarden gestiegen. Wieder nach vier Jahren betrugen die Ausgaben des Bundes im Jahr 1982 372 Milliarden, und das Budgetdefizit war 71,9 Milliarden Schilling.

Im Jahre 1984 waren die Ausgaben bereits 435 Milliarden und das Budgetdefizit 90,2 Milliarden. 1986: 495 Milliarden Schilling Ausgaben und das Budgetdefizit 106,5 Milliarden. Und 1987 sind wir bei 508 Milliarden Schilling Ausgaben und einem Budgetdefizit, ausgewiesen mit 113, in Wirklichkeit allerdings mindestens 130 bis 135 Milliarden Schilling.

So war also die Entwicklung innerhalb kurzer Zeit, innerhalb dieses Zeitraumes, ausgelöst durch eine Verschwendungspolitik und eine Ausgabensteigerung in den ersten Jahren nach 1970. (*Abg. Weinberger: Ist es eine Verschwendungspolitik, an die Bauern Pensionen zu zahlen? Die Regierung subventioniert Fleisch und Getreide!*)

Ich erinnere daran, daß damals eine Inflationsrate bis zu 8 Prozent war, daß eine Überhitzung der Konjunktur ausgelöst wurde, daß man verschiedene Produktionen konserviert hat. Ich verweise auf Bundeskanzler Kreisky. Damals hätte man noch Ersatzarbeitsplätze und neue Produktionen schaffen können, das ist damals übersehen worden. Es wurde eine ganze Reihe von ausländischen Arbeitskräften hereingeholt. Es gab eine Überhitzung der Konjunktur, steigende Ausgaben und eine steigende Staatsverschuldung.

Als dann der Ölschock 1974 gekommen ist, ist es in diesem Sinne weitergegangen, und es ist zu einer Explosion der Ausgaben, der Defizite und damit auch der Verschuldung gekommen.

Wir haben all die Jahre darauf hingewiesen, daß man Maßnahmen treffen sollte: Einsparungen, Verringerung der Defizite der Bundesbetriebe, Vorschläge zur Sicherung der Arbeitsplätze, Steuerreformvorschläge und so weiter. Alles wurde von Ihrer Seite abgelehnt. Man hat einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß man eine andere Politik machen muß, wenn man dieses Land nicht in solche Schwierigkeiten bringen will. Das wurde abgelehnt, Sie haben einfach gesagt, was die Österreichische Volkspartei an Vorschlägen macht, interessiert uns nicht! Sogar bis zum Schluß ist es so gewesen, daß Sie immer wieder unsere wirklich sachlichen und fachlich richtigen Vorschläge nicht akzeptiert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bundesbudgets in den vergangenen 16 Jahren ist auch eine eindeutige Entwicklung der Staatsschulden zustande gekommen: die sind ebenfalls explodiert. Ich darf vielleicht nur ganz kurz einige Werte anführen:

Im Jahr 1970 war der Stand der Staatsschulden 47 Milliarden und der Staatsschuldendienst 7,9 Milliarden Schilling. 1974 waren es 63 Milliarden und der Schuldendienst 10,7 Milliarden. 1976, zwei Jahre später, war die Staatsschuld bereits verdoppelt, sie betrug 133 Milliarden, und der Staatsschuldendienst war auf 19,7 Milliarden angewachsen.

13828

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Vier Jahre später, 1980, war die Staatsschuld 261 Milliarden, sie hat sich also verdoppelt innerhalb dieser vier Jahre, und der Staatsschuldendienst betrug 36 Milliarden. 1982 waren die Staatsschulden 341 Milliarden und der Staatsschuldendienst 55,9 Milliarden. 1986 hatte sich die Staatsschuld bereits wieder verdoppelt auf 600 Milliarden, und der Schuldendienst war 82,3 Milliarden.

1987 sind wir bei 682 Milliarden Staatsschuld und bei einem Staatsschuldendienst von 86 Milliarden, wobei zu bemerken ist, daß die Tilgung nicht die vorgesehenen 58 Milliarden, sondern nur — wie im Voranschlag ausgewiesen — 37 Milliarden beträgt. Die Verschiebung von 21 Milliarden Schilling Tilgung im Jahr 1987 wurde nur deshalb vorgenommen, um den Staatsschuldendienst mit 86 Milliarden Schilling zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich diese Zahlen ansieht, dann erkennt man, wie rasch es den Finanzministern Androsch, Salcher, Vranitzky und Lacina gelungen ist, Österreich in eine Verschuldung zu treiben, wie das in keinem anderen Land der Fall ist. (*Abg. Köck: Reden Sie keinen Blödsinn! Beweisen Sie das!*)

Das stimmt! Herr Abgeordneter Köck, wenn Sie nicht lesen können (*Heiterkeit bei der ÖVP*), wenn Sie die Statistik nicht lesen können, dann kann ich Ihnen beim besten Willen nicht helfen. Das sind Daten, die in den Budgets festgehalten sind. (*Beifall und Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Köck! Wollen Sie vielleicht bestreiten, daß in der Zeit der Ministerschaft des Dr. Salcher als Finanzminister, daß in diesen drei Jahren die Neuverschuldung des Staates um 180 Milliarden Schilling gestiegen ist? Das bedeutet im Jahr 60 Milliarden Schilling neue Schulden — dreimal —, das sind 180 Milliarden, das ist in diesen drei Jahren Salcher eingetreten. Das stimmt, das können Sie überall nachlesen. (*Abg. Köck: Was da geschaffen wurde!*)

Herr Abgeordneter Köck! Ich rede nicht davon, ich rede von der Verschuldung, und es ist dafür auch der Zinsen- und Schuldendienst zu leisten. Das müssen wir alle bezahlen, besonders unsere Kinder und Enkel, weil ja auf spätere Jahre umgeschuldet wird.

Herr Abgeordneter Köck! Dem Herrn Finanzminister Vranitzky, der ja mit so großen und grundsätzlichen Versprechungen angetreten ist, ist es gelungen, in zwei Jahren

das Defizit, die Neuverschuldung des Bundes, um 130 Milliarden zu steigern. Er hat den Herrn Salcher in dieser Weise noch überboten und etwas Besonderes „geleistet“, obwohl er uns goldene Berge versprochen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie müssen den Staat mit einem Unternehmen beziehungsweise einem Betrieb vergleichen. Wenn sich ein Unternehmen, ein Betrieb in dieser Weise rapid verschuldet und soviel Zinsenleistungen zu erbringen hat, kann er einfach nicht mehr mitkommen. Sie brauchen sich ja nur die großen verstaatlichten Betriebe anzuschauen, die mit Fremdkapital arbeiten mußten, weil die Eigenkapitalbasis unterhöhlt wurde, die immer mehr auf den Kapitalmarkt gehen mußten, wo die Zinsen solche Belastungen für die Betriebe darstellen, daß sie einfach nicht mehr mitkommen. Genauso ist das auch beim Staat. Wenn wir so große Belastungen aus dem Zinsen- und Schuldendienst mit unseren Steuergeldern finanzieren müssen, dann können notwendige Investitionen und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden. Das ist das Ergebnis einer falschen Politik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nur ein paar Ursachen, die dazu beigetragen haben, daß die Verschuldung so stark gestiegen ist. Die Zuschüsse an die verstaatlichten Betriebe allein betrugen seit 1981 27 Milliarden Schilling. Die Zuschüsse zur Defizitabdeckung der Bundesbahnen von 1970 bis 1985 waren insgesamt 243 Milliarden Schilling, in den letzten fünf Jahren davon allein 114 Milliarden Schilling. Das sind Steuergelder, die aufgebracht werden müssen, die für andere Zwecke nicht verwendet werden können.

Nächster Punkt: Zuschuß an die Länderbank: 3 Milliarden, Zuschuß an die Creditanstalt: 7,8 Milliarden. Trotz eines Mallorca-Paketes mit einer Steuerbelastung der Österreicher von 30 Milliarden sind die Defizite und Staatsschulden explodiert, und auch Herr Bundeskanzler Vranitzky hat keine Budgetsanierung eingeleitet. Es wurde heute schon festgestellt, daß es nur Worte waren, aber leider ist nichts geschehen. Im Gegenteil, die Belastungen, die Neuverschuldung und das Budget sind in ihrer ganzen Struktur noch ungünstiger geworden.

Die Frage: Läßt sich das Bundesbudget noch sanieren? wird heute in der Öffentlichkeit immer wieder gestellt. Ich darf dazu sagen: Es ist sicherlich eine ganz schwierige

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Aufgabe, eine Sanierung unseres Bundesbudgets in Angriff zu nehmen. Aber auf der anderen Seite muß man sagen: Daß es möglich ist, zeigt das Beispiel der deutschen Bundesrepublik. *(Zwischenruf des Abg. Weinberger.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 1982 hat die CDU/CSU-FDP-Regierung eine hohe Staatsverschuldung übernommen, eine jährliche Neuverschuldung von über 60 Milliarden D-Mark, eine Inflation, die zwischen 4 und 5 Prozent lag, eine hohe Arbeitslosigkeit und hohe Budgetdefizite. In den Jahren 1982 bis 1986 ist eine Umkehr gelungen, natürlich mit verschiedenen Härten und Schwierigkeiten. Das ist ja ganz klar, das wird auch bei uns nicht anders sein. Es wurde heute vom Kollegen Taus schon gesagt, daß eine Sanierung, eine Trendumkehr im Budget sicherlich sehr große Probleme und Schwierigkeiten mit sich bringt. Aber man kann doch in dieser Form nicht weitertun, daß wir jedes Jahr noch einmal 60 bis 80 oder noch mehr Milliarden Schilling Neuverschuldung bekommen und damit noch mehr Zinsen und Tilgungsraten zahlen müssen.

Dieser Regierung in Deutschland ist es jedenfalls gelungen, die jährliche Neuverschuldung von über 60 Milliarden auf rund 23 Milliarden D-Mark zu senken, also auf 1 Prozent der Ausgaben, während unsere Neuverschuldung bei 5 Prozent liegt.

Das Budgetdefizit ist stark verringert worden, die Preisstabilität ist erreicht. Die Bundesrepublik hat momentan niedrigere Preise als vor einem Jahr, minus 0,4 Prozent gegenüber 1985, die Staatsausgaben wurden verringert, die Steuerreform mit einem Ausmaß von 20 Milliarden D-Mark wurde durchgezogen, die Kaufkraft der Bevölkerung wurde um 5 Prozent gesteigert, die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr um über 300 000 zurückgegangen.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist also konkurrenzfähig und ist für uns im Grenzgebiet ein großes Problem, denn dort sind die Preise niedriger, dort ist die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wesentlich gestärkt, während bei uns das leider nicht der Fall ist. *(Zwischenruf des Abg. Köck.)*

Wir, die Österreichische Volkspartei, und das geht aus unseren Programmen und aus unserem Steuerreformkonzept hervor, haben ähnliche Prinzipien wie die gegenwärtige Regierung in der Bundesrepublik. Daher ist nach unserem Dafürhalten eine Sanierung des Bundesbudgets aufgrund unserer Vor-

schläge in den nächsten Jahren — natürlich in Etappen — möglich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke nur daran, was in den letzten fünf Jahren von der Österreichischen Volkspartei hier im Hause an Vorschlägen und an Plänen vorgelegt wurde, zum Beispiel der Mock-Plan: So sichern wir die Arbeitsplätze, ein Entschließungsantrag zur Sanierung der verstaatlichten Industrie, ein Antrag zur Sanierung des Staatshaushaltes im Jahr 1983, als man uns vorgeworfen hat, wir wollen Österreich kaputtsparen; ich erinnere nur daran. All die Vorschläge, die wir damals gemacht haben, wären in der Auswirkung positiv gewesen, aber sie wurden von Ihnen abgelehnt.

Der Initiativantrag zur Steuerreform in drei Etappen wurde heute schon vorgestellt. Der Vorschlag zur Sanierung der Bundesbahnen, die Erstellung des Wirtschaftsprogramms der Österreichischen Volkspartei, um nur einige der Initiativen zu nennen, die von der Opposition, die von der Österreichischen Volkspartei vorgebracht wurden. Man hat einfach von der Regierung und von der sozialistischen Fraktion aus und auch von den Freiheitlichen aus für diese Maßnahmen kein Verständnis gezeigt, sondern man hat dies alles grundsätzlich abgelehnt. Dadurch sind wir in noch größere Schwierigkeiten gekommen, als wir es ohnedies schon gewesen sind.

Wir haben ein mehrjähriges Konzept erarbeitet, das eine konsequente Budgetsanierung, eine Steuerentlastung und Steuerreform, eine grundlegende Neugestaltung der Wirtschaftsförderung und eine verstärkte Privatisierung zum Ziele hat. Das sind unsere Vorstellungen, die geeignet wären, das Budget in Ordnung zu bringen, die Defizite abzubauen. Nach meinem Dafürhalten könnte man, würde man einige dieser Vorschläge realisieren, das Budgetdefizit um mindestens 30 bis 40 Milliarden Schilling pro Jahr in den nächsten Jahren senken. Natürlich muß man sich aber zu anderen Grundsätzen bekennen. Man kann nicht einfach im wirtschaftlichen Bereich so weitertun und auf der anderen Seite glauben, man könnte dadurch das Budget sanieren.

Weil der Begriff „Privatisierung“ oder „Teilprivatisierung“ hier angezogen wurde: Wir sind der Auffassung, daß es nicht angeht, daß immer nur Steuergelder in die Betriebe hineinfließen zur Aufstockung des Stammkapitals oder für sonstige Maßnahmen, sondern daß man eben Teile privatisiert und verkauft,

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Anteile verkauft, Aktien ausgibt und auf diese Art und Weise beachtliche Beträge im Budget einspart.

Wir schlagen auch vor, die direkte Wirtschaftsförderung eher einzugrenzen und zu reduzieren, die produktiven Sektoren der Wirtschaft durch gezielte Förderung und Steuerentlastung zu stärken und damit auch die Frage der Arbeitsplätze positiv zu beeinflussen.

Es müssen natürlich auch bei der Bahn und in anderen Bereichen wirtschaftliche Grundsätze einkehren, denn es geht auf die Dauer nicht an, daß solch hohe Beträge laufend aus Steuergeldern abgedeckt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat hierfür ein Beispiel geliefert. Dort ist der Zuschuß zu den Bundesbahnen in den letzten Jahren halbiert worden, während man bei uns immer die gleich hohen Zuschüsse für die Bundesbahnen braucht. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß es möglich ist, etwas zu tun.

Es wird sicherlich auch die Verhinderung von Mißbrauch im sozialen Bereich eine Sache sein, die in einer Budgetsanierung nicht übersehen werden darf.

Nach meinem Dafürhalten könnten wir durch diese Maßnahmen — ich kann sie jetzt im einzelnen nicht aufzählen — das Budgetdefizit um einige Milliarden Schilling verringern. Unser Grundsatz lautet eben: weniger Staat, mehr private Leistung, und diese soll sich wieder lohnen, und zwar in allen Bereichen der Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch noch ein paar Bemerkungen zur Entwicklung der Landwirtschaft seit 1970 bis zum heutigen Tag. Die Landwirtschaft in Österreich hat in diesem Zeitraum einen äußerst starken Strukturwandel erlebt. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in andere Berufe war gewaltig. Die Zahl der Beschäftigten ist im Jahr 1970 von 453 000 Personen auf 288 000 Personen im Jahr 1985 abgesunken, das heißt von 14,5 Prozent auf 8 Prozent. Wir haben eine steigende Mechanisierung in der Landwirtschaft. Die Zahl der Traktoren zum Beispiel ist von 263 000 Stück auf 350 000 Stück gestiegen. Es ist eine gewaltige Steigerung der Produktion und auch der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft eingetreten. Wir konnten eine Steigerung von 100 im Jahr 1970 auf 211 verzeichnen, also um das Zweifache. Es ist in dieser Zeit von der Landwirtschaft alles getan worden, um einerseits Menge und Qualität der Produkte zu steigern und andererseits mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

Es ist zum Beispiel auch der Import von Futtermitteln und Pflanzenfetten von 355 000 Tonnen im Jahre 1970 auf 705 000 Tonnen gestiegen, er wurde also verdoppelt. Es sind riesige Überschüsse bei Getreide, bei Milchprodukten, aber auch bei Vieh und Fleisch dadurch entstanden, daß der Weltmarkt für Agrarprodukte in seiner Preisentwicklung stark sinkende Tendenz gezeigt hat. Die Weltmarktpreise sind gegenwärtig total am Boden, dazu kommt noch ein fallender Dollarkurs, sodaß hohe Stützungsmitel für die Bauern erforderlich sind. Die österreichischen Bauern können aber für diese Entwicklung der Weltmarktpreise nicht verantwortlich gemacht werden, und ich lehne daher den Vorwurf, daß die Bauern aus diesem Titel so viele Subventionen erhalten, entschieden ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in den letzten zehn Jahren eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Der Bauernbund und die Österreichische Volkspartei haben vorgeschlagen, anstelle von Getreide andere Produkte zu erzeugen, die wir derzeit importieren müssen, Produkte, die wir in Österreich brauchen, wie zum Beispiel Raps, Eiweißpflanzen, Biospritmasse, Rohstoffe für die Industrie, Biomasse für die Energie. All diese Vorschläge, die von uns gebracht worden sind, sind von der Regierung, insbesondere aber von Minister Haiden, ständig abgelehnt worden. Wir hätten uns sehr viele Milliarden ersparen können, wenn wir rechtzeitig die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei und des Bauernbundes in der Alternativfrage aufgegriffen hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es war unverantwortlich, welche Schwierigkeiten Minister Haiden durch sein Verhalten insbesondere in der Frage Rapsanbau, aber auch in der Frage Eiweißpflanzenanbau und in der Frage Biosprit und in vielen anderen Belangen gemacht hat. Er hat eigentlich die ganzen Verluste und Schäden, die dadurch für die Bauern, aber auch für die Steuerzahler entstanden sind, zu verantworten. Leider oder, besser gesagt, Gott sei Dank ist er dann von Minister Dr. Schmidt abgelöst worden, der zwar auch kein Freund der Bauern ist, der aber zumindest etwas besser rechnen kann, dem klar ist, daß man, wenn man beim Weizenexport für ein Hektar 15 000 S braucht, mit 7 000 S eine andere Kultur fördern kann, daß das eine bessere Sache ist. Soweit ist es gekommen. Aber ich möchte den Landwirtschaftsminister Schmidt deshalb nicht in

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Schutz nehmen, weil er die ganzen Jahre hindurch als volkswirtschaftlicher Referent des Gewerkschaftsbundes in allen Fonds gesessen ist und sehr weitgehend daran mitbeteiligt war, daß alles blockiert wurde, was gut gewesen wäre.

Ich möchte vorschlagen, die Konzepte, die wir vorgelegt haben, zu verwirklichen, denn damit könnten wir einerseits den Bauern helfen und andererseits sehr viel Geld bei den hohen Exportstützungen sparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zusammenfassend feststellen, daß die sozialistischen und die sozialistisch-freheitlichen Regierungen in den letzten 16 1/2 Jahren das Bundesbudget ruiniert haben. Man kann ruhig sagen: ruiniert haben. Das ist wie in einem Betrieb: Es können die einzelnen Mitarbeiter gar nichts dafür, wenn die Führung schlecht ist, dann kommt es eben zu solchen Entwicklungen. Die Führung im Staate hat die Regierung, und sie ist daher verantwortlich für die katastrophale Situation, in der sich Österreich auf dem Budgetsektor und auf dem wirtschaftspolitischen Sektor befindet. Wenn jemand einen Betrieb ruiniert hat, dann kann man ihn normalerweise nicht mit der Sanierung dieses Betriebes beauftragen. Die Ruinierer sind keine Sanierer. Das wissen wir aus der Wirtschaft, und das trifft offensichtlich auch für den Staat zu.

Wir können sagen, daß wir ein Konzept für eine Verbesserung der Situation haben: Zur Sanierung des Budgets, zur Steuerentlastung, zur Steuerreform, zur Neugestaltung der Wirtschaftsförderung, zur Privatisierung und zur verstärkten Eigentumsbildung.

Die Sanierung des Bundesbudgets ist, wie ich schon gesagt habe, schwierig, aber möglich und im Interesse der Österreicher dringend notwendig. Das Beispiel Bundesrepublik Deutschland zeigt die reale Möglichkeit der Verwirklichung. Nach mehr als zwanzigjähriger Mitarbeit im Finanz- und Budgetausschuß wünsche ich mir, daß die Nationalratswahl am 23. November die so dringende Wende zum Besseren und einen Bundeskanzler Dr. Mock bringt. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.40

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Übleis.

14.40

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. **Übleis:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen

und Herren! Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Zittmayr, jetzt genau aufzupassen, denn ich werde Ihnen viel Freude bereiten, weil ich über die Einsparungen im Straßenbaubereich berichten werde.

Bevor ich aber auf den Budgetentwurf des Jahres 1987 eingehe, darf ich einen kurzen Rückblick auf die gegenwärtige Budget- und Auftragssituation des Bautenministeriums machen.

Bei der Behandlung des Bautenbudgets für das heurige Jahr im Nationalrat am 29. November 1985 wurde von der ÖVP kritisiert, daß die Budgetansätze niedriger seien als 1985 und mit einem Rückgang der bauwirksamen Investitionen gerechnet werden müsse. Völlig unverständlich für mich angesichts der von der Öffentlichkeit immer wieder geforderten höheren Spargesinnung der öffentlichen Hand hat die ÖVP meine im Voranschlag zum Ausdruck kommende Sparpolitik lautstark verurteilt.

Meine mehrfachen Hinweise, daß die Investitionen des Bautenministeriums nur zum Teil aus Mitteln des Budgets bedeckt werden und ein Großteil über den Kreditmarkt direkt finanziert wird, sodaß die Investitionen 1986 höher sein werden als 1985, hat die Oppositionspartei entweder nicht zur Kenntnis nehmen wollen, oder sie wollte die Menschen in diesem Lande durch gezielte falsche Aussagen verunsichern. *(Abg. Dr. Steidl: Herr Minister! Sie sprechen von der Regierungsbank aus! Keine Polemik!)* Fast ein Jahr später, nämlich heute, kann ich mit Befriedigung und Genugtuung feststellen, daß meine optimistischen Aussagen in der Praxis noch bei weitem übertroffen wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden heuer im Bundeshochbau, im Bundesstraßenbau an Förderungsmitteln im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds und an Bundeswohnbauförderungsmitteln mit insgesamt rund 49,5 Milliarden Schilling um 5,1 Prozent mehr ausgeben als 1985. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Wie namhafte Experten aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut und aus den Baufachverbänden, somit auch aus der ÖVP nahestehenden Institutionen, bestätigen, werden wir heuer mit rund 3 bis 3,5 Prozent das größte Wachstum der Bauwirtschaft seit Jahren haben. Wir haben erstmals seit 1978 wieder einen Zuwachs an Bauarbeitern von 1,5 Prozent. Es gibt derzeit keine Baufacharbeiter und Maurer, weil die Baufirmen voll ausgelastet sind.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Das, bitte, waren Ihre Befürchtungen, die in keiner Weise eingetreten sind. Im ersten Halbjahr 1986 sind die Umsätze in der Bauwirtschaft um 8,4 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ich könnte noch einige Fälle aufzählen, die mit aller Klarheit beweisen, daß es der Bauwirtschaft gutgeht und daß Ihre Bedenken und Ihre Einwendungen, daß dieses Sparbudget zu geringeren Investitionen führt, nicht eingetreten sind, meine Damen und Herren.

Der gegenwärtige Auftragsstand des Bau-
tenministeriums, übrigens der höchste überhaupt, von 38,8 Milliarden Schilling sowie zahlreiche Maßnahmen, die gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Bauunternehmungen, aber auch mit den Gewerkschaften entwickelt wurden, wie etwa die eingeleitete Winterbauinitiative, die vergabepolitischen Maßnahmen, die das oft kritisierte Vergabeverfahren transparenter gestaltet haben, sind Zeichen einer hervorragenden und erfolgreichen Zusammenarbeit der Unternehmungen und der öffentlichen Hand, und ich bin fest davon überzeugt, daß diese Zusammenarbeit zum Wohle aller Österreicher fortgesetzt werden wird. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben die Planungen für die Aufgaben der nächsten Jahre bereits in Angriff genommen. Ich darf folgende Schwerpunkte herausgreifen, die alle aufgrund dieses Budgets, das von Ihnen kritisiert wurde, verwirklicht werden können: Die von der Bundesregierung Anfang 1985 beschlossenen Maßnahmen zur Reinhaltung unserer Fließgewässer sind voll angelaufen, wobei die gezielte Förderung kleinerer Gemeinden und der Betriebe der Papier- und Zelluloseindustrie Vorrang hat.

Der Entwurf des neuen Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen ist fertig und wird zu Beginn der neuen Legislaturperiode dem Parlament zugeleitet werden. Wichtigster Inhalt: eine Reduzierung der Grenzwerte bei allen Staub-, Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen und die Verpflichtung zur Anpassung der Anlagen an den jeweiligen Stand der Technik.

Aber wir haben auch in der Vergangenheit nicht geschlafen. Es kam die zweite Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz, und diese hat bereits strenge Begrenzungen der Schadstoffe gebracht. Die mit 1. Jänner 1985 eingeleitete Reform des Wohnbauförderungssystems wird in Zusam-

menarbeit mit den Ländern und Gemeinden fortgesetzt.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Stadt- und Dorferneuerung. Bisher haben bereits 50 Gemeinden mehr als 250 Millionen an Förderungsmitteln erhalten. Die Renovierung der wichtigsten Kulturbauten in Österreich, die nicht zuletzt im Interesse unseres Fremdenverkehrs liegt, ist voll angelaufen.

Eine moderne Straßenbaupolitik nimmt vorrangig auf den Menschen, nicht nur auf den Autofahrer, sondern auch auf den Fußgänger und Radfahrer, und auf die Belange des Umwelt- und Naturschutzes Rücksicht. Abschluß des Ausbaus der Autobahnen und Schnellstraßen im Jahre 1993, ansonsten weniger neue Straßen, dafür aber mehr Ortsumfahrungen und Maßnahmen, die die Sicherheit auf Österreichs Straßen erhöhen: das sind unsere Schwerpunkte.

Mittelfristige Sonderprogramme sollen die Verwirklichung sicherstellen. Ich darf hier erinnern: Wir verwirklichen gegenwärtig ein neues Radwegekonzept. Wir werden im nächsten Jahr 40 bis 50 Millionen ausgeben. Es gibt ein Konzept zur Sanierung der Autobahnen ohne Baustellen im Sommer und mit weniger Baustellen als bisher im Frühjahr und Herbst. Es gibt mehr Lärmschutzeinrichtungen. Es gibt mehr Mittel für Wildzäune.

Es gibt eine forcierte Zusammenarbeit zwischen Straße und Schiene zur Beseitigung der niveaugleichen Kreuzungen von Schiene und Straße. Die hunderttausend Pendler wissen ein Lied davon zu singen, wenn sie an der Kreuzung warten müssen und zu spät zur Arbeit kommen. Es gibt eine enge Kooperation zwischen Fremdenverkehr und Straße, und wir arbeiten derzeit an einem Programm zur Beseitigung der hundert unfallträchtigsten Straßenstücke in Österreich.

Meine Damen und Herren! Diese Reformen, von denen ich nur die wichtigsten aufgezählt habe, werden zügig und unbürokratisch im Interesse unserer Wirtschaft, aber auch zum Wohle unserer Mitbürger verwirklicht werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn von der Opposition — der Herr Abgeordnete Zittmayr hat es ja gerade wiederholt — immer wieder der Vorwurf einer mangelnden Spargesinnung gemacht wird, so kann ich diesen Vorwurf aus der Sicht meines Ressorts mit nüchternen Zahlen zurückweisen. Ich habe in meiner Amtszeit im Bereich des Bundesstraßenbaues durch direkte Eingriffe in

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

vorliegende Planungen von Autobahnen und Bundesstraßen beim Bau von Straßenmeistereien, die ja in der Vergangenheit viel zu groß gebaut wurden, sowie im Erhaltungsbereich 4,5 Milliarden Schilling eingespart beziehungsweise die vorgesehenen Investitionen gekürzt.

Bei dieser Gelegenheit muß auch die Novelle zum Bundesstraßengesetz erwähnt werden, mit der wir insgesamt etwa 670 km Schnellstraßen und Bundesautobahnen gestrichen haben, was wieder dazu führt, daß bereits die Weichen für eine sparsame Politik in den nächsten Jahren gestellt worden sind, weil wir ansonsten 40 Milliarden Schilling hätten ausgeben müssen. Die von mir eingesetzte Abteilung Revision und Kontrolle hat 200 Millionen eingespart. Aus der Überprüfung der Planungen der Bundeshochbauprojekte sind 423 Millionen eingespart worden.

Eines ist wichtig, bei dieser Gelegenheit zu betonen: daß diese Mittel der Wirtschaft nicht verlorengehen. Es können damit zahlreiche andere, kleinere Projekte durchgeführt werden, die besonders den Klein- und Mittelbetrieben draußen in den Regionen Aufträge in Zukunft sichern.

Und noch eines, meine Damen und Herren: Wenn es einem mit der Budgetkonsolidierung ernst ist, dann muß man auch den Mut aufbringen, auf der Ausgabenseite zu sparen. Neue Belastungen sind sicher nicht das, was sich der Österreicher wünscht oder was ihm zugemutet werden kann. Das hat der Herr Bundeskanzler ja eindeutig bereits mehrmals festgestellt.

Ich stehe voll zum Prinzip der Sparsamkeit, und damit komme ich zum Budget 1987 und zu den für mein Ressort vorgesehenen wesentlichen Budgetansätzen.

Für den Bundeshochbau stehen mit 5 738 Millionen um 11,5 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Das ist richtig, das muß zugegeben werden. Aber es kommen weitere 3,7 Milliarden für Bauträgerbauten dazu, sodaß es zwar zu Einsparungen wird kommen müssen, aber es wird unser Bemühen sein, durch sparsamen Abbau, durch Reduzierung der Raumprogramme die vorgesehenen Projekte zu verwirklichen.

Im Bundesstraßenbau wird es durch eine in Aussicht genommene Umschichtung von rund 1,4 Milliarden Schilling zur Finanzierung anderer Verkehrsprojekte zu einer Verringerung der Budgetansätze um etwa 4,7 Prozent

kommen, das sind 770 Millionen. Aber in Wirklichkeit werden wir gleichbleibende Investitionssummen haben, und zwar deshalb, weil die Mineralölsteuer sich sehr positiv entwickelt, weil heuer bereits an die 200 Millionen Schilling Mehreinnahmen zu erwarten sind, die einer Rücklage zugeführt werden. Im nächsten Jahr kommen weitere 200 Millionen dazu, sodaß wir damit bereits 400 Millionen aufgeholt haben.

Die Mauteinnahmen sind gestiegen; ich rechne hier mit 200 bis 300 Millionen Mehreinnahmen. Somit sind wir schon bei 700 Millionen. Und die gesunkenen Bitumenpreise bringen heuer und im nächsten Jahr Einsparungen von 100 Millionen.

Das heißt also, es wird nicht weniger Geld zur Verfügung stehen. Aber Sie kritisieren ja immer sofort. Ein Anruf bei mir hätte Sie belehrt, wie es wirklich aussieht, meine Damen und Herren. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das muß ich deshalb sagen, um der Bauwirtschaft die Sicherheit zu geben, daß sie keine Ängste zu haben braucht, daß die Bauarbeiter nicht fürchten müssen, daß sie ihre Arbeitsplätze verlieren.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, den vielen Hunderttausenden Arbeitskräften in der Bauwirtschaft herzlich zu danken. Ich hoffe, daß der Winter nicht so streng sein wird und ihre Arbeitslosigkeit heuer um vieles geringer sein wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es gibt aber auch weitere Sparmaßnahmen bei der Straßenerhaltung. Das alles zusammen trägt dazu bei, daß eine kontinuierliche Auftragsvergabe an die Bauwirtschaft sichergestellt werden wird. Jeder Österreicher, der sich für eine schrittweise Verlagerung des Straßengütertransitverkehrs von der Straße auf die Schiene einsetzt — das ist sicher die überwältigende Mehrheit aller Österreicher —, wird daher eine bessere Dotierung der Schieneninvestitionen voll unterstützen und voll begrüßen. Letzten Endes ist in jedem Wahlprogramm diese Forderung enthalten. Speziell die Tiroler wissen ein Lied davon zu singen, wie notwendig es ist, daß die Brennerstraße in Zukunft vom Lkw-Transitverkehr entlastet wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber das Bautenministerium hat nicht nur den Bundesstraßenbau zu betreuen. Wir haben auch andere sehr wichtige Bereiche, zum Beispiel den Wasserwirtschaftsfonds. Hier stehen im nächsten Jahr 6,4 Milliarden Schilling, um 6,7 Prozent mehr Mittel als heuer, zur Verfügung. Man kann nicht nur

13834

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

immer einen Gegenstand herausgreifen und das Bautenministerium kritisieren, daß es weniger Mittel zur Verfügung stellt. Es wird ja nicht alles über das Budget finanziert.

Die Bundesmittel für die Wohnbauförderung werden von heuer auf nächstes Jahr um 2,2 Prozent auf 17 Milliarden Schilling erhöht. Meine Damen und Herren, das ist ein weiterer Effekt für die Bauwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei dieser Gelegenheit — wenn kritisiert wird, daß das Bautenbudget um rund 5 Prozent geringer geworden ist — darf ich aus einer oberösterreichischen Zeitung zitieren, daß die Landesregierung Ratzenböck wird sparen müssen und daß dort um 10 Prozent weniger Mittel im nächsten Jahr zur Verfügung stehen. Das heißt, der Bund ist bei weitem nicht so investitionsfeindlich wie die ÖVP-Landeshauptleute, um nur einen herauszugreifen. *(Abg. Staudinger: Herr oberösterreichischer Minister, bitte schön, das ist die Sperre von 10 Prozent der Ermessenskredite! Das wissen Sie ganz genau! Ein oberösterreichischer Minister!)*

Es werden weniger Landesstraßen gebaut. Es werden die Zuschüsse für den Kläranlagenbau geringer. Gerade als Oberöreicher habe ich die oberösterreichischen Zeitungen sehr genau gelesen. Es ist eine eindeutige Aussage, daß das Land sparen wird und daß der Bund wieder in Vorlage wird treten müssen, um die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend beweist diese Detaildarstellung des Bautenbudgets, daß das Budget des Bautenministeriums im Jahre 1987 zwar den Intentionen der Bundesregierung nach mehr Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit voll gerecht wird, aber die notwendigen Impulse für die Bauwirtschaft spürbar wirksam werden. Realistische und ehrliche Zahlen wünscht sich die Österreichische Volkspartei. Meine Zahlen sind realistisch und ehrlich. Wir brauchen daher keinen neuen Budgetentwurf. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)* 14.56

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. *(Abg. Steinbauer: Einen neuen Entwurf wollen wir ohnehin nicht, ein richtiges Budget wollen wir!)*

14.56

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Minister Übleis, Sie kritisie-

ren, daß Oberösterreich im Budget sparen möchte, und Sie sagen dazu, daß der Bund einspringen muß. Erinnern Sie sich noch an den Herrn Altkanzler Kreisky, der gewisse Bauvorhaben dem Land zugebilligt und gesagt hat: Aber 50 Prozent davon muß das Land bezahlen, dann zahlt der Bund dazu! Und jetzt muß eben das Land verschiedene Aufgaben an den Bund zurückgeben.

Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich ja „meine Damen und Herren der Regierung“ sagen. In Wirklichkeit, habe ich festgestellt, muß man eigentlich sagen „meine Damen und Herren der Reagierung“. Denn gäbe es kein Steuerkonzept der Österreichischen Volkspartei, kein Beschäftigungskonzept der Österreichischen Volkspartei, kein Privatisierungskonzept der Österreichischen Volkspartei und kein Demokratisierungskonzept der Österreichischen Volkspartei, dann wüßte ich nicht, meine Damen und Herren der beiden Fraktionen, der sozialistischen und der freiheitlichen Fraktion, worüber Sie dann zu sprechen hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn zum Budget beziehungsweise zu den von uns kritisierten falschen Zahlen hat der Herr Bundeskanzler nichts gesagt. Der einzige, der etwas dazu gesagt hat, war der Herr Finanzminister. Aber kein einziger Abgeordneter ... *(Abg. Weinberger: Haben Sie den Bautenminister jetzt nicht gehört?)*

Herr Kollege Weinberger! Das Budget des Herrn Bautenministers haben wir ja nicht kritisiert, sondern die falschen Zahlen — ich möchte sie in Erinnerung rufen — bei den Ansätzen für die Beamtengehälter, bei den Bundesbahnen, bei der Haftung des Bundes und auch beim Straßenbau, bei der Mineralölsteuer, beim Familienlastenausgleich, bei der Landwirtschaft und bei den Förderungen, die die verstaatlichte Industrie noch braucht. Herr Kollege Weinberger, das nur zur Erinnerung.

Nur hat es bis jetzt kein Abgeordneter der Sozialistischen oder der Freiheitlichen Partei der Mühe wert gefunden, zu diesen von uns kritisierten Zahlen Gegenbehauptungen aufzustellen. Vielleicht macht es noch der Herr Kollege Cap, aber es wäre mir neu, daß er sich mit Budgetzahlen und Details so auseinandersetzt. Ich kenne ihn von einer anderen Seite her, nicht so ins Detail gehend, aber vielleicht überrascht er uns heute damit.

Meine Damen und Herren! Was mir besonders aufgefallen ist: Der Herr Bundeskanzler

Ingrid Tichy-Schreder

hat sich hier mit unserem Steuerreformkonzept auseinandergesetzt, der Herr Kollege Nowotny hat sich ebenfalls damit auseinandergesetzt. Das ist wirklich interessant, denn die Regierung hat in ihrer Regierungserklärung 1983 eine Steuerreform versprochen, aber sie immer wieder aufgeschoben. Es gab Kommissionen im Finanzministerium. Steuerreformkommissionen, zwei, drei dicke Wälzer, aber herausgekommen ist nichts.

Wir aber legen ein Konzept vor, wie es wirklich zu machen ist. Das stört Sie, und darum sind Sie auf unser Steuerreformkonzept eingegangen, was ja für uns eine Freude ist, weil Sie mit nichts anderem kontern können, weil Sie nicht wissen, wie der neue Weg in Österreich, der plakatiert wird, auch wirklich vorstatten gehen soll.

Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen — das möchte ich schon sehr stark kritisieren — unter anderem gesagt, er könne sich nicht vorstellen, wie die andere Politik in diesem Land aussieht. Er hat alles negativ beurteilt, hat aber dann später gesagt, daß Österreich einen Modernisierungsschub in wesentlichen Bereichen der Gesellschaft brauche. Diese Aufgabe, sagte er, werde die Bereitschaft zur Mitarbeit all jener brauchen, denen es tatsächlich um dieses Land geht.

Meine Damen und Herren! Zuerst wird die andere Politik der Österreichischen Volkspartei angegriffen, man zeigt sich darüber erhaben, und dann sagt man, man brauche die Bereitschaft zur Mitarbeit, weil es um dieses Land geht.

Herr Zentralsekretär Keller wieder sagte am 23. Oktober in einer Aussendung der „sozialistischen korrespondenz“ über die Einberufung der Sondersitzung: Diese Vorgangsweise erweckt den Verdacht des Mißbrauchs eines parlamentarischen Minderheitsrechtes und zeigt einmal mehr, daß der ÖVP im Wahlkampf jedes Mittel recht ist, indem sie parteipolitischen Aspekten Vorrang vor gesamtpolitischen, das Staatsganze umfassenden Überlegungen einräumt, schloß Keller.

Meine Damen und Herren! Wer denkt denn an die Staatspolitik, an das gesamte Land, an die Interessen der Bürger in diesem Lande? Es ist die Österreichische Volkspartei! Denn wir denken an das Geld der Bürger, wir denken an das Budget. Um das Budget geht es, um das Steueraufkommen der Bürger. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) — Sie lachen. Ich möchte Ihnen etwas dazu sagen, meine Damen und Herren. Es gibt einen Ausspruch

von Milton Friedman, der meinte, es gebe vier Arten, das Geld auszugeben.

Erstens: Man gibt sein Geld für sich selber aus. Dabei ist man besonders sparsam.

Zweitens: Man gibt sein Geld für andere aus. Dann werden die Menschen schon großzügiger.

Drittens: Man gibt fremdes Geld für sich aus. Da fallen schon die meisten Schranken.

Viertens: Man gibt fremder Leute Geld für andere aus. Da gibt es dann kein Halten.

So ähnlich stellt sich mir Ihr Vorwurf des Mißbrauches des Parlaments dar.

Wissen Sie, welchen schweren Vorwurf Sie hier so einfach in den Raum stellen? Es geht um das Geld der Bürger. Wir haben nachgewiesen, durch Sie nicht widerlegbar, daß die Budgetziffern falsch sind! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie gehen aber ganz einfach darüber hinweg und sagen, diese Sondersitzung ist ein Mißbrauch. Ich finde, Sie gehen mit dem Geld des Bürgers fahrlässig um, und das bedrückt mich.

Mich berührt auch das Verhalten des Herrn Bundeskanzlers etwas eigenartig, der des weiteren ausführte, es würde im Parlament harte Auseinandersetzungen geben, aber wir sollen darauf Rücksicht nehmen, daß gerade heute in Wien ein Treffen stattfindet, bei dem es um Sicherheit und Frieden in der Welt geht. Das sollte man auch in der österreichischen Innenpolitik berücksichtigen, ja er spricht sogar von den trüben Tönen des Gegensatzes.

Meine Damen und Herren! Da sieht man, wie Sie als Sozialisten denken. Sie können eine Konfrontation, eine ehrliche Sachauseinandersetzung nicht vertragen. Sie sind der Auffassung, es gibt nur einen Weg, Ihren, den sozialistischen Weg. (*Abg. Parnigoni: Der ist ja richtig!*) Das kann Ihre Meinung sein, ohneweiters, aber Sie sollten akzeptieren, daß es auch einen anderen Weg gibt, Sie sollten sich mit diesem anderen Weg auseinandersetzen, denn dieser Weg ist ein guter Weg, es ist nämlich der Weg, den die Österreichische Volkspartei vorschlägt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es tut Ihnen ja so besonders weh, daß wir Konzepte haben, die Sie nicht anbieten können, die der Herr Bundeskanzler in seiner heutigen Erklärung nicht anbieten konnte, die auch im Budget nicht zum Ausdruck kommen, sondern Ihnen geht es darum, weitere

13836

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Ingrid Tichy-Schreder

Defizite fortzuschreiben, weitere Verschuldungen vorzunehmen. Das ist das besondere Problem, denn Herr Klubobmann Wille hat gesagt, eine Staatsverschuldung von 45 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ist im Vergleich zu anderen Industrieländern nicht zu hoch.

Meine Damen und Herren! Wie schaut die Struktur der anderen Industrieländer aus, mit denen er uns verglichen hat, die der Bundesrepublik Deutschland, der USA? Wir in Österreich haben eine Klein- und Mittelbetriebsstruktur. Die Klein- und Mittelbetriebe waren ja in den letzten Jahren die Arbeitsplatzsicherer, die Arbeitsplatzschaffer. Trotz dieser Klein- und Mittelbetriebe haben Sie in den letzten Jahren die Staatsverschuldung vorangetrieben in einem exorbitant rasanten Ausmaß, in einem Ausmaß, das besonders bedenklich stimmt, zu dem man im Interesse der österreichischen Steuerzahler nicht schweigen kann.

Ich denke an die Leistungen dieser kleinen und mittleren Betriebe in Österreich und ich denke daran, wie stiefmütterlich sie von Ihnen im Budget behandelt werden. Diese Betriebe bis zu hundert Beschäftigte stellen zwei Drittel aller Arbeitsplätze in Österreich. 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden von den Klein- und Mittelbetrieben erwirtschaftet, 75 Prozent aller Ausbildungsplätze stellen die Klein- und Mittelbetriebe, und 80 Prozent aller steuerpflichtigen Umsätze werden von Klein- und Mittelbetrieben getätigt. Sie zahlen auch zwei Drittel aller Steuern und Abgaben. Darüber hinaus, und das ist besonders interessant, haben sie in den letzten zehn Jahren 170 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Und wie behandeln Sie diese Klein- und Mittelbetriebe im Budget? 86 Prozent aller Investitionen kommen Großbetrieben zugute, nur 14 Prozent den Klein- und Mittelbetrieben.

Meine Damen und Herren! Hätten Sie, wie wir es seit Jahren fordern, diese Klein- und Mittelbetriebe wirklich im gleichen Ausmaß gefördert wie die Großbetriebe und die verstaatlichte Industrie, dann würde Österreich ganz anders als jetzt dastehen. Darum brauchen wir in Österreich unbedingt eine Wende zum Besseren (*Beifall bei der ÖVP*), eine Wende zum Besseren speziell für die Klein- und Mittelbetriebe und deren Mitarbeiter, denn diese werden zum Großteil von den Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt.

Herr Klubobmann Wille hat auch gesagt, er mußte dem „Kleinen Volksblatt“ entnehmen, daß die Österreichische Volkspartei in bezug auf den Embryo-Transfer einen Antrag gestellt hat, der von Ihnen abgelehnt worden ist.

Ich kann Ihnen dazu folgendes sagen: Wir haben einen diesbezüglichen Initiativantrag im Jahre 1985 eingebracht, der noch im Ausschuß liegt, weil Sie alle unsere Vorschläge, alle unsere Initiativen einfach liegenlassen. Das ist nicht nur bei diesem Antrag so. Sie warten, bis Sie selbst etwas gebastelt haben, schreiben teilweise von uns ab und sagen dann, das stammt von Ihnen. Bis heute ist das nicht erledigt worden, weil Ihr Konzept nicht fertig ist.

Das war auch der Fall beim Wochengeld für die Unternehmerinnen und Bäuerinnen. Sie haben zuerst unseren Antrag liegengelassen und sich dann großzügig herabgelassen, unsere Vorstellungen auch zu realisieren. Aber erst dann, als Ihr Konzept erarbeitet war.

Interessant war für mich noch: Herr Klubobmann Frischenschlager sprach von einer Scheindebatte, von einem Wahlkampftheater. Auf der anderen Seite gab er aber zu, daß die Auseinandersetzung über das Budget hier im Hause stattfinden soll, er gab zu — und das war für mich sehr interessant —, daß er alle Punkte des Abgeordneten Dr. Taus voll akzeptieren könne. Dann sagte er etwas, was für mich neu war: daß die Verhandlungen zum Budget ja noch gar nicht abgeschlossen waren, als es vom Ministerrat verabschiedet wurde, er sagte, daß im Verteidigungsressort die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Trotzdem haben die Freiheitlichen in der sozialistisch-freiheitlichen Regierung zugestimmt.

Auf der einen Seite gibt die FPÖ die Fehler im Budget zu, sie sitzt aber seit drei Jahren in Regierungsverantwortung und trägt die Verantwortung mit. Auf der anderen Seite sagt sie, die Budgetverhandlungen waren noch nicht abgeschlossen, trotzdem stimmt sie zu, denn sonst wäre ein Chaos entstanden.

Sie wissen alle ganz genau, daß dieses Chaos nicht entstanden wäre, denn für einen solchen Fall sieht die Verfassung Regelungen vor. Aber wenn es Änderungen gibt und wir in der Wahlkampfzeit eine Sondersitzung beantragen, dann regen Sie sich auf.

Meine Damen und Herren! Können Sie sich

Ingrid Tichy-Schreder

nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, nach dem Buchstaben der Verfassung richten? Jede kleine Änderung bringt Sie aus dem Gleis. Das war heute typisch, Sie waren ganz konsterniert und sprachen vom Mißbrauch des Parlamentes. Es ist ja unglaublich, daß Sie diese Worte in den Mund nehmen. Diese Arroganz der Macht, die Sie zeigen, das ist das Furchtbare, was mich so erschüttert, ich hätte das nicht geglaubt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist mir heute vom Herrn Bundeskanzler so deutlich vorgeführt worden, auch von seinen Kollegen, daß ich mir gedacht habe, es darf doch nicht wahr sein, wie Sie mit der Opposition umgehen, daß sie sagen, nur Sie wissen es am besten, andere hätten dem nichts Entsprechendes entgegenzuhalten.

Zur Erinnerung bezüglich der Arbeitslosenzahlen. Wir haben Jahre hindurch im Ausschuß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gearbeitet. Wir konnten uns beim letzten Mal nur auf einen kleinen gemeinsamen Nenner einigen, weil Sozialminister Dallinger und die sozialistische Fraktion mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden waren.

Wir haben erst am 25. Juni wieder einen Antrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Hause eingebracht. Was haben Sie damit gemacht? Abgelehnt haben Sie ihn! Sie geben sich ganz einfach mit diesen Arbeitslosenziffern zufrieden. Das stört mich, und das stört die Österreichische Volkspartei. Denn man kann nicht junge Leute so vor der Tür stehen lassen, sondern man muß sich um sie bemühen. Aber Sie haben jedes Bemühen abgelehnt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darum kann ich nur eines sagen: Im Interesse der Österreicher ist es von unbedingter Notwendigkeit, daß wieder mehr Freiraum in unserer Politik Eingang findet, und zwar mehr Freiraum mit einer Entbürokratisierung, mit einer Steuervereinfachung, eben mit einer Steuersenkung, einer unbedingten Steuertarifsenkung, damit sich jeder Österreicher auch besser ausrechnen kann, wofür er Steuer zahlt und wieviel Steuer er zahlt. Das ist ein wesentlicher Punkt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist unser Beschäftigungskonzept, in dem wir mehr Freiräume geben, mehr Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, Förderung im gleichen Ausmaß wie für Großbetriebe. Keiner soll bevorzugt werden. Darum geht es uns.

Uns ist es wichtig, daß für die Österreicher in diesem Land, für die Arbeitnehmer, die

jetzt arbeitslos sind, in Zukunft wieder ein Arbeitsplatz mit einer österreichischen Wirtschaftspolitik, die von der Österreichischen Volkspartei angeführt werden soll, gewonnen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{15.12}

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Lacina.

^{15.12}

Bundesminister für Finanzen Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Taus hat sich dazu bekannt, kein Fan dieser Sitzung zu sein. Ich darf meine volle Übereinstimmung mit ihm in dieser Frage hier feststellen. *(Abg. Vetter: Das glauben wir Ihnen!)* Ich glaube jedoch nicht, daß das eine Frage der Arroganz der Mächtigen ist. Ich glaube auch, daß weder er diese Skepsis aus Arroganz heraus geäußert hat, noch daß sie hier unterstellt werden soll, sondern es geht einfach darum, daß sachliche Fragen — das war ja zu erwarten — mitten in einem Wahlkampf nicht ohne weiteres sehr sachlich diskutiert werden.

Herr Abgeordneter Taus! Sie haben einen schweren Vorwurf erhoben, nämlich den, daß die Regierung zu viel gearbeitet hat, und zwar insofern, als sie den Budgetentwurf vorgelegt hat. Herr Abgeordneter Taus! Ich darf Sie an folgendes erinnern: Die Regierung ist nach dem Bundes-Verfassungsgesetz dazu verpflichtet, bis spätestens zehn Wochen vor Beginn des Budgetjahres einen Budgetentwurf dem Nationalrat vorzulegen. Und das hat sie auch getan. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Das ist die Pflicht der Regierung, die verfassungsmäßige Pflicht der Regierung. *(Abg. Dr. Taus: Sie hätten ja zurücktreten können! Einfachste Methode! — Abg. Graf: An Rücktritt denkt kein Mensch!)*

Und was die Frage der Veränderung des Budgetentwurfes betrifft, möchte ich das etwas ausführlicher darstellen, was auch Herr Abgeordneter Wille hier bereits vor dem Hohen Haus zitiert hat. Es hat hier schon einmal eine Diskussion gegeben — diese Diskussion stammt aus dem Jahr 1967 — über die Frage des Budgets und über die Frage von Veränderungen des Budgets. Ich will jetzt gar nicht auf das Materielle eingehen — ich werde dann später noch dazu kommen —, aber ich darf hier doch zitieren aus einer Antwort des Herrn Bundeskanzlers Klaus. *(Abg. Dr. Mock: 20jährige Argumente brauchen Sie! — Abg. Graf: Die Argumente sind wahnsinnig „frisch“, Herr Minister! 20 Jahre ist ganz nett! — Abg. Schwarzenber-*

13838

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

ger: 20 Jahre und kein bißchen weise! — Abg. Dr. Mock: So gut sind wir! Herr Präsident! Die Verfassung ist noch älter. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stehe nicht an zu sagen, daß im Jahre 1967, also vor rund 20 Jahren, auch der Herr Bundeskanzler Klaus etwas Richtiges gesagt hat. Herr Präsident Graf, auch der historischen Wahrheit sollte hier zum Durchbruch verholfen werden. *(Abg. Graf: Aber nicht nur der historischen!)* Nein, nein! Aber auch der. Herr Präsident! Ich komme schon wieder zur Gegenwart, keine Angst. Allerdings wir haben noch immer dieselbe Verfassung, Gott sei Dank.

Ich darf also zitieren:

„Während es der Bundesregierung im allgemeinen völlig freisteht, ob und in welchem Zeitpunkt sie im Nationalrat eine Regierungsvorlage einbringen will, wird das Verhalten der Bundesregierung hinsichtlich der Einbringung des Bundesvoranschlages im Art. 51 der Bundesverfassung genau und abschließend geregelt. Die Entscheidungsfreiheit der Bundesregierung in Angelegenheiten des Bundesvoranschlages ist also durch den Art. 51 Bundes-Verfassungsgesetz im Gegensatz zur sonst allgemein geltenden Verfassungsrechtslage stark eingeschränkt, vor allem durch Setzung einer Frist für die Einbringung des Bundesvoranschlages.“ — Von der habe ich gerade gesprochen. — „Die Setzung dieser Frist kann nur bedeuten, daß die Bundesregierung nach ihrem Ablauf in Angelegenheiten des Bundesvoranschlages keine verfassungsmäßigen Akte mehr zu setzen vermag. Mit der fristgerechten Einbringung ist die Verfügungsmacht der Bundesregierung über den Voranschlag, mit anderen Worten: über die Regierungsvorlage des Bundes-Finanzgesetzes erloschen.“

Ich habe das nur zitiert, weil ich glaube, daß diese Rechtsmeinung, die 1967 damals vom Bundeskanzler Klaus geäußert wurde, bekannt sein soll.

Der Herr Abgeordnete Taus — und jetzt komme ich schon zur Gegenwart, Herr Präsident *(Abg. Graf: Ich genieße Ihre Ausführungen!)* —, der Herr Abgeordnete Taus hat von der Notwendigkeit eines Kassensturzes gesprochen. Ich darf in diesem Zusammenhang folgendes zitieren — wenn wir schon diese Sitzung haben, dann soll diese gleich dazu dienen, einige Richtigstellungen vorzunehmen — aus einem bunten Faltprospekt, den ich in die Hand bekommen habe. Es heißt

„Österreichportrait“ und beginnt mit der Feststellung, daß Alois Mock Zwilling ist.

Aber es geht weiter, und hier steht folgendes: „Mit 1 049 Billionen Schilling Staatsschulden in Österreich ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* ... 1 049 Billionen. Das Problem ist, wenn man sich einer ausländischen Werbeagentur bedient, sollte man Milliarden und Billionen möglichst in Einklang bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es ist hier ... *(Abg. Dr. Lichal: Schwach! — Abg. Dr. Taus: Der Finanzminister hat nichts zum Budget zu sagen!)* ... der Faktor Tausend ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie können es gerne lesen. Sie haben es in großer Auflage verteilen lassen. Um den Faktor Tausend stimmt es bloß nicht.

Aber ich stehe nicht an zu sagen, daß Sie in einem anderen Faltprospekt — Sie kennen es auch — dann die richtigen Zahlen bekanntgeben. Dort sind es nämlich nur 600 Milliarden Schilling. Also auch nicht 1 049 Billionen. *(Abg. Brandstätter: Nur!)* Ja, „nur“ gegenüber 1 049 Billionen. Also ich muß schon sagen, das ist ein beachtlicher Unterschied, der dort entstanden ist.

Zu den Zahlen nur, weil hier irgendwann einmal, glaube ich, von „Hausnummern“ gesprochen wurde. Ich glaube, die „Hausnummern“, die es hier gibt in diesem Kassensturz ... *(Zwischenruf des Abg. Ruhaltinger.)* — *Abg. Graf: Herr Ruhaltinger! Als Gastwirt habe ich mehr geleistet als Sie als Betriebsratsobmann! Meine Frau hat Gewinne gemacht dabei! — Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Graf: Wenn ich Sie anschau, bin ich sogar froh darüber, daß ich „arrogant“ bin! — Präsident Dr. Stix gibt das Glockenzeichen.)* Meine Bitte ging ja nur dahin, daß wir uns über die Zahlen beim Kassensturz einigen, daß das nicht um den Faktor Tausend falsch ist.

Herr Abgeordneter Taus! Sie haben gesagt, es sei typisch, daß es eine „systematische Unterschätzung“ bei den Einnahmen gäbe. Ich habe mir das angesehen: In den letzten fünf Jahren sind dreimal die Einnahmen unterschätzt und zweimal überschätzt worden. Von „systematisch“ kann, glaube ich, da kaum die Rede sein. Sie sind ja auch den Beweis für jene Behauptung schuldig geblieben, obwohl Sie die Tabelle vor sich liegen gehabt haben.

Schließlich zur Frage der Exporte. Herr Abgeordneter Taus, ich bin nicht aus Jux oder Tollerei darauf aus, hier darüber zu sprechen.

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

Mir ist das Thema deswegen nicht so besonders angenehm, weil wir immerhin über die Zahlungsfähigkeit und die Situation in anderen Ländern sprechen. — Sie haben mir das sozusagen zum Vorwurf gemacht. Ich muß nur dazu sagen: Das war eine der offiziellen Begründungen der Österreichischen Volkspartei für die Abhaltung dieser Sitzung. (*Abg. Dr. Taus: Ich habe Ihnen gesagt, es wird das Budget unterschätzt! Sie haben zuwenig angegeben! Ich bin der Meinung, Sie sollten mehr hineinschreiben, weil es mehr wird! Ich habe keine Zahl genannt!*) Nein, nein, Herr Abgeordneter Taus, ich habe genau zugehört. Sie haben gesagt, Sie wollten ja gar nicht hier darauf eingehen. (*Abg. Dr. Taus: Gar nicht darüber reden!*) Ja, Sie vielleicht nicht, aber die Österreichische Volkspartei hat das als offizielle Begründung für das Verlangen nach Abhaltung dieser Sitzung genannt, und meine Pflicht war es, in meiner Erklärung darauf zu antworten.

Und, Herr Abgeordneter Taus, zu dieser Sache gleich noch etwas. Sie haben gesagt, es sei zuwenig. Ich habe mitgeschrieben, Sie meinten: Irgendwann, irgendeinmal wird sich ein Zahlungsbedarf einstellen, und das müßten wir uns anschauen.

Herr Abgeordneter Taus! Ich bitte um Verständnis dafür, daß bei Erstellung eines Budgets Feststellungen wie „irgendwann, irgendwann wird ein Zahlungsbedarf“ auftreten, „und das müßten wir uns anschauen“ sehr schwer monetär zu fassen und damit in Budgetzahlen umzusetzen sind.

Schließlich, Herr Abgeordneter Taus, haben Sie gesagt, auch ich hätte von Steuer-senkungen gesprochen. — Ich habe von einem gesprochen: von der Möglichkeit der Senkung des Steuertarifes.

Herr Abgeordneter Taus und meine sehr verehrten Damen und Herren von der Oppositionspartei! Ich glaube, hier liegt wirklich dieses Verwechseln vor, dieses dauernd Hinundhergehen zwischen Steuertarif und Steuern.

Der Herr Abgeordnete Mock hat hier vorhin während seiner Wortmeldung immer einen Zettel geschwenkt, auf dem gestanden ist: 20 Prozent weniger Steuern — oder meinte er weniger Steuertarif. — Ich kenne mich jetzt nicht mehr ganz aus. Ich habe zuerst verstanden, Sie meinen den Steuertarif, aber das bedeutet noch nicht weniger Steuern.

Der Herr Abgeordnete Lichal hat darauf

hingewiesen, daß es von ihm aus in der Personalpolitik Kritisierenswertes gibt. Ich kann nur das beantworten, was für mein Ressort zu sagen ist.

Herr Abgeordneter! Der Präsident der Finanzlandesdirektion Kärnten hat mitgeteilt, daß er in den Ruhestand tritt. (*Abg. Dr. Lichal: Im Juli 1987!*) Ja, Herr Abgeordneter, er hat mir mitgeteilt, daß er in den Ruhestand tritt, und es wird dafür vorgesorgt, daß rechtzeitig Ersatz geschaffen wird.

Zur Frage einer Abteilung im Finanzministerium darf ich schon auf folgendes hinweisen: Es gibt in jedem einzelnen Ressort Budgetabteilungen. Sie haben sogar eine zitiert, und zwar die aus dem Unterrichtsministerium. Das Finanzministerium hatte bisher keine solche Abteilung.

Ich finde es nur bemerkenswert, daß ein möglicher Kandidat für diese Abteilung unter anderem in einer Aussendung, die auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, hausintern als Mitglied einer Partei — und das als Beispiel für Parteibuchwirtschaft — bezeichnet wird, obwohl er das nachweislich nicht ist.

Herr Abgeordneter Lichal, ich weiß nicht, wer hier ... (*Abg. Dr. Lichal: Entschuldigen Sie, was erzählen Sie? Sie schreiben die Abteilung aus und wollen eines Ihrer Parteimitglieder hineinsetzen! Sie brauchen nur einen Referenten zu nehmen!*)

Herr Abgeordneter Lichal! Das eben ist der furchtbare Irrtum! Es gibt keinen einzigen Kandidaten für diese Abteilung, der meiner Partei angehört. Das ist Ihr Problem, Herr Abgeordneter Lichal. (*Abg. Dr. Lichal: Warum machen Sie eine Abteilung, wenn nur ein Referent benötigt wird nach dem Gesetz? Warum blähen Sie wieder das Ministerium auf? — Abg. Dr. Schranz: Wie ist das in Niederösterreich?*)

Herr Abgeordneter Lichal! Ich blähe sicherlich das Ministerium nicht auf, sondern ich installiere das dort, was nach dem neuen Haushaltsrecht richtig und notwendig ist und in jedem anderen Ministerium vorhanden ist.

Aber schließlich noch zu einer letzten Sache. Herr Abgeordneter Taus, Sie haben gesagt, das Budget müsse auf jeden Fall fundamental geändert werden. — Auch da muß ich Ihnen recht geben, nämlich wenn all das, was jetzt im Wahlkampf versprochen wird, die Verdoppelung der Agrarsubventionen etwa, wenn also all das, was jetzt zur Steuer-

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

reform gesagt wird, wirklich umgesetzt werden sollte, dann bedarf es wirklich einer fundamentalen Änderung des Budgets. (Abg. Dr. Zittmayr: Warum sagen Sie nichts von den 21 Milliarden Schilling Umschuldung?)

Herr Abgeordneter Zittmayr! Zum Beispiel die Verdoppelung der Agrarsubventionen ist etwas ... (Abg. Dr. Zittmayr: Warum sagen Sie nichts von den 21 Milliarden Schilling Umschuldung auf spätere Jahre?)

Aber sehr gerne, Herr Abgeordneter Zittmayr, ich bin sofort bereit, auch auf das einzugehen.

Herr Abgeordneter, was wir machen und was wir bisher gemacht haben, ist: Wir haben die Staatsschulden nach bestem Wissen und Gewissen verwaltet. (Abg. Dr. Zittmayr: Verschoben!)

Schauen Sie, es diskutiert doch heute überhaupt kein Mensch mehr über ein Bruttodefizit. Jeder — jeder vernünftige Mensch — wird sich das Nettodefizit ansehen. (Abg. Dr. Mock: Aha! Wir sind die Unvernünftigen!) Daher ist es vollkommen belanglos, ob Fälligkeiten vorgezogen werden. Sie wissen, daß auch das passiert ist, daß früher getilgt worden ist oder, wenn es die Marktlage erlaubt, hinausgeschoben wird. (Abg. Dr. Zittmayr: 30 bis 50 Jahre!)

Herr Abgeordneter Zittmayr! Wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, den möglichst sparsamsten Weg zu gehen und ein möglichst gutes Management bezüglich der Staatsschulden durchzusetzen. (Abg. Dr. Zittmayr: Auf 30 bis 50 Jahre haben Sie es hinausgeschoben!)

Wir bedienen uns dazu, Herr Abgeordneter Zittmayr, im übrigen einer sozialpartnerschaftlich zusammengesetzten Institution: Wir bedienen uns eines Beirates der Postsparkasse, dem sowohl Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft als auch der Arbeiterkammer angehören. (Abg. Dr. Zittmayr: Sagen Sie das der Öffentlichkeit!) Ja, Herr Abgeordneter Zittmayr, ich sage es gerade hier der Öffentlichkeit. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie den Zwischenruf gemacht haben. (Abg. Dr. Zittmayr: Sie hätten es vergessen, wenn ich Sie nicht aufmerksam gemacht hätte! — Heiterkeit.)

Herr Abgeordneter Zittmayr! Nicht böse sein, aber ich wollte die Diskussion nicht verlängern, sonst müßte ich auch noch etwas über Vorwürfe über angebliche Rechtsbrüche

sagen, die im Zusammenhang mit dem Familienlastenausgleich erhoben worden sind. Ich glaube, einiges sollte man doch der Öffentlichkeit und dem Staatsbürger ersparen, und deswegen, Herr Abgeordneter Zittmayr, wollte ich ein bißchen kürzer reden. Sie entschuldigen das.

Aber was ich Ihnen nicht wünschen möchte, das ist die Durchführung jener fundamentalen Änderungen, die Sie gerade vorschlagen haben. — Danke sehr. (Beifall bei der SPÖ.) 15.26

Präsident: Zum Wort kommt Herr Abgeordneter Cap. (Abg. Graf: Daß Sie nicht nach hinten losgehen, Herr Cap, wie Sie geladen sind!)

15.26

Abgeordneter Cap (SPÖ): Lieber Herr Abgeordneter Graf! Hohes Haus! (Abg. Graf: „Lieber“, das ist schön! Am Abend meiner Karriere von Ihnen als „lieber Herr Abgeordneter“ angedredet zu werden, habe ich mir verdient! — Heiterkeit. — Beifall bei der ÖVP.)

Sie sitzen da wie ein Graf, Herr Graf, bauen den Abgeordneten Ruhaltinger als Buhmann auf, um einfach die Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu treffen. Sie sagen, er hat nichts gearbeitet. (Abg. Graf: Er hat mir vorgeworfen, daß ich wie ein Wirt gesprochen habe! Ich habe ja als Wirt Geld verdient! Er hat nichts weitergebracht! Das ist der Unterschied! Und Pension habe ich keine bekommen!) Sagen Sie, was ist das für eine Tonlage! Wie auf dem Fußballplatz, wie Sie das hier bringen, nicht wie im Parlament bei einer Sitzung. Die Sprache, die Sie führen, paßt nicht zu dem Habitus, den Sie vorgeben, wenn Sie da so lässig sitzen. Auch wenn der Abend Ihrer politischen Karriere kommt, lassen Sie sich von mir auch einmal einen Rat geben, es kann Ihnen durchaus nützlich sein. (Abg. Graf: Sie sollten mir über Sitzen und Benehmen überhaupt nichts erzählen!)

Ihr Zorn rührt daher, weil Sie das, was Sie mit der heutigen Sondersitzung erreichen wollten, nicht erreicht haben. Das ist der Grund, warum Sie auf den Abgeordneten Ruhaltinger losgegangen sind! Das war es! (Beifall bei der SPÖ.) Wenn Sie mich schon reizen wollen, dann sagen Sie es gleich, das können Sie durchaus zusammenbringen.

Zur Frau Abgeordneten Tichy-Schreder, weil dieses alte Katz- und Mausspiel um die Jugendbeschäftigung wieder begonnen hat.

Cap

Man kann doch nicht einfach mit einem Federstrich die Leistungen, die im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramme erbracht wurden, vom Tisch wischen. Wenn ich mir das so anschau, muß ich sagen: Das war doch wirklich beachtlich. 1982/83 rund 380 Milliarden — Millionen Schilling. (Abg. Dr. Taus: Gleich rügt Sie wieder der Finanzminister!), 1983/84 550 Millionen, 1984/85 800 Millionen. Und deswegen habe ich mich versprochen, weil es 1985/86 eine Milliarde Schilling sind. Das ist „gar nichts“, das zählt offensichtlich nicht. Man muß es daher immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß das erbracht wurde.

Oder die „Aktion 8000“, die bis Juli 1985 rund 4 900 Personen in Beschäftigung gebracht hat und für die über 500 Millionen Schilling investiert wurden. Das ist alles nichts.

Ich bin daher gezwungen, das hier am Beginn meiner Rede noch einmal zu korrigieren. Wenn Sie hier schon eine Wahlkampfauseinandersetzung wollen, dann sollen Sie sie auch haben. (Abg. Bergmann: Von wem?)

Aber nun zu dem eigentlichen Thema. Es hat der berühmte Leitartikelschreiber des „profil“, Peter Michael Lingens, am 13. Oktober 1986 zu der Steuerdiskussion einen sehr interessanten Artikel geschrieben. Allein der Titel hat mich schon dahin geführt, daß ich das heute in bezug auf Ihre Initiativen einbringen und zitieren möchte. Der Titel lautet „Volksverdummung“. Er schreibt hier:

„Es begann mit einem schlampigen Vorschlag der ÖVP.“ Sie sagen immer „Steuerreformkonzept“, um vorzutäuschen, daß Sie wirklich monatelang daran gearbeitet haben. (Abg. Dr. Lichal: Es liegt schon zwei Jahre hier im Haus! Sie haben es immer abgelehnt!) Dem Ergebnis nach zu schließen haben Sie das vor der Pressekonferenz mit der Papierschere korrigiert, damit Sie es überhaupt der Öffentlichkeit vorzeigen können. (Abg. Dr. Lichal: Zwei Jahre liegt es hier im Haus!) Lingens sagt das! (Abg. Dr. Lichal: Was der Lingens sagt!) Schreiben Sie ihm einen Leserbrief!

Lingens sagt: „Es begann mit einem schlampigen Vorschlag der ÖVP, die ja ein Jahrzehnt lang nicht das geringste Interesse an der Durchforstung des Steuerdschungels gezeigt hat“ — man muß das langsam lesen und auf der Zunge zergehen lassen, wie er das hier aufarbeitet — „und bloß eben im letzten Augenblick auf den Reagan-Reform-Zug auf-

springen wollte.“ — Auf den zweiten Reagan-Reformzug in der Euphoriestimmung, inhaltlich auf den ersten Reagan-Reformzug, für die, die sich ein bißchen mit dem Reagan-Reformzug auseinandergesetzt haben. — „Aber natürlich auf österreichisch: indem man den Leuten zeigt, was sie gewinnen würden, und verschweigt, was sie verlieren müßten.“ Das firmiert dann unter Ihrem Ehrliche-Politik-Anspruch.

Ich glaube, daß Peter Michael Lingens ja wirklich ein sehr interessanter Zeitzeuge ist, weil er doch gerade in dieser Frage immer so engagiert war und sich gerade in dieser Frage in seiner Tätigkeit als Journalist eingesetzt hat.

Viele von uns haben jetzt unzählige Passagendiskussionen und Wahlveranstaltungen, und immer wieder wird dort auch die Frage nach diesem Steuerreformkonzept der ÖVP gestellt. Das ist ja kein Zufall; man muß ja bedenken, wieviel Verwirrung Sie mit Ihrer Initiative den Menschen gebracht haben. So wundert es einen wirklich nicht, wenn immer wieder Fragen wie die folgenden gestellt werden: Ist das wahr? Stimmt das eigentlich? Und so weiter.

Ich weiß schon, daß Sie sich dauernd wehren und sagen, das sei eine böse Diffamierung. Wenn man ein bißchen ins Detail geht — ich weiß, daß mir jetzt die Zeit fehlt, um ins Detail zu gehen, und ich weiß auch, daß Abgeordneter Schüssel nachher sowieso seinen Kanossagang hat, um hier wahrscheinlich abzuschwören von einzelnen Passagen, von diesem zusammengeschüsselten Steuerreformkonzept, das hier vorliegt —, lohnt es sich, einen Bezug herzustellen zwischen Ihrem Wahlkampfslogan und dem, was Sie hier — geheim oder nicht geheim — letztlich zur Diskussion gestellt haben. Wenn Sie sagen: die Wende zum Besseren, höchste Zeit, die Wende zum Besseren soll endlich kommen, dann frage ich mich: Für wen wird das eine Wende zum Besseren? Für die Rentenbezieher wird sie es sicherlich nicht werden, zum Beispiel für Kriegsoffer und ihre Angehörigen, deren Renten voll versteuert werden müssen, oder ich erwähne die Besteuerung von einmaligen Zahlungen für sozial schwer Betroffene, Krankengelder, Sterbegelder, für die davon Betroffenen wird es keine Wende zum Besseren sein. Oder: Besteuerung von Bezügen der sozial Schwächsten, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzurlaubsgeld, Hilfenlorenzuschuß, Familienbeihilfen. Wenn Sie die Inerate ein bißchen interessierter lesen, werden Sie das ja immer wieder vorge-

13842

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Cap

halten bekommen, und ich möchte das hier ja nur neuerlich in Erinnerung rufen.

Ich könnte diese Aufzählung endlos fortsetzen, ich möchte Ihnen das jetzt ersparen, ich möchte nur darauf hinweisen, daß es gut gewesen wäre, wenn Sie sich hier doch mehr Gedanken gemacht hätten. Das, glaube ich, ist wahrscheinlich der Sinn Ihres zweiten Slogans, den Sie in dieser Wahlbewegung eingebracht haben, nämlich nach dieser sogenannten Wende zum Besseren, dann werden sich die Leute wirklich sagen: Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten, wenn all diese Vorschläge, die Sie hier eingebracht haben und als Steuerreformkonzept bezeichnet haben, auch jemals Wirklichkeit werden sollten.

Ich möchte da gar nicht so sehr meine kritische Position dazu einbringen, sondern es genügt, wenn man sich einfach die Diskussion innerhalb der konservativen und bürgerlichen Journalisten zu diesem Thema ansieht. Das beweist, daß Sie nicht einmal in diesem Bereich mit Ihrem Vorschlag durchgekommen sind: Teilweise wird offen darüber gelacht, teilweise wird sehr scharf kritisiert. Das Wirtschaftsmagazin „trend“ bringt eine sehr interessante Aufarbeitung dieses Problems — ich darf kurz zitieren; hier steht zuerst in bezug auf die Reagan-Reform —:

„Wenn man sich den amerikanischen Steuerkuchen anschaut ..., dann versteht man, daß die Wirtschaft zur Kasse gebeten wird: Nur zehn Prozent des Steueraufkommens werden von den US-Corporations abgeliefert (in Österreich sind es gar nur drei Prozent).“ — Übrigens ganz interessant, was da im Klammerausdruck zu erfahren ist. — „Die Hälfte steuerte bislang der private Steuerzahler bei, der vom Tarif her jetzt so bevorzugt wird.“

Wie gesagt, das ist der zweite Teil, Sie sind ja noch beim ersten Teil mit Ihrem Vorschlag, aber, wie gesagt, das ist jetzt bereits der zweite Teil. Dann kommen noch ein paar Punkte, die da aufgezählt werden, und dann steht weiter:

„Alles in allem ist die von der Reagan-Administration konzipierte Steuerreform eine runde, leicht begreifliche Sache, die — so hoffen ihre Schöpfer — nach einer kurzen Durststrecke nichts kosten wird.“

Dann: „Die österreichischen Steuerbeseitigungs-Bemühungen sind dagegen von Haus aus auf Verlust konzipiert.“ Und es steht — wie könnte es anders sein? — dann unten:

„Das Mock-Modell“. Und die Sache, das ist dann die logische Fortsetzung dieser Vermutung, gipfelt in einer Aussage, wo auch der Abgeordnete Schüssel zitiert wird — er hat ja dann die Möglichkeit, das klarzustellen —:

„Dennoch würde die Mock-Reform, wie das Finanzministerium errechnet hat, mindestens 48 Milliarden Schilling kosten, denen bloß drei Milliarden aus dem Wegfall der Vorzeiti-gen gegenüberstünden.“

Wirtschaftsbund-Generalsekretär Dr. Wolfgang Schüssel weiß freilich schon, wo man fürs erste acht bis zehn Milliarden herbekäme: Aus einer Teilprivatisierung der Creditanstalt, der Länderbank, der AUA, der ÖMV, der Tabakindustrie“ und so weiter und so weiter. „Für die restlichen fehlenden 35 bis 37 Milliarden könnte dann eigentlich nur noch das Weihnachtsgeld herhalten.“ Und jetzt müßte man fast dazuschreiben: Meinte ironisch der Redakteur oder spöttisch, oder vielleicht auch nur in Klammern: Haha! — Klammer geschlossen.

Das ist so ungefähr die Stimmung, die in diesen Fachkreisen dazu herrscht. Und warum Sie es gerade eilig gehabt haben, dieses Konzept noch schnell vor dem 23. November vorzulegen, bleibt eines der vielen Geheimnisse, die sich aber sofort klarstellen lassen, wenn man wiederum — und es ist wirklich manchmal hochinteressant, in den eher konservativ-bürgerlichen Medien nachzulesen — erforscht, welche Gründe auch hinter der heutigen Sondersitzung stehen.

Ein ÖVP-Landesparteiensekretär — ich bin schon fündig geworden; ich kann schon zitieren —, der ÖVP-Landesparteiensekretär aus der Steiermark Hirschmann, sagt da etwas ganz Interessantes im „profil“, indem er meint: „Im Kader der Bundesparteileitung hauen gewisse Dinge nicht hin.“ Wahrscheinlich meint er das Steuerreformkonzept, aber ich nehme an, andere Sachen auch noch. Vielleicht kann der Abgeordnete Steinbauer noch etwas dazu sagen. (Abg. Steinbauer: Gerne!) „Das Einmaleins des Wahlkampfes wird nicht von allen Leuten beherrscht, die dafür bezahlt werden.“ Da bin ich sehr froh darüber, wenn da Druck gemacht wird von einer mächtigen Landespartei. Es ist interessant, wenn eine dieser Schlußfolgerungen offensichtlich diese Sondersitzung hier und heute ist. Da man halt nicht immer auf Israel Singer und sonstige Stimmungsmacher zählen kann, muß man eben selbst einmal etwas bringen in dieser Wahlkampf-bewegung. Ein solcher Versuch war ja diese heutige Sonder-

Cap

sitzung, von der sich interessanterweise der Abgeordnete Taus gezählte drei- bis viermal distanziert hat.

Zu seiner Abfertigung von seinerzeit hat er heute nichts gesagt, das hätte mich übrigens auch interessiert, zumal man überall über die 3-Millionen-Schilling-Abfertigung des Bundeskanzlers spricht. Machen Sie doch ein Inserat und klären Sie auch das gleich auf. Minister Krünes kann das auch machen. Es sollen ja 4 Millionen Leser auch wissen, wie das bei Ihnen war und wie es beim Minister Krünes ist. *(Zwischenrufe.)* Aber in einer Rede, nachdem das vorher zur Sprache gekommen ist, das überhaupt nicht zu erwähnen, ist eine Meisterleistung, aber dreimal zu sagen: Eigentlich war ich gegen die Sondersitzung, nun stehe ich aber trotzdem hier, das war auch eine Meisterleistung. Interessant ist aber, daß das so gekommen ist. Genauso, daß ein Gutteil der heutigen Rede des Abgeordneten Mock der Klärung gewidmet war, warum es überhaupt zur Sondersitzung gekommen ist. Es herrscht also große Verunsicherung, daß überhaupt diese Sondersitzung hier stattfindet. Mir gefällt das so gut, daß Sie diesen Seelen-Striptease hier vor unser aller Augen durchgeführt haben. Das läßt den Genuß an den parlamentarischen Sitzungen doch weiterhin anwachsen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann sagt noch — einfach weil es so gut ist, noch dieser letzte Satz hinzugefügt — der Hirschmann:

„Graf ist einer der wenigen in Wien, die überhaupt begriffen haben, daß man doch auch einen Wahlkampf führen muß, bevor man über Koalitionen reden kann.“

Das ist ja offensichtlich eines Ihrer Hauptprobleme, ein Durcheinander wie am Hühnerhof, weil Sie merken, vermeintliche Futterzeit naht, und daher dieses Durcheinander. Der gute Haider hat das sofort herausgefunden mit seinem Angebot, und das Gegacker geht schon wieder von neuem los, nachdem er gesagt hat: Ich mache Mock zum Kanzler. Also ich finde das in diesem Zusammenhang sehr interessant. *(Abg. Dr. Zittmayr: Was ist mit dem Spitzensteuersatz?)* Zum Spitzensteuersatz kann ich Ihnen folgendes sagen: Ich habe nichts anderes gemeint als das, daß man einfach zwischen dem Beseitigen der Ausnahmeregelungen und den möglichen Tarifsenkungen Beziehungen herstellen soll, ausrechnen soll und daß dabei der Spitzensteuersatz kein Dogma ist. Sie wollen den Spitzensteuersatz um 20 Prozent senken und dann unten nur mehr um 1 Prozent, und das

ist dann sozial ausgewogen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Das haben Sie nicht verstanden!)* Ich wollte damit nur sagen: Für mich ist das kein Dogma, sondern Bestandteil der Diskussion, wenn man ein einfaches, überschaubares und sozialeres Steuersystem in Österreich haben will. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das wollen Sie also auch ändern!)* Habe ich gesagt, ich will das Steuersystem bis zum Jahr 2000 so lassen? — Ich kann mich nicht daran erinnern, daß das in meiner Redekonzeption war.

Ich sage nur: Man muß sich einfach die Frage stellen, was hinter Ihren Überlegungen war und was Ihnen da teilweise passiert ist.

Es gibt ja zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind so, wie Sie sind, im Rahmen dieses Steuerkonzeptes, oder es ist verschudert und verschüsselt, dann ist das wieder etwas anderes. Aber dann müssen Sie das bitte offen da erklären, daß Ihnen das passiert ist. Ich will Sie dazu motivieren, weil ja das auch in unserem Erkenntnisprozeß sehr nützlich wäre.

Warum gibt es die Sondersitzung heute wirklich? Die ÖVP hat ihren Vorsprung eingebüßt. Vranitzky führt und führt und führt. Auf die tägliche Frage in der Kärntner Straße: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der nächste Bundeskanzler im Land?, sagt der Spiegel dauernd: Vranitzky! Es ist also einfach unerträglich für Sie. Und was passiert? Diese Sondersitzung ist Ihnen passiert, die außerdem ein Rohrkrepierer war, denn im Endeffekt reden wir heute über Ihr verunklärtes Steuerreformkonzept.

Und wenn ich so ein Steuerreformkonzept als Partei vorlege, hätte ich mir das dreimal überlegt, ob ich eine Sondersitzung mache, nur damit ich dann der SPÖ die Möglichkeit gebe, dieses wirklich zu zerlegen. Sie lachen schon zustimmend, Herr Abgeordneter Taus. Ich weiß, wir sind da ganz auf einer Welle. Ihnen ist das schon klar. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Taus: Ich stimme Ihnen immer zu!)*

Zum Schluß möchte ich vielleicht zum scheinbaren Höhepunkt des heutigen Tages noch ein paar Worte verlieren. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wenn Sie es mir erlauben — ich bin sofort fertig.

Zum scheinbaren Höhepunkt des heutigen Tages, nämlich zur Rede des Abgeordneten Mock: Er hat interessanterweise zu einzelnen Punkten Stellung genommen, die man, wie ich glaube, in diesem Zusammenhang aufarbeiten soll.

13844

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Cap

Was mich bei seiner Rede ganz besonders fasziniert hat, war, daß er wieder mit dem Satz gekommen ist: Ohne Partei bist du nichts, oder: Die Partei ist alles. — Ich weiß nicht, wo er das aufgeschnappt hat. Jedenfalls bringt er das da immer wieder.

Jetzt haben wir die 96 Prozent bei den Wahlen in Niederösterreich schon aufgearbeitet. Ich möchte nur wissen, was bedeutet dort der Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeit. Man muß das endlich wegwählen, hat er gesagt. Das habe ich nämlich genau gehört. Das heißt nach dieser Diktion, den Ludwig wegwählen. Anders kann ich das nicht verstehen.

Aber heute ist der 3. November. Was passiert heute in Vorarlberg? Es gibt in Vorarlberg eine Sitzung der Landesparteileitung der ÖVP, um sich über die Nachfolge des Landesamtsdirektors und über Bezirkshauptmänner zu unterhalten. Dort geht es ja zu wie in einem Fürstentum. Aber das hat nichts zu tun mit: Die Partei ist alles, und wir beschließen dort, und so weiter.

Sie haben sogar die Stirn und geben das in die Zeitung hinein. Ganz offen sagen Sie: Wir, die Partei, bestimmen, wer Landesamtsdirektor wird. Wir dürfen es. Sie von der SPÖ, Sie dürfen das nicht! Nein, Sie niemals, wir dürfen das schon!

Das passiert jetzt am Nachmittag oder am Abend, doch der Abgeordnete Mock hatte vor zwei Stunden die Stirn, uns in diesem Zusammenhang zu kritisieren. Das fällt wahrscheinlich auch wieder unter „ehrliche Politik“. Es ist in Wirklichkeit ein Rohrkrepierer, wie ich schon einmal gesagt habe.

Ich weiß nicht, wer den Abgeordneten Mock berät, aber ungeschickt war es zum Beispiel, zu sagen: Gehen wir nicht zum wirtschaftspolitischen Schmiedl, gehen wir gleich zum wirtschaftspolitischen Schmied!

Das ist natürlich ein Wahlauf Ruf für Bundeskanzler Vranitzky. Denn wer ist der Schmied? (Beifall bei der SPÖ.) Und wer ist der Schmiedl?

Wenn das so weitergeht, wird der Hirschmann wieder ins „profil“ gehen, wird wieder auf den Putz klopfen, Sie werden wieder Schwierigkeiten kriegen. Ein richtiges Erbarmen kommt mir schon, wenn ich daran denke, was Sie da für Perspektiven haben.

Was haben Sie heute noch gesagt? — Sie haben gesagt: Das Budget beweist, daß die

SPÖ und die FPÖ weiter eine Koalition machen. Ja es ist Ihr Wunsch, jetzt in die Bevölkerung hinauszutragen, daß die kleine Koalition weitergeht, weil Ihnen die Diskussion über die große Koalition grenzenlos auf die Nerven geht, weil das einfach wieder den vermeintlichen Futtertrog-Vorwurf einbringt und weil Sie einfach davon nicht wegkommen, daß Mock bestenfalls als Vizekanzler denkbar ist, und da vor allem in der eigenen Partei, in der ÖVP.

Und ein letztes noch: Man stellt sich her und sagt: Wenn wir seit 1970 regiert hätten, wäre alles anders. Wir hätten die Gesetze der Weltwirtschaft außer Kraft gesetzt, wir hätten alles anders gemacht, weil wir es ja machen können. Wir leben ja in einer zentralistischen Planwirtschaft, und da kann man alles machen. Doch wie sich herausstellt, kann man es dort in Wirklichkeit auch nicht machen.

Und dieses in der Bevölkerung entstehende Gefühl sich entwickeln lassen, alles wäre machbar, wir haben die Instrumentarien, wir können Kurse, Aktien, Betriebsgründungen, alles können wir beeinflussen, den technologischen Fortschritt meistern, die Herausforderung aus Japan, das ist alles machbar, für uns kein Problem, das ist, den Menschen Sand in die Augen streuen und eine Kompetenz der Politik behaupten, die sie nicht hat, etwas, was dazu führt, daß die Demokratie und die Politik an Glaubwürdigkeit verloren haben. Dafür sind Sie hauptverantwortlich! Und das machen Sie nur, weil Sie in die Regierung kommen wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Resümee — das habe ich schon gesagt —: Die Sondersitzung war ein Rohrkrepierer. Resümee der Mock-Rede von heute, die sehr, sehr schwach war: Er muß zittern, ob er überhaupt die 81 Mandatare als ÖVP-Wähler wiedergewinnen kann. (Beifall bei der SPÖ.) 15.46

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abgeordneter Feurstein gemeldet.

15.46

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man hier vom Rednerpult aus Unwahrheiten sagt, so werden sie nicht wahrer. Ich habe heute bereits einmal den Herrn Kanzleramtsminister Dr. Löschnak berichtigt, nachdem er hier von der Regierungsbank aus behauptet hatte, in der Landesparteileitung in Vorarlberg würde über die Nachfolge des Herrn Landesamtsdirektors entschieden.

Dr. Feurstein

Ich berichtige jetzt auch den Abgeordneten Cap. Leider — ich bedaure das sehr, Herr Abgeordneter — folgen Sie den Sitzungen hier im Hohen Haus so wenig, daß Sie gar nicht feststellen können, was hier während des Tages debattiert worden ist. Das bedaure ich zutiefst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie wirklich ein Vertreter des Volkes wären und sich bemühen würden, den Sitzungen hier zu folgen, dann wüßten Sie, was heute nachmittag debattiert und besprochen worden ist.

Ich berichtige Sie daher: Es ist falsch und ist eine Unwahrheit, daß in der Landesparteileitung über die Nachfolge des Herrn Landesamtsdirektors im Amt der Vorarlberger Landesregierung beraten oder entschieden wird. *(Ruf bei der SPÖ: Bezirksparteileitung!)*

Es ist auch falsch, daß in einem anderen Organ der ÖVP im Land Vorarlberg diese Frage entschieden wird: weder in einer Bezirksparteileitung — das als Antwort auf Ihren Zwischenruf — noch in einem anderen Organ.

Richtig ist vielmehr, daß die zur Berufung beziehungsweise zur Bestellung des Landesamtsdirektors zuständigen Organe darüber entscheiden werden. Ich bitte Sie, das endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen und nicht einfach hier immer die Unwahrheit zu sagen, Herr Abgeordneter Cap! *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.48

Präsident: Zum Wort kommt Herr Abgeordneter Schüssel.

15.48

Abgeordneter Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Zuerst haben wir uns ja gewundert, wieso auf der Rednerliste der Name Josef Cap aufschien. Aber jetzt wissen wir es: Wie der Schelm denkt, so ist er nämlich. Wenn jemand einen Kanossagang gemacht hat, dann offensichtlich er. Zuerst erklärt er im „Mittagsjournal“, der Spitzensteuersatz sei zu hoch und müsse gesenkt werden, und dann muß Cap hier ans Pult gehen und uns wirklich mit den letztklassigsten Argumenten anschütten, um offensichtlich die eigene oder — ich habe das sehr genau registriert — Teile der eigenen Fraktion gerade noch mitzureißen.

Und folgendes muß ich bitte schon sagen: Ich hoffe ja nur, daß möglichst viele Ihrer Wähler, die Sie vor vier Jahren mit 60 000 Vorzugsstimmen hier hereingewählt haben, diese

Vorstellung live miterlebt haben. Das wäre wirklich gut. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich schenke es mir im übrigen, auf Ihre Rede einzugehen.

Herr Klubobmann Sepp Wille, den ich wirklich sehr achte und schätze, hat heute ein sehr böses Wort geprägt. Ich muß das leider sagen: Er hat diese Sondersitzung, die wir verlangt haben, einen „Mißbrauch“ des Parlaments genannt.

Und wenn Sie so etwas hier am Pult sagen, dann müssen wir darauf eingehen. Ich bitte Sie wirklich, mit solchen Verdächtigungen vorsichtiger umzugehen. *(Abg. Wille: Kann ich ein Wort sagen: Kollege Mock war am ersten Tag der Auffassung, wir werden uns sachlich über das Budget auseinandersetzen! Am nächsten Tag hat der Generalsekretär in einer Pressekonferenz erklärt, der Wahlkampf muß politisiert werden, man muß nachweisen, daß der Bundeskanzler nicht zu den Leistungen befähigt ist, die die Öffentlichkeit erwartet! Und dann kam die Sondersitzung! Der Herr Generalsekretär hat seine Argumentation auf den Kopf gestellt!)*

Herr Klubobmann! Das mag alles sein. Aber Sie haben hier gesagt, die Opposition hätte eine Sondersitzung verlangt und dies sei ein „Mißbrauch“ des Parlamentarismus. Bitte, das müssen wir mit aller Deutlichkeit zurückweisen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte das schon ausargumentieren, Herr Klubobmann. Wo fängt so ein Vorwurf an und wo hört er auf? In einer Fragestunde — ich glaube, es war am 2. Oktober — wurde in diesem Hohen Haus eine der skurrilsten Anfragen von einem freiheitlichen Abgeordneten an den Bundeskanzler gestellt, und zwar wieviel denn der Verwaltungsaufwand, der Verschwendungsaufwand für die Beantwortung der völlig sinnlosen Anfragen eines Oppositionsabgeordneten gekostet hätte.

Ja bitte, was trennt uns denn dann überhaupt noch von einer totalen wechselseitigen Abwertung parlamentarischer Einrichtungen, wie dem Fragerecht, wie dem Recht der Minderheit, Sondersitzungen einzuberufen, und so weiter? Ich weise diesen Vorwurf, wir hätten einen Mißbrauch des Parlaments betrieben, wirklich mit allem Nachdruck zurück! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ist es wirklich ein Mißbrauch, wenn die Opposition Licht in das Dunkel von Budgethalbwahrheiten bringt? Ist es wirklich ein Mißbrauch, wenn wir wünschen, daß etwa

Dr. Schüssel

über die besorgniserregenden Arbeitsloskeitszahlen diskutiert wird? Denn eines muß ich schon sagen — Kollege Lichal ist ja bereits darauf eingegangen —: Kein Mensch hat es der Mühe wert gefunden, auch nur „muh“ dazu zu sagen, weder von der Regierungsbank noch von der sozialistischen Fraktion. Abgedankt hat die ehemalige „Vollbeschäftigungspartei“. Im September plus 12 Prozent Arbeitslose; im Oktober eine um 14,2 Prozent höhere Arbeitslosenrate. Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, dazu zu argumentieren. Das ist Mißbrauch der Öffentlichkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ist es wirklich ein Mißbrauch, wenn wir auf das wahre Ausmaß der Budgetkrise hinweisen, die Sie uns zur Bewältigung überlassen? Ich sage Ihnen: Es ist ein Mißbrauch, wenn Sie hier so tun, als hätten Sie gerade dieses Budget dem Parlament vorlegen müssen, Herr Finanzminister! Das ist überhaupt nicht richtig. Wir kritisieren nicht, daß Sie ein Budget vorgelegt haben, wie es die Verfassung vorschreibt, wir kritisieren nur, daß Sie ein Budget mit falschen Zahlen vorgelegt haben, ein Hausnummernbudget. Zu diesem Vorwurf stehen wir bei Gott. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann haben Ihre Redner gesagt, es sei ja Wahlkampf und es sei eigentlich ganz ungeheuerlich, im Wahlkampf das Parlament wieder zusammenzurufen. Ja bitte, Himmel, Herrgott, das Parlament ist ja nicht in den Ferien! Zu einem Wahlkampf gehört doch die Information der Öffentlichkeit.

Was ist denn der Sinn eines Wahlkampfes? — Daß zumindest alle vier Jahre in einer Demokratie der Wähler das Recht hat, über die wahren politischen und wirtschaftlichen Ziele, Probleme und Lösungsvorschläge der Parteien zu diskutieren. Wenn Sie daher gegen diese Sondersitzung Stimmung machen, dann heißt das ja etwas. Dann heißt das, Sie haben etwas zu verbergen, Sie wollen die Öffentlichkeit über irgend etwas hinwegtäuschen, Sie wollen im trüben fischen, Sie wollen die Aufklärung behindern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dem Beobachter des heutigen Tages muß etwas aufgefallen sein, nämlich der ganz merkwürdige Gleichklang zwischen den Sozialisten und den Freiheitlichen. SPÖ und FPÖ haben heute wirklich an einem Strang gezogen. Es haben nicht nur beide Klubobmänner das Wort „Mißbrauch“ des Parlaments in die Welt gesetzt.

Die Freiheitliche Partei war es, die freiheit-

lichen Minister in der Bundesregierung waren es, die die Vorlage dieses Budgets ermöglicht haben, und deswegen der Kurvenlauf heute. Sie tun so, als hätte die FPÖ mitziehen müssen. Frischenschlager: Ein Verfassungsnotstand wäre ausgebrochen. Wissen Sie, was ausgebrochen wäre oder was notwendig gewesen wäre, wenn Sie sich nicht mit diesem Budget einverstanden hätten erklären können? — Gar nichts, Sie hätten aus der Regierung ausscheiden und die Sozialisten allein weitermachen lassen können. Das wäre Ihr Notstand gewesen, aber nicht ein Verfassungsnotstand. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Sesselkleben war Ihnen wichtiger. Der Ministerwagen mit Chauffeur war Ihnen wichtiger. Das Visitenkarten, „immer noch Minister“ und nicht „Ex-Minister in spe“, das war Ihnen wichtiger, das war der freiheitliche Notstand.

Und jetzt haben wir die komische Entwicklung, daß draußen der „kleine Landesrat“ — so sagte Sepp Wille zu Recht — vom Leder zieht und große außerparlamentarische Opposition spielt, und Sie üben in der Regierung den Kotau. *(Abg. Probst: Also doch eine Sondersitzung als Wahlkampf!)* Das ist ein merkwürdiges Verhalten, ein schizophrenes Verhalten, das Sie in der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen, meine Damen und Herren von der FPÖ! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Sie ziehen offensichtlich auch inhaltlich an einem Strang. Denn auf Ihren Plakaten lese ich nichts über die Lösung künftiger Probleme. Sehen Sie irgendein freiheitliches oder sozialistisches Plakat, auf dem überhaupt auf das Vorhandensein von Problemen hingewiesen wird? Bei uns wird wenigstens auf Probleme hingewiesen, und wir haben Konzepte zu deren Lösung. Bei Ihnen ist gar nichts vorhanden, meine Damen und Herren. Köpfe sollen die Probleme verdecken. Und da spielen wir nicht mit. Deshalb ärgert Sie die Sondersitzung, das verstehe ich schon. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Zweierlei muß die Öffentlichkeit wissen. Es gibt in Ihrem Beschäftigungsnachweis in der Regierung zwei wirklich wunde Punkte — neben manchen Dingen, die durchaus geglückt sind —: erstens die Beschäftigungskrise und zweitens die öffentlichen Haushalte.

Nun zur Beschäftigungskrise ganz kurz: Drei Jahre lang hatten wir ein ganz ordentliches Wirtschaftswachstum. Drei Jahre hatten wir Konjunktur. Und am Ende dieser Wachstumsperiode stehen immerhin 150 000

Dr. Schüssel

Arbeitslose. Heuer sind es 5 Prozent, nächstes Jahr 5,5 Prozent. Die Wirtschaftsforscher — gar nicht ich — sagen, es werden 1990 an die 7 Prozent sein. Und das Budget-Pulver ist verschossen. Wir hatten nämlich 1980 50 000 Arbeitslose und nur 260 Milliarden Schulden, heute haben wir 150 000 Arbeitslose und 600 Milliarden Schilling Schulden. Und diese 150 000 Arbeitslosen gibt es ja trotz massiver Interventionen auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben heute doppelt soviel Frühpensionisten und Sonderunterstützungen als früher.

Ich halte es — noch einmal — für sehr, sehr bezeichnend, daß niemand von der sozialistischen Fraktion auch nur einen einzigen Ton zu diesem Problem zu sagen gewußt hat. Die Öffentlichkeit muß und wird sich darauf einen Reim machen.

Zweiter Punkt: die Steuerreform. Es gibt einen sehr engen Zusammenhang zwischen Steuerreform, Budgetproblemen und natürlich auch Arbeitsmarktfragen. Da im Budget nichts mehr drinnen ist, glauben wir halt, daß wahrscheinlich der einzige Wachstumsmotor eine vernünftige und ordentliche Steuerreform sein kann. Das ist in Wirklichkeit der Kern des Mock-Graf-Konzepts.

Von Ihnen ist nichts gekommen außer Kritik. Und ich muß schon sagen: sehr, sehr widersprüchliche Kritik. Ich hätte mich gerne mit Argumenten auseinandergesetzt. Nur: Wenn gleichzeitig der Bundeskanzler selber unser Konzept als „Wahlzuckerl“ bezeichnet, wenn der Abgeordnete Nowotny in Aussendungen von einem Steuerausfall von 37 Milliarden Schilling spricht, in der Fragestunde bestätigt vom Bundeskanzler, und wenn uns die „AZ“, die „Arbeiter-Zeitung“, und auch das Zentralsekretariat der SPÖ — es ist ja ganz gut, wenn sie sich mit uns beschäftigen und mit nichts anderem, das spricht ja gar nicht gegen die Qualität unserer Konzepte — mit Inseraten erfreut, in denen der Bevölkerung weisgemacht werden soll, der Kern unseres Konzepts sei, daß der durchschnittliche Steuerzahler in Hinkunft doppelt soviel Steuer zahlen muß, dann stimmt doch etwas nicht. Da muß Ihnen doch selber ein Licht aufgehen, meine Damen und Herren von der SPÖ! Es kann an mangelnder Intelligenz liegen — das glaube ich aber nicht — oder an einer sehr häufig wiederkehrenden Krankheit, am Wahlkampffieber. Und dies sollten Sie schleunigst bekämpfen, indem Sie sich noch einmal einfach unser Konzept in den Grundzügen vor Augen führen, was ... (Abg. Dr. Nowotny: Welches, Nummer 1 oder 2?) Es gibt nur ein Konzept, Herr Kollege

Nowotny. Es gibt ein Konzept, das Robert Graf, Alois Mock und wir alle vorgestellt haben. Dazu habe ich auch Stellung genommen in einem „Presse“-Interview. Es gibt nur ein Konzept. Das, was Sie plakatieren und inserieren, hat mit unserem Konzept nichts, aber auch schon gar nichts zu tun! (Beifall bei der ÖVP.)

Darf ich Ihnen — ganz langsam und einfach — noch einmal den Kern sagen — ich lasse alles Überflüssige weg —, worum es uns geht. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Wir sagen: Der Tarif soll gesenkt werden, und zwar ziemlich drastisch, um 20 Prozent im Schnitt. Da sind die 20 Prozent, und sie sind nicht als Einnahmenentfall für den Bund zu werten. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Dr. Mock hat immer gesagt, der Tarif soll um 20 Prozent gesenkt werden; ganz genau das, was wir immer gefordert haben. (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das kostet — hören Sie bitte wenigstens einmal zu! — 39 Milliarden Schilling, und wir finanzieren das so, daß wir Ausnahmebegünstigungen streichen, und zwar liegt das in einer Größenordnung von 33 Milliarden Schilling.

Wir haben auch sehr genau gesagt, wo diese Ausnahmen zu finden sind: in dem von der Bundesregierung selber vorgelegten — ich kann Ihnen diesen nachher übergeben — Subventionsbericht. Ich habe hier den Subventionsbericht aus dem Jahre 1984; Sie können selber alles addieren. Es stimmt bis auf die Einerstelle. (Abg. Dr. Nowotny zeigt — unter Zwischenrufen — dem Redner eine Broschüre.) Hören Sie doch wenigstens zu! Ich bin bitte nicht weitsichtig. Ich sehe ein Mock-Foto. Das freut mich. (Beifall bei der ÖVP.) Den Untertitel kann ich nicht lesen.

Ich sage noch einmal: Wir werden jene Ausnahmebestimmungen, die im Subventionsbericht drinnen sind, streichen. Da ist nicht das dabei, was Sie immer plakatieren und inserieren. Da steht kein Wort drinnen über die Besteuerung des Hilflosenzuschusses, kein Wort über das Krankengeld, über das Sterbegeld, über die behinderten Kinder, über die Familienbeihilfen. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis! Das steht hier überhaupt nicht drinnen! Wir brauchen das auch gar nicht — darf ich das ganz offen sagen —, wir brauchen es nicht!

Der einzige Punkt, den ich diesbezüglich einmal genannt habe, ist die Besteuerung der Arbeitslosenunterstützung; dazu stehe ich auch. Warum bitte soll eine Textilarbeiterin,

13848

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Schüssel

die bekanntlich ein eher niedriges Einkommen hat, voll besteuert werden und ein Arbeitsloser, der ein relativ gutes Einkommen gehabt hat, netto wesentlich mehr bekommen als sie? Nennen Sie mir ein Argument, warum. Das ist der Punkt. Nichts von all dem, was Sie in den Inseraten behaupten, stimmt.

Und ich sage Ihnen noch etwas: Was mich am meisten dabei stört — und das muß ich hier loswerden —, ist, daß Sie spekulieren mit der Angst der Menschen — und das ist die schlimmste Spekulation überhaupt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Inserate — und Sie werden sie ja noch vor Augen haben — sind graphisch so gestaltet: Das Wort „Hilflosenzuschuß“ ist durchgestrichen, und dann heißt es — ganz klein —: „soll voll besteuert werden“.

Der einfache Mensch, der das sieht, soll den Eindruck gewinnen — und das ist geplant, das lasse ich mir nicht ausreden —, daß die ÖVP das alles abschaffen will. Nicht nur, daß es nicht stimmt, daß wir das abschaffen wollen, es ist auch noch dazu falsch, daß wir den Hilflosenzuschuß besteuern wollen, und das ist die zweite Schweinerei, die mich persönlich ungeheuerlich stört.

Es gibt Experten bei Ihnen, die auch rechnen können; der Finanzminister zählt dazu. Das jetzt wochenlang wider besseres Wissen zu behaupten, ist unglaublich — und auch das soll bei dieser Sondersitzung endlich klargestellt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Genauso wie die Bevölkerung wissen soll, daß nach unserem Konzept gerade die „Kleinen“ begünstigt werden. Der Kern des Konzepts ist nämlich, daß ein Drittel aller Steuerpflichtigen — 1,4 Millionen Schilling sind das — in Hinkunft überhaupt keine Steuern mehr zahlen wird. Habe ich von Ihnen eine Kritik daran gehört? Stimmt es oder stimmt es nicht? Bis 80 000 S Jahresbezug wird der Steuerpflichtige ohne Kinder in Hinkunft keine Steuer mehr zahlen. Das ist, wenn Sie so wollen, die sozialste Maßnahme überhaupt, die es geben kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und was mich auch stört, das ist die Kindesweglegung; Sie sprechen mit zwei Zungen. Herr Minister, ich spreche Sie selber an. Sie haben bei der betriebswirtschaftlichen Woche gesprochen — und zwar laut „Finanznachrichten“, Sie können es alle nachlesen, am 23. Oktober wurde das publiziert, ich war nicht bei der Veranstaltung, hörte aber, daß

es so gesagt wurde, und es ist ja auch nachzulesen schwarz auf weiß —, Sie haben dort gesprochen über die Grundzüge eines künftigen Steuersystems. Sie meinten, bestimmte Tabuthemen dürfte es zunächst nicht geben. Den Fachleuten sollen folgende Grundsätze mitgegeben werden: „Zum ersten muß eine Tarifsenkung durch Abbau von Ausnahmebestimmungen dem Prinzip der Steuergerechtigkeit entsprechen und sozial ausgewogen sein.“ — Wir wollen nichts anderes.

„Zweitens muß eine derartige Steuerreform auch tatsächlich Vereinfachungen bewirken. Niedrigere Steuersätze bewirken eine verstärkte Leistungsbereitschaft des einzelnen Bürgers.

Drittens muß eine Tarifsenkung durch Abbau von Ausnahmebestimmungen für beide Partner — die große Zahl der Steuerzahler einerseits und den Finanzminister andererseits — akzeptabel sein.“ — Und so weiter und so fort.

Herr Minister! Das klingt völlig anders als das, was Sie in Inseraten, in Pressekonferenzen jetzt hämmern, damit es in die Hirne und Herzen der Menschen hineingeht. Und das finde ich einfach arg. Wieso sprechen Sie draußen vor Experten mit anderer Zunge als hier im Parlament oder vor der Öffentlichkeit? Das ist ganz unglaublich!

Eine zweite Quelle darf ich noch zitieren. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.*) Ich weiß schon, das ist Ihnen alles unangenehm, aber das gehört dazu. Die Sondersitzung hat ja nicht die Aufgabe, daß es Ihnen angenehme Wonneschauer den Rücken hinunterjagt. Es gibt ein Konzept für eine soziale Steuerreform, eine Diskussionsgrundlage sozialistischer Jugendorganisationen, und zwar von Josef Cap, Gitti Ederer et cetera. Mitwirkung: Brigitte Ederer — sozialistische Abgeordnete —, Otto Farny — Ihnen nicht unbekannt —, Toni Rainer — das ist jener Mann, den der Finanzminister jetzt zum Abteilungsleiter im Finanzministerium bestellt hat. (*Bundesminister Dkfm. Lacina: Bestellen wird!*) Bestellen wird, entschuldigen Sie vielmals. (*Ruf: Bestellen will!*)

Was ist der Kern dieses Konzepts? — Die derzeit gegebene Aushöhlung der Progressionswirkung durch die zahlreichen Ausnahmebestimmungen muß verhindert werden. Denkbar wäre, um die kleineren Einkommen auszuklammern, ein steuerfreies Existenzminimum von jährlich etwa 100 000 S. 80 000 S haben wir bereits vorgeschlagen. Jener, der

Dr. Schlüssel

ein Kind hat, ist bereits in der Größenordnung, die hier angegeben wird.

Konkret: Erstens: Besteuerung bisher steuerfreier Transferleistungen. Das ist weit mehr, als wir hier drinnen haben. Transfers sind nämlich alles, nicht nur das, was im Subventionsbericht drinnen steht. Wegfall der meisten Steuerbefreiungen. *(Zwischenrufe.)* Aber das Ziel dieser Maßnahme ist keineswegs eine Sozialdemontage, da ja der Ausgleich über eine starke Tarifsenkung beziehungsweise das Existenzminimum oder eine Erhöhung der Transfers geschaffen werden soll, und so weiter. Ich kann, wenn Sie wollen, alles vorlesen. Alimente, Krankheitskosten, Freibeträge im Veranlagungsweg, Schmutz-, Erschwerungs-, Gefahreneinschläge — all diese Dinge sind hier drinnen und sollen besteuert werden.

Und Sie haben die Stirne, sich hier herzustellen und zu sagen, noch dazu in holprigem Deutsch, die Alternative für den Wähler heiße entweder unseriös oder unsozial. *(Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Beides!)* Arg, bitte, ganz arg.

Sie sprechen hier mit gespaltener Zunge, und der Sinn dieser Nationalratssitzung ist, das der Öffentlichkeit vor Augen zu führen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Drittes Problem: die Budgetkrise. Überall auf der Welt wird gespart. Alle Länder versuchen derzeit, die Budgets zu konsolidieren. Es ist das keine österreichische Erfindung. Aber unter Sinowatz, Vranitzky und Steger hat sich das Budgetdefizit in 3 1/2 Jahren, inklusive Vorlage des jetzigen, verdoppelt. Verdoppelt, bitte sehr! Sie bringen es fertig, das Budgetdefizit von 70 auf 140 Milliarden Schilling in vier Jahren hinaufschnellen zu lassen.

Wenn Sie das als Konsolidierungserfolg verkaufen, so sind wir jetzt im Jahr "1984" des George Orwell und seinem „New speak“ angelangt, wo all das Gegenteil von dem gemeint ist, was gesagt wird. Sparen heißt mehr Geld ausgeben, Budget konsolidieren heißt das Defizit in die Höhe steigen lassen.

Es ist geradezu eine Unverfrorenheit, meine Damen und Herren von der linken Seite, wenn Sie Neuwahlen ansetzen, das Parlament vorzeitig auflösen und anschließend der Öffentlichkeit ein Hausnummernbudget vorlegen; der Öffentlichkeit — das sage ich auch ganz bewußt — und nicht, wenn schon die Verfassung erwähnt wurde, zuerst dem Parlament, wie es Ihre Pflicht gewesen wäre. Mehr sage ich jetzt gar nicht dazu.

Diese Sondersitzung hat den Beweis erbracht — ich habe kein Gegenargument gehört —, daß falsch budgetiert wurde.

Es ist keine Vorsorge für die Beamtengehälter drinnen. Man kann streiten, das gebe ich durchaus zu, ob man 3 Milliarden Schilling hineinschreibt, das wäre das, was die Arbeitgeber angeboten haben, oder 7 Milliarden, das wäre sicherlich weit zu hoch, was die Gewerkschafter verlangt haben. Dazwischen wird wohl die Wahrheit liegen. Aber zumindest das Regierungsangebot hätte budgetiert werden müssen.

Die Haftungen — Josef Taus hat darauf hingewiesen — wurden um ein Viertel zu niedrig angesetzt, die Bundesbahnen um 2 Milliarden unterschätzt, die Landesverteidigung um eine 3/4 Milliarde Schilling unterschätzt. Wie Sie sparen wollen beim Essen, bei der Bekleidung, bei den Schuhen, bei der Munition für die Präsenzdiener, das möchte ich gerne nächstes Jahr beim Budgetvollzug kontrollieren können. Die Kosten für die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe wurden heuer im Budget mit 1 Milliarde verankert. Bis zur Stunde ist nichts ausgegeben. Das heißt in Wahrheit — die Richtlinien sind ja erst vorige Woche hinausgegangen —, daß Sie niemals in der Lage sein werden, bis Jahresende das alles hinauszugeben. Die Investitionen wurden um 2 Milliarden gekürzt. — Das können Sie nicht durchhalten. Die Tilgungen wurden abweichend von den Empfehlungen des Finanzschuldenberichtes um 21 Milliarden Schilling hinausgeschoben.

Es ist also bewiesen, daß falsch budgetiert wurde. Deswegen bringe ich einen Entschließungsantrag ein und ersuche den Nationalrat, diesem zuzustimmen.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den unehrlichen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1987, dessen falsche Zahlen nur durch den Wahlkampf erklärbar sind, gemäß § 25 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates 1975 umgehend zu korrigieren und die gesetzlich vorgesehenen und realistischen Ausgaben und Einnahmen für das Budget 1987 einzusetzen.

Meine Damen und Herren! Diese Regierung stemmt sich geradezu verzweifelt gegen die Notwendigkeit zu sparen. Beim Amtsan-

13850

Nationalrat XVI. GP — 161. Sitzung — 3. November 1986

Dr. Schlüssel

tritt von Vranitzky hieß es noch wörtlich: Das Defizit muß verringert werden! — In zweijähriger Amtszeit hat er es um ein Fünftel ansteigen lassen.

Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit soll und muß wissen, daß in Österreich heute die Verschuldung des Bundes pro Kopf um 50 Prozent höher liegt als in Deutschland und um 80 Prozent höher als in der Schweiz. Die Öffentlichkeit soll und muß wissen, was auf sie zukommt. Die Vorbelastung mit Schulden, 600 Milliarden, und Zinsen, beträgt derzeit fast 1 Billion Schilling pro Jahr.

Die Öffentlichkeit soll und muß wissen, daß Sie, Herr Minister, versucht haben, mit einem Trick, der sich irgendwo ganz still und heimlich im Gesetz findet, die Rückzahlung eines Großteils dieser Schulden auf 50 Jahre hinauszuschieben. Das hieße, unsere Enkel müßten im Jahr 2036 noch am Erbe zahlen, das diese Koalition hinterläßt.

Die Öffentlichkeit soll und muß wissen, daß Vranitzky und Steger in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gleich viele Schulden aufgenommen haben wie sämtliche Regierungen der Jahre 1945 bis 1970 zusammen.

Die Öffentlichkeit soll und muß wissen, daß uns diese Regierung 127 Milliarden Auslandsschulden hinterläßt. Nächstes Jahr kostet uns der Schuldendienst nur für das Ausland 20 Milliarden Schilling.

Die Öffentlichkeit soll wissen, daß die Gewinner dieser Schuldenpolitik jene sind, die die Schuldtitel der Republik kaufen. Das sind jene, die es sich leisten können, das sind die Banken, das sind die internationalen Finanzmagnaten. Die Verlierer — auch das soll die Öffentlichkeit wissen — sind in jedem Fall die Steuerzahler, die Masse der Bevölkerung, die das mit ihren Steuerschillingen finanzieren müssen. Das ist, wenn Sie so wollen, Umverteilung von unten nach oben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für uns hat damit die Sondersitzung ihren Sinn erfüllt. Zweierlei ist nachgewiesen: Die

einzigsten Konzepte, die derzeit wirklich auf dem Tisch liegen — über Beschäftigung, Steuer, Budget, Privatisierung —, hat die Volkspartei. Das Budget, das Sie uns vorlegen, ein bitteres Budget, das zumindest in den ersten zwei Jahren Grundlage des Finanzplanes der kommenden Regierung sein wird, stimmt nicht, es ist ein Hausnummernbudget. (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.*) 16.15

Präsident Dr. Stix: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Korrektur des unehrlichen Wahlbudgets durch die SPÖ/FPÖ-Regierung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfrage 2360/J eingelangt ist.

Im Einvernehmen mit den Parteien lege ich dem Hohen Hause folgenden Antrag vor:

„Der Herr Bundespräsident wird ersucht, die mit Entschließung vom 27. Oktober 1986 einberufene außerordentliche Tagung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit Ablauf des 5. November 1986 für beendet zu erklären.“

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 17 Minuten

13853

Stenographisches Protokoll

des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Nachtrag

Eingelangt sind noch nach der 161. Sitzung vom 3. November 1986

Regierungsvorlagen

1111: Chemikaliengesetz — ChemG

1112: Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1986
samt Präambel

1113: Abkommen zwischen der Republik Österreich und Australien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

Berichte

III-162: Bericht auf Grund der Entschließung des Nationalrates vom 11. Juni 1986 zur Frage der Anwendbarkeit des ECE-Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung auf nukleare Störfälle; Bundesregierung

III-163: Energiebericht 1986; Bundesregierung

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Verzögerungen bei der Behandlung von Patent-Anmeldungen (2361/J)

Dr. Khol, Dr. Ermacora, Dr. Keimel, Fischl, Dr. Steiner, Westreicher, Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Zweckentfremdung einer Tiroler Spende für UN-Soldaten (2362/J)

Fink, Ing. Kowald, Dr. Puntigam, Dr. Frizberg und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Ausbau des Telefonnetzes im Gemeindegebiet Frannach in der Oststeiermark (2363/J)

Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Zivilverfahren im Zusammenhang mit den Zahlungen der Republik Österreich an die ARGE-Kostenrechnung (2364/J)

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Erhebungen der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Nie-

derösterreich in der Strafsache gegen Udo Proksch (2365/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (2288/AB zu 2338/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (2289/AB zu 2336/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Scheucher und Genossen (2290/AB zu 2345/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Elmecker und Genossen (2291/AB zu 2343/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Grabher-Meyer und Genossen (2292/AB zu 2344/J)

des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (2293/AB zu 2335/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2294/AB zu 2342/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Haigmoser und Genossen (2295/AB zu 2353/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen (2296/AB zu 2354/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen (2297/AB zu 2330/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen (2298/AB zu 2347/J)

des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2299/AB zu 2341/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Tonn und Genossen (2300/AB zu 2340/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen (2301/AB zu 2350/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (2302/AB zu 2334/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen (2303/AB zu 2339/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen (2304/AB zu 2358/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (2305/AB zu 2331/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (2306/AB zu 2332/J)

des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (2307/AB zu 2333/J)

des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (2308/AB zu 2337/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen (2309/AB zu 2357/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Kraft und Genossen (2310/AB zu 2346/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen (2311/AB zu 2362/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Karas und Genossen (2312/AB zu 2352/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2313/AB zu 2355/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Etmayer und Genossen (2314/AB zu 2348/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Kraft und Genossen (2315/AB zu 2360/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Etmayer und Genossen (2316/AB zu 2349/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft

und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Bergmann und Genossen (2317/AB zu 2356/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Rosemarie Bauer und Genossen (2318/AB zu 2359/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (2319/AB zu 2365/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Etmayer und Genossen (2320/AB zu 2351/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2321/AB zu 2361/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Fink und Genossen (2322/AB zu 2363/J)

des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (2323/AB zu 2364/J)

Berichtigungen bzw. Druckfehlerberichtigungen

95. Sitzung, 13. Juni 1985:

Auf Seite 8547 linke Spalte 5. Absatz dritte Zeile ist das Wort „Schritt“ durch das Wort „Schnitt“ zu ersetzen.

104. Sitzung, 25. September 1985:

Auf Seite 9082 linke Spalte 3. Absatz fünfte Zeile soll es richtig heißen: „Rede eines Abgeordneten Kabas, ... in der er Vor-“

Auf Seite 9082 rechte Spalte letzte Zeile soll es richtig heißen: „und dort, wo es andere Mächtige oder dieselben“

Auf Seite 9083 linke Spalte erste Zeile ist die Silbe „ben“ zu streichen.

105. Sitzung, 26. September 1985:

Auf Seite 9118 rechte Spalte 3. Absatz vierte Zeile ist das Wort „abzuschecken“ durch das Wort „abzuchecken“ zu ersetzen.

Auf Seite 9130 linke Spalte 6. Absatz zweite Zeile soll es statt „lernende“ richtig „lärmende“ heißen.

107. Sitzung, 23. Oktober 1985:

Im Inhalt ist auf Seite 9241 rechte Spalte die letzte Zeile „(S. 9000)“ zu streichen.

109. Sitzung, 5. November 1985:

Auf Seite 9476 linke Spalte soll die Überschrift vor dem 6. Absatz richtig heißen: „**Mandatsverzicht und Angelobung**“

öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina“ zu heißen.

113. Sitzung, 26. November 1985:

Auf Seite 9836 linke Spalte vierte Zeile von unten soll es richtig heißen: „Sie schränken in Zukunft die für die zu leistende“

145. Sitzung, 18. Juni 1986:

Im Inhalt hat auf Seite 12677 linke Spalte unter dem Punkt „**Ausschüsse**“ bei den Zuweisungen die an zweiter Stelle angegebene Seitenzahl statt „12681“ richtig „12682“ zu lauten.

Auf Seite 12739 rechte Spalte 5. Absatz dritte Zeile hat es richtig zu lauten: „deskazler: bei Ihrem Koalitionspartner. Sie“

125. Sitzung, 23. Jänner 1986:

Im Inhalt hat auf Seite 11077 rechte Spalte die letzte Zeile richtig „Zuweisungen (S. 11100)“ zu heißen.

149. Sitzung, 26. Juni 1986:

Auf Seite 12934 rechte Spalte 4. Absatz erste Zeile ist das Wort „Dreifehlerwirtschaft“ durch das Wort „Dreifelderwirtschaft“ zu ersetzen.

126. Sitzung, 24. Jänner 1986:

Im Inhalt ist auf Seite 11170 rechte Spalte vor der fett gedruckten Überschrift „Eingebracht wurden“ einzufügen:

Beschlußfassung im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG (S. 11288)

152. Sitzung, 2. Juli 1986:

Im Inhalt soll auf Seite 13069 rechte Spalte fünfte Zeile von unten die in Klammern angeführte Seitenzahl „(S. 13012)“ richtig „(S. 13102)“ heißen.

129. Sitzung, 20. Feber 1986:

Auf Seite 11443 ist über der linken Spalte das Wort „**Präsident**“ zu streichen.

153. Sitzung, 3. Juli 1986:

Auf Seite 13224 linke Spalte 11. Absatz erste Zeile soll es richtig lauten:

„Ich erteile nunmehr dem Herrn Bundesmi.“

136. Sitzung, 20. März 1986:

Auf Seite 11997 rechte Spalte 3. Absatz zweite Zeile soll es richtig heißen: „damit lösen zu versuchen, indem einer dem“

155. Sitzung, 10. Juli 1986:

Auf Seite 13347 linke Spalte 2. Absatz siebente Zeile soll es richtig lauten:

„beil sollte den Minister treffen und nicht das“

Auf Seite 12005 rechte Spalte letzter Absatz achte Zeile ist das Wort „schlußendlich“ folgendermaßen zu trennen: schluß-endlich

156. Sitzung, 23. September 1986:

Auf Seite 13428 rechte Spalte letzte Zeile soll es statt „(2000/AB zu 2126/J)“ richtig „(Zu 2000/AB zu 2126/J)“ heißen.

137. Sitzung, 3. April 1986:

Im Inhalt hat auf Seite 12046 unter dem Tagesordnungspunkt 4 beim Redner Dr. Höchtli die Seitenzahl statt „12123“ richtig „12122“ zu lauten.

159. Sitzung, 1. Oktober 1986:

Auf Seite 13515 linke Spalte vorletzte Zeile von unten soll es statt „(S. 13639)“ richtig „(S. 13638)“ heißen.

139. Sitzung, 4. April 1986:

Auf Seite 12134 hat über der linken Spalte der hinweisende Rednername „**Bundesminister für**

13856

Nationalrat XVI. GP — Nachtrag

161. Sitzung, 3. November 1986:

Auf Seite 13799 linke Spalte 5. Absatz fünfte Zeile soll es richtig heißen: „festgelegt, daß trotz laufender Gehaltsverhandlung“

Auf Seite 13802 rechte Spalte 2. Absatz 14. und 15. Zeile soll es richtig heißen: „nen Rechtsbruch vor —, wäre der richtige Bruttowert, und das Nettodefizit liegt halt“

Auf Seite 13830 linke Spalte 5. Absatz sechste Zeile soll es statt „private Leistung,“ richtig „Privat, mehr Leistung,“ heißen.

Auf Seite 13830 rechte Spalte 3. Absatz haben die achte und neunte Zeile richtig zu lauten: „Raps, Eiweißpflanzen, Biosprit, Biomasse als Rohstoff für die Industrie, Biomasse für die“